



universität
wien

DIPLOMARBEIT / DIPLOMA THESIS

Titel der Diplomarbeit / Title of the Diploma Thesis

„Die wirtschaftlichen Effekte ihres EU-Beitritts auf
Bulgarien und Rumänien“

verfasst von / submitted by

Mario Scharka

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Magister der Naturwissenschaften (Mag. rer. nat.)

Wien, 2018 / Vienna, 2018

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 190 482 456

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Unterrichtsfach Bewegung und Sport
Unterrichtsfach Geografie und Wirtschaftskunde

Betreut von / Supervisor:

HR Prof.h.c. Univ.-Doz. Dr. Peter JORDAN

Mitbetreut von / Co-Supervisor:

ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin HEINTEL

Erklärung

Hiermit versichere ich,

- dass ich die vorliegende Diplomarbeit selbständig verfasst, andere als angegebene Quellen und Hilfsmittel nicht benutzt und mich auch sonst keiner unerlaubten Hilfe bedient habe,
- dass ich dieses Diplomarbeitsthema bisher weder im In- noch im Ausland in irgendeiner Form als Prüfungsarbeit vorgelegt habe
- und dass diese Arbeit mit der vom Begutachter beurteilten Arbeit vollständig übereinstimmt.

Wien,

Mario Scharka

Danksagung

Zunächst möchte ich mich an dieser Stelle bei meiner Familie, insbesondere bei meinen Eltern bedanken, die mich das gesamte Studium über in jeglicher Hinsicht unterstützt und mir diese Ausbildung ermöglicht haben.

Großer Dank gilt natürlich auch meinem Diplomarbeitsbetreuer Peter Jordan, der im Seminar „Regionale und Politische Geografie Südosteuropas und der Ukraine“ mein Interesse für diese Region überhaupt erst weckte und mir sowohl bei der Themenwahl, als auch bei der Verfassung meiner Diplomarbeit stets unterstützend zur Seite stand. Besonders die unkomplizierte Betreuung und Kommunikation, sowie die konstruktiven Feedbacks und Ratschläge waren mir eine große Hilfe und erleichterten mir die Arbeit sehr. Ebenso dankbar bin ich Martin Heintel, der die Endbetreuung meiner Arbeit übernahm.

Abschließend möchte ich mich noch bei meinen Freunden sowie Studienkolleginnen und Studienkollegen bedanken, die mir ganze Studium über eine große Stütze waren, meine Motivation immer hochhielten und meine Jahre als Student äußerst angenehm gestalteten.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	7
1.1	Motivation	7
1.2	Aufbau und Methodik.....	7
1.3	Ziele der Arbeit	8
1.4	Forschungsfragen	9
2	Europäische Union	10
2.1	Beitrittspolitik	11
2.2	Beitrittsphasen	16
2.2.1	Osterweiterung 2004	17
2.2.2	Osterweiterung 2007	17
2.2.3	Erweiterung um Kroatien 2013	21
2.3	Zusammenfassung und Ausblick	22
3	Rumänien und Bulgarien: ein landeskundlicher Vergleich	23
3.1	Geografie	23
3.2	Politik	30
3.3	Wirtschaft	32
3.4	Geschichte	37
3.4.1	Die kommunistische Zeit	37
3.4.2	Zeit seit der Transformation.....	40
3.4.3	Der EU-Beitritt 2007 bis Heute.....	43
4	Die wirtschaftliche Entwicklung Rumäniens und Bulgariens vor und nach ihren EU- Beitritten im Vergleich	46
4.1	Bruttoinlandsprodukt (BIP).....	49
4.2	Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf.....	52

4.3	Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf nach Kaufkraftparität	53
4.4	Wirtschaftssektoren	54
4.5	Arbeitslosenquote	55
4.6	Ausländische Direktinvestitionen (ADI).....	57
4.7	Staatsverschuldung.....	59
4.8	Budgetsaldo	60
4.9	Human Development Index (HDI)	61
4.10	Kindersterblichkeit	62
4.11	Zusammenfassung mit Antwort auf die Forschungsfragen	63
5	Vergleiche mit anderen Staaten.....	66
5.1	BIP	66
5.2	BIP pro Kopf	70
5.3	Kaufkraftparität	72
5.4	Wirtschaftssektoren	73
5.5	Arbeitslosigkeit	76
5.6	Ausländische Direktinvestitionen (ADI).....	77
5.7	Staatsverschuldung.....	79
5.8	Budgetsaldo	80
5.9	Human Development Index (HDI)	82
5.10	Kindersterblichkeit	83
5.11	Zusammenfassung mit Antwort auf die Forschungsfragen	85
6	Perspektiven und die Frage des Nutzens des Binnenmarkts für Zentrum vs. Peripherie	90
6.1	Der Europäische Binnenmarkt.....	90
6.2	Innerstaatliche Disparitäten in Rumänien und Bulgarien	98
7	Zusammenfassung und Ausblick	103

8	Literaturverzeichnis.....	106
7.1	Onlinequellen:	110
7.2	Abbildungsverzeichnis:	111
7.3	Tabellenverzeichnis:	112

1 Einleitung

Über ein Jahrzehnt ist der EU-Beitritt von Bulgarien und Rumänien mittlerweile her, der den Abschluss der großen Osterweiterung aus dem Jahr 2004 komplementierte. Beide Staaten standen nach dem Ende des Kommunismus vor großen Herausforderungen, die es zu bewältigen galt. Man wandte sich rasch der Europäischen Union zu und erhoffte, von ihr die notwendige Unterstützung zu erfahren. Obwohl bis zum Schluss einige Mitgliedsstaaten gegen eine Aufnahme waren, gipfelte die schrittweise Annäherung Bulgariens und Rumäniens an die EU in einem Beitritt im Jahr 2007.

1.1 Motivation

Im Sommersemester 2017 absolvierte ich bei Prof. Jordan das Seminar „Regionale und Politische Geografie Südosteuropas und der Ukraine“. Im Rahmen dieses Seminars schrieb ich eine Seminararbeit über „Die wirtschaftliche Entwicklung der Staaten Südosteuropas im Vergleich“, wo ich mein Interesse für dieses Themengebiet entdeckte und sofort mit dem Gedanken spielte, diese Thematik auch in meiner Diplomarbeit zu behandeln. Nach Rücksprache mit Prof. Jordan entschied ich mich dazu, die wirtschaftlichen Effekte der EU-Beiträge von Rumänien und Bulgarien als Diplomarbeitsthema aufzugreifen.

1.2 Aufbau und Methodik

Zu Beginn ist es notwendig, einen allgemeinen Überblick der beiden Staaten hinsichtlich Geografie, Politik und Wirtschaft, sowie Rückblicke in die kommunistische Zeit und die Zeit der Transformation bis hin zu den EU-Beitritten zu geben. Auch die Geschichte der Europäischen Union, speziell deren Entstehung und Entwicklung bis heute wird bearbeitet, um die Voraussetzungen, unter denen Bulgarien und Rumänien der EU beitraten, nachvollziehen zu können. Besonderes Augenmerk wird hier auf die Beitrittspolitik der Union gelegt und auch die einzelnen Beitrittsphasen, insbesondere die Osterweiterung 2004, die Erweiterung um Bulgarien und Rumänien 2007, sowie die Aufnahme von Kroatien 2013 finden Beachtung.

Im Hauptteil der Arbeit wird zunächst in Kapitel 4 der Fokus auf die wirtschaftliche Entwicklung Rumäniens und Bulgariens vor und nach ihrem EU-Beitritt im Jahr 2007 gelegt, ehe in Kapitel 5 Vergleiche zu anderen Ländern gezogen werden. Hier wurde Polen ausgewählt, als Land des ehemaligen Ostblocks, welches der Europäischen Union bereits im Jahr 2004 beitrat, sowie Serbien, als Land des ehemaligen Jugoslawien, welches seit 2012 den Status als EU-Beitrittskandidat innehat. Zusätzlich werden Vergleiche zum EU-Schnitt sowohl mit als auch ohne Bulgarien und Rumänien gezogen, um zu sehen, wie und in welche Richtung die beiden Untersuchungsländer die Daten beeinflussen.

Mittels quantitativer Datenanalyse werden Statistiken untersucht, verarbeitet und interpretiert. Für die Erstellung der Statistik wurden verschiedene Indikatoren herangezogen, um Vergleiche ziehen zu können. Hier ist es wichtig die Aussagekraft der Indikatoren, die zu Beginn des Kapitels 4 vorgestellt werden, zu bestimmen und darzulegen, warum gerade diese gewählt wurden. Am Ende der Kapitel 4 und 5 erfolgt jeweils eine Zusammenfassung mit Diskussion und Beantwortung der Forschungsfragen, die in Kapitel 1.5 vorgestellt werden.

In Kapitel 6 möchte ich noch die Frage diskutieren, ob der europäische Binnenmarkt eher der Peripherie oder den Zentren nützt. Profitieren in erster Linie die zentralen und wirtschaftlich gut gestellten Länder der EU oder hilft er der Peripherie ihren Rückstand zu verkleinern? Weiters sollen die innerstaatlichen Disparitäten Bulgariens und Rumäniens untersucht werden, ehe zum Abschluss der Arbeit noch die Ergebnisse zusammengefasst und ein Ausblick auf weitere Entwicklungen gegeben wird.

1.3 Ziele der Arbeit

Ziel dieser Arbeit ist es zunächst, die Umstände zu klären, unter denen Bulgarien und Rumänien der Europäischen Union beigetreten sind, welche Hürden sie zu meistern hatten und welche Voraussetzungen sie erfüllen mussten. Anschließend wird im Kern der Arbeit die wirtschaftliche Entwicklung der beiden Untersuchungsländer anhand diverser Indikatoren gemessen, die Aufschluss darüber geben sollen, wie und in welche Richtung sich die Wirtschaft Rumäniens und Bulgariens nach deren EU-Beitritt im Jahr 2007 entwickelte. In diesem Zusammenhang wird der derzeitige Wissensstand diskutiert und Erkenntnisse für die

eigene Arbeit abgeleitet. Die Forschungsfragen sollen klar und deutlich bearbeitet und beantwortet und ein Ausblick auf zukünftige Entwicklungen gegeben werden.

1.4 Forschungsfragen

Aus diesem Zusammenhang ergeben sich die aufgelisteten Forschungsfragen, die im Folgenden bearbeitet und diskutiert werden:

- Sind die Beitrittsländer der Osterweiterung von 2004 in ihrer Entwicklung bereits fortgeschrittener als Rumänien und Bulgarien?
- Profitierten Rumänien und Bulgarien vorwiegend von den Vorbereitungen auf den EU-Beitritt, oder konnten erst danach entscheidende wirtschaftliche Verbesserungen erreicht werden?
- Wurden die innerstaatlichen Disparitäten der Untersuchungsländer durch den EU-Beitritt verringert oder verstärkt?
- Nützt der europäische Binnenmarkt eher der Peripherie oder den Zentren – profitieren in erster Linie die zentralen und wirtschaftlich gut gestellten Länder der EU oder hilft er der Peripherie ihren Rückstand zu verkleinern?

2 Europäische Union

Nach Kriegsende verfolgten die westeuropäischen Länder das Ziel eines vereinigten Europas – aufgebaut auf Frieden, Freiheit, Demokratie, Toleranz und Souveränität. Die Anfänge der Europäischen Union gehen in die 1950er Jahre zurück. 1951 wurde von sechs Staaten auf Initiative des französischen Außenministers Robert Schumann die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) gegründet, die im Jahr 1952 in Kraft trat. Die damaligen Mitglieder waren Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande. 1957 folgte mit dem Abschluss der Römischen Verträge der nächste Integrationsschritt, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), sowie die Europäische Atomgemeinschaft (EAG und EURATOM) wurden ins Leben gerufen. 1967 wurden diese Institutionen zusammengelegt und die Europäische Gemeinschaft (EG) entstand. (vgl. Robert, 2013, S. 3; vgl. Weidenfeld, 2013, S. 12 ff., vgl. Herz & Jetzlsperger, 2008, S. 8 ff., vgl. Harth & Woyke, 2008, S. 13)

In den 1990er Jahren sollte die Europäische Gemeinschaft wieder einige Neuerungen erfahren. Eingeleitet durch das Ende des Kommunismus, den Mauerfall und die Wiedervereinigung Deutschlands zielte man auf eine gemeinsame Wirtschafts- und Währungsunion, sowie auf eine politische Union ab. (vgl. Harth & Woyke, 2008, S. 20) 1992 folgte schließlich der bis dahin größte Integrationsschritt. Mit dem Vertrag von Maastricht wurde die Gründung der Europäischen Union im Jahr 1993 verwirklicht. Richtlinien für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) wurden aufgestellt, sowie die Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Innenpolitik geregelt. (vgl. Weidenfeld, 2013, S. 48, vgl. Herz & Jetzlsperger, 2008, S. 57)

Harth & Woyke (vgl. 2008, S. 20) führten die wichtigsten Inhalte des Maastrichter Vertrags genauer aus:

- Wirtschafts- und Währungsunion mit einer einheitlichen Währung (Euro) – bis zum Jahr 1999.
- Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik auf Regierungsebene.
- Unionsbürgerschaft: erlaubt EU-Bürgern, in jedem EU-Land zu wohnen und an den Kommunalwahlen teilzunehmen.
- Subsidiaritätsprinzip: Kompetenzabgrenzung zwischen Union und Mitgliedsstaaten → Eine staatliche Aufgabe soll wenn möglich von der unteren bzw. kleineren Einheit

wahrgenommen werden, erst wenn diese nicht in der Lage dazu ist, tritt die nächst höhere staatliche Ebene in Aktion.

- Mehr Rechte für das Parlament.

Neben dem Vertrag von Maastricht gab es 1993 auch für den Europäische Binnenmarkt eine wichtige Neuerung. Weidenfeld (vgl. 2013, S. 167) erachtet den Binnenmarkt sowie seine vier Freiheiten bis heute als das Herz des europäischen Integrationsprozesses:

- **Freier Warenverkehr:** Die Freiheit des Warenverkehrs besagt, dass für Waren, die sich innerhalb der Europäischen Union bewegen keine Grenzkontrollen oder Zölle zu erheben sind und auch keine mengenmäßigen Einschränkungen bestehen.
- **Freier Personenverkehr:** Der freie Personenverkehr ermöglicht es allen Bürgerinnen und Bürgern sich innerhalb der EU frei zu bewegen und eine Arbeit anzunehmen. Das Schengener Abkommen sorgt zusätzlich für den Abbau von Grenzkontrollen, mittlerweile sind fast alle Mitgliedsstaaten Teil dieses Abkommens.
- **Freier Dienstleistungsverkehr:** Freier Dienstleistungsverkehr sichert jedem EU-Bürger und jeder EU-Bürgerin zu, grenzüberschreitenden, erwerbswirtschaftlichen Tätigkeiten nachgehen zu können, ohne dabei seinen Wohnsitz verlagern zu müssen. Dies umfasst gewerbliche, handwerkliche, kaufmännische und freiberufliche Tätigkeiten und es ist unerheblich, ob dabei der Leistungserbringer, der Leistungsempfänger oder nur die Dienstleistung die Grenze übertritt.
- **Freier Kapitalverkehr:** Durch den freien Kapitalverkehr kann jede Privatperson frei wählen in welchem Land und bei welchem Kreditinstitut er sein Geld anlegen will und gewährleistet außerdem den freien Kapitalfluss zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten.

2.1 Beitrittspolitik

Im Juni 1993 beschloss der Europäische Rat in Kopenhagen, dass „die assoziierten mittel- und osteuropäischen Staaten, die dies wünschen, Mitglieder der Europäischen Union werden können“. (Homeyer, 2001, S. 63) Dieser Beschluss kann als Startschuss für die Heranführung der Kandidatenländer an die Europäische Union gesehen werden, der schließlich in einer Erweiterung der Union endete.

In den Kopenhagener Kriterien wurde 1993 das Verfahren für einen EU-Beitritt konkretisiert, es wurden drei Kriterien, sowie eine Voraussetzung festgelegt: (vgl. Robert, 2013, S. 8 f., vgl. Homeyer, 2001, S. 63. f., vgl. Weidenfeld, 2013, S.77, vgl. Herz & Jetzlsperger, 2008, S. 63 ff.)

1. Politisches Kriterium:

Das politische Kriterium zielt auf demokratische Regierungssysteme ab und soll die Grundsätze der Freiheit einhalten sowie Menschenrechte achten und wahren. Die Rechtsstaatlichkeit muss befolgt werden und die Achtung und der Schutz von Minderheiten gewährleistet sein.

2. Wirtschaftliches Kriterium:

Es wird eine funktionierende Marktwirtschaft verlangt und das jeweilige Land muss dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften in der EU gewachsen sein.

3. Acquis Kriterium:

Alle Pflichten der Mitgliedschaft, also das gesamte Recht der EU wird übernommen. Weiters gibt man das Einverständnis zu den politischen Zielen, sowie der Wirtschafts- und Währungsunion.

4. Voraussetzung: Aufnahmefähigkeit der EU

Die EU-Integration darf sich durch die Aufnahme weiterer Mitglieder nicht verlangsamen und man muss weiterhin in der Lage sein, alle Politiken auch zukünftig finanzieren zu können. Gemeinsame Strategien müssen weiterhin entwickelt und umgesetzt werden können, dabei darf die eigene Identität nicht verloren gehen und die Effizienz und Verlässlichkeit der EU-Organen muss stets gewährleistet bleiben.

Der jeweilige Staat erhält mit dem Beitritt zur Europäischen Union die Stellung eines Mitgliedstaates, die mit dessen Rechten und Pflichten einhergeht. Künftige Mitgliedstaaten sollen alles dafür tun, um die Verpflichtungen, die daraus resultieren, zu erfüllen. (vgl. Homeyer et al., 2001, S. 64)

Als weitere Grundlage des Beitrittsprozesses können neben den Verträgen der Europäischen Union von Maastricht und Kopenhagen auch die Europa-Abkommen gesehen werden, die zwischen der Europäischen Union und den Beitrittskandidaten geschlossen wurden. Ziel dieser Abkommen war es, die Reformstaaten am europäischen Integrationsprozess

vollkommen zu beteiligen und eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union in Aussicht zu stellen. (vgl. Weidenfeld, 2013, S. 78) Mit folgenden Staaten wurde ein Europa-Abkommen geschlossen: (vgl. Homeyer, 2001, S. 65)

- Polen, Ungarn: trat 1994 in Kraft
- Bulgarien, Rumänien, Tschechische Republik, Slowakei: trat 1995 in Kraft
- Slowenien: trat 1996 in Kraft
- Estland, Lettland, Litauen: trat 1998 in Kraft

Im Zuge dieser Europa-Abkommen wurden zwischen der Union und den jeweiligen Staaten diverse Räte und Ausschüsse ins Leben gerufen, die sich aus Vertretern des Europäischen Rates, der Kommission und der Regierung des Beitrittsstaates zusammensetzten und sich einmal im Jahr in einem „Strukturierten Dialog“ über die laufenden Arbeiten bezüglich des Beitritts zur Europäischen Union austauschten.

1994 beschloss die EU zur Vorbereitung der assoziierten Staaten auf die Integration im Binnenmarkt der Europäischen Union eine Heranführungsstrategie, die strukturierte Beziehungen zwischen den Kandidatenstaaten und den Institutionen der EU mit sich brachte. Im Jahr darauf wurden die Heranführungsstrategien für mittel- und osteuropäische Staaten weiter intensiviert. An oberster Stelle standen dabei die Verwaltungsstrukturen der Beitrittskandidaten, die in Hinsicht auf ein reibungsloses Funktionieren der Gemeinschaftspolitik nach dem Beitritt angepasst werden mussten.

In der Agenda 2000 schlug die Europäische Kommission im Jahr 1997 vor, die zentralen Politiken der Gemeinschaft zu reformieren und auf eine Osterweiterung vorzubereiten. Weiters wurde vorgeschlagen, mit Estland, Polen, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern Beitrittsverhandlungen aufzunehmen. Dies wurde am Luxemburger Gipfel noch im selben Jahr beschlossen, parallel dazu wurden auch die Vorbereitungen der Verhandlungen mit Rumänien, Slowakei, Lettland, Litauen und Bulgarien ins Auge gefasst. (vgl. Weidenfeld, 2013, S. 78, vgl. Harth & Woyke, 2008, S. 21)

Die finanzielle Unterstützung im Rahmen der Heranführungshilfe wurde erhöht und zwei neue Finanzierungsinstrumente geschaffen: die ISPA (Instrument for Structural Policies for Pre-Accession) und die SAPARD (Special Accession Programme for Agriculture and Rural Development) sollten den Staaten Mittel- und Südosteuropas unterstützend zum PHARE-

Programm (ursprünglich: Poland and Hungary: Assistance for Restructuring their Economies) zu Verfügung stehen. In den Jahren von 1990 bis 2000 stellte die Europäische Union im Rahmen des Finanzierungsprogramms über 10 Mrd. Euro zu Verfügung, von 2000 bis 2003 wurden jährlich über 3 Mrd. Euro als Heranführungshilfe bereitgestellt. (Fräss-Ehrfeld, vgl. Homeyer, 2001, S. 69)

Aufgrund der hohen Förderungen, welche die Europäische Union aufbrachte, musste auch sichergestellt werden, dass diese Mittel effizient eingesetzt werden. Die Koordination der drei Finanzierungsinstrumente spielt daher in diesem Zusammenhang eine wesentliche Rolle. Es ist als Aufgabe der Länder anzusehen, transparente Strukturen und Mechanismen aufzubauen, um ein reibungsloses Zusammenspiel zwischen den Programmen gewährleisten zu können. (vgl. Fräss-Ehrfeld, 2006, S. 49 f.) Im Folgenden sollen nun die einzelnen Vorbereitungsprogramme kurz vorgestellt werden:

1. PHARE

Das PHARE-Programm zielt grundsätzlich darauf ab, den Prozess der Wirtschaftsreform und die strukturelle Anpassung zu fördern. Die Umwandlung von Plan- in Marktwirtschaften soll unterstützt und somit beschleunigt werden. Das PHARE-Programm wurde 1989 zunächst nur für Polen und Ungarn ins Leben gerufen, ehe es 1994 erweitert wurde und sich auf die dringlichsten Bedürfnisse der EU-Bewerberländer im Hinblick auf die Erfüllung der Beitrittskriterien konzentrierte. Die Maßnahmen des PHARE-Programms unterstützen die Länder vorwiegend bei der Anwendung der gemeinsamen Rechtsvorschriften der EU (acquis communautaire), also dem dritten Kopenhagener Kriterium. (vgl. Fräss-Ehrfeld, 2006, S. 54)

2. ISPA

Im Jahr 2000 wurde das Vorbereitungsinstrument ISPA, ein Vorläuferinstrument des EU-Kohäsionsfonds, ins Leben gerufen, welches auf die Förderung großer Infrastrukturprojekte in den Bereichen Verkehr und Umwelt abzielte. Ebenso wie das PHARE-Programm soll ISPA auch die Übernahme und Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften unterstützen. (vgl. Fräss-Ehrfeld, 2006, S. 60)

3. SAPARD

Als Unterstützung der Beitrittsländer, um sich auf die Teilnahme an der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und am gemeinsamen Markt vorzubereiten, wurde das SAPARD-Programm

beschlossen. Vorrangige Ziele stellen die Lösung besonders dringlicher Probleme im Bereich der Landwirtschaft dar. Zudem soll die ländliche Entwicklung unterstützt und zur Umsetzung des Acquis Communautaire mit Bezug auf die GAP und andere landwirtschaftliche Prioritäten beigetragen werden. (vgl. Fräss-Ehrfeld, 2006, S. 65)

Im Dezember 1999 brachte der Europäische Rat wesentliche Änderungen für den Prozess der Osterweiterung hervor. Man entschied sich, zusätzlich zu den fortgeschrittenen Staaten auch mit Bulgarien, Lettland, Litauen, Malta, Rumänien und der Slowakei Beitrittsgespräche zu führen. Den „neuen“ Staaten wurde somit ermöglicht, dass, wenn alle Beitrittskriterien erfüllt werden, sie bereits an der ersten Beitrittswelle teilnehmen können (vgl. Homeyer, 2001, S. 71). Der Weg zu einer gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik wurde nur langsam gefunden, im Vertrag von Nizza im Dezember 2000, beschloss man einige Reformen: (Weidenfeld, 2013, S. 94 f.; vgl. Herz & Jetzlsperger, 2008, S. 66 ff.)

- Ab dem Jahr 2005 wird die Europäische Kommission von je einem Kommissar pro Land vertreten
- Änderung der Stimmgewichtung des Europäischen Rates (zukünftig eine dreifache Mehrheit: Mehrheit der Stimmen, der Staaten und der Bevölkerung)
- Neue Sitzverteilung im Parlament nach Verhältnissen der neuen Union
- Auflösung des Vetorechts, jedoch nicht für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

Damit war der Weg für eine Osterweiterung frei. Mit Ausnahme von Bulgarien und Rumänien, die eine Verschiebung hinnehmen mussten, gelang es den restlichen zehn Staaten gleichzeitig, die Beitrittsreife zu erhalten. Bulgarien und Rumänien partizipieren jedoch weiterhin aus den Finanzmitteln von PHARE, ISPA und SAPARD und auch für den Zeitraum nach dem EU-Beitritt, also die Jahre 2007 bis 2009, waren für die beiden Länder bereits über 15 Milliarden Euro an EU-Mitteln vorgesehen. (vgl. Fräss-Ehrfeld, 2006, S. 73) Laut Holzner (vgl. 2015, S. 5) hat es bis Mitte 2015 die Mehrzahl der neuen Mitgliedsstaaten der Osterweiterung geschafft 80% bis 95% der im mehrjährigen Finanzrahmen von 2007 bis 2013 zugewiesenen Förderungen zu absorbieren. Unter den wenigen Ländern, die eine Auszahlungsquote von weniger als 70% erreichten, stechen Rumänien (62%) und Kroatien (48%) hervor. Auch in Bulgarien lag die Absorptionsquote lange Zeit äußerst niedrig (vgl. Vodicka, 2013, S. 314), seit dem Amtsantritt des für die EU-Mittel verantwortlichen Ministers Donchev im Jahr 2009 stieg diese allerdings

signifikant an, sodass für den Zeitraum von 2007 bis 2013 (Stand Mitte 2015) immerhin eine Auszahlungsquote von 76% erreicht werden konnte.

In der Förderperiode von 2014 bis 2020 kann Rumänien im Rahmen der Struktur- und Investitionsfonds 23 Milliarden Euro abrufen. Für Bulgarien sind Fördermittel von insgesamt 10 Milliarden Euro bereitgestellt. Die Prioritäten sind im Partnerschaftsabkommen mit der EU verankert und zielen beispielsweise auf die Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen, die Entwicklung des Humankapitals mit Blick auf Arbeitsmarkt und Qualifikationen, eine Verbesserung der Infrastruktur, die Förderung einer nachhaltigen und effizienten Ressourcennutzung (Energieeffizienz, kohlenstoffarme Wirtschaft, Umweltschutz, Anpassung an den Klimawandel) sowie den Aufbau einer modernen und professionellen öffentlichen Verwaltung ab. (vgl. GTAI, 2018)

2.2 Beitrittsphasen

Weil Frankreich in den 1960er Jahren Beitrittsgesuche von Großbritannien und Norwegen mehrmals blockiert hatte, folgten erst im Jahr 1973 weitere Mitglieder. In der sogenannten Norderweiterung schlossen sich Großbritannien, Irland und Dänemark der Europäischen Gemeinschaft an. Die zweite Erweiterungsrunde folgte in den 1980er Jahren mit den Beitritten von Griechenland (1981), Spanien und Portugal (beide 1986). (vgl. Herz & Jetzlsperger, 2008, S. 43 ff.)

Anschließend dauerte es wieder ein Jahrzehnt, ehe 1995 Finnland, Österreich und Schweden in der Europäischen Union aufgenommen wurden, die mittlerweile bereits 15 Mitglieder umfasste. Auf die bisher größte Erweiterung der Europäischen Union, die Osterweiterung 2004, sowie auf die Osterweiterung 2007 und den Beitritt von Kroatien 2013, soll im Folgenden genauer eingegangen werden. In einem Zeitraum von mehr als 50 Jahren entwickelte sich die damalige Europäische Gemeinschaft mit sechs Mitgliedsstaaten und rund 200 Millionen Einwohnern zur Europäischen Union mit 28 Mitgliedstaaten und über einer halben Milliarde Einwohnern. (vgl. Weidenfeld, 2013, S. 76, vgl. Herz & Jetzlsperger, 2008, S. 54 ff., vgl. Hart, 2008, S. 16 ff.)

2.2.1 Osterweiterung 2004

Nachdem die Voraussetzungen seitens der Europäischen Union von Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern erfüllt waren, galt als letzter verbleibender Schritt die Ratifikation der Verträge durch die bisherigen EU-Mitglieder und die Beitrittsstaaten selbst. Die meisten bisherigen EU-Mitglieder überließen die Entscheidung über den EU-Beitritt den Parlamenten. Demgegenüber ließen alle Beitrittsstaaten des Jahres 2004, bis auf Zypern das Volk abstimmen, was in allen Fällen zu einer Entscheidung für den Anschluss an die Europäische Union führte. Am deutlichsten fiel das Ergebnis in der Slowakei aus, wo sich 92% der Bevölkerung für einen EU-Beitritt aussprachen, recht knapp wurde es hingegen in Malta, wo lediglich 54% für die EU votierten.

So kam es, dass am 1. Mai 2004 die bisher größte Erweiterung der Europäischen Union von statten ging und sich mit Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern gleich zehn neue Staaten anschlossen. (vgl. Weidenfeld, 2013, S. 78, vgl. Herz & Jetzlsperger, 2008, S. 63 ff.)

Harth & Woyke (2008, S. 21) führten eine Reihe von Veränderungen an, die die Osterweiterung mit sich brachte:

- *„sie verdoppelt das Wohlstandsgefälle innerhalb der Gemeinschaft und schafft damit die Basis für neue Konflikte;*
- *sie vergrößert die EU nachhaltig und dehnt ihre Grenzen bis an das Schwarze Meer, den Balkan und in den Mittelmeerraum aus;*
- *sie verändert die innere Balance und verschiebt den Mittelpunkt der EU nach Osten;*
- *sie ermöglicht neue Machtkonfigurationen innerhalb der EU und verringert die Bedeutung alter Zusammenschlüsse wie z.B. des deutsch-französischen Tandems.“*

2.2.2 Osterweiterung 2007

Obwohl der Beitritt Bulgariens und Rumäniens zur Europäischen Union von 2004 auf 2007 verschoben wurde, waren einige Mitgliedsstaaten bis zum Schluss gegen eine Aufnahme. Als Gründe gegen die EU-Erweiterung wurden vor allem die gesellschaftlichen Probleme und Missstände, die in den beiden Ländern herrschen, genannt. (vgl. Nagy et al., 2017, S. 272)

„Zu schlecht sind die derzeitigen politischen und vor allem ökonomischen Rahmenbedingungen, zu schleppend die Verbesserungen, zu zögerlich die Transformation.“
(Leiß et al., 2004, S. 1)

In den letzten Jahren war zwar dank Fördergelder der EU ein positiver Trend erkennbar, dennoch herrschte extreme Armut, Kriminalität und auch die Korruption stellte ein erhebliches Problem dar. Zusätzlich kam es immer wieder zu Problemen mit Minderheiten. Man warf den beiden Staaten vor sie gesellschaftlich zu benachteiligen. (vgl. Herz & Jetzlsperger, 2008, S. 66)

Es wurde auch überlegt, den Beitritt Bulgariens und Rumäniens noch einmal um ein Jahr zu verschieben, sollten die Voraussetzungen nicht rechtzeitig erfüllt werden. Doch nicht nur einige Mitgliedsländer der EU äußerten Bedenken, auch bei vielen Menschen in Bulgarien und Rumänien selbst herrschte Ungewissheit über die Folgen des Beitritts. Viele fürchteten Preisanstiege, Nachteile für die eigene Landwirtschaft oder auch den zunehmenden Überlebensdruck kleiner Unternehmen. Dennoch setzten die Menschen auch enorme Hoffnungen in die Europäische Union und sahen die Chance, in Zukunft ein Leben in besseren Verhältnissen führen zu können.

Die Europäische Kommission verzichtete darauf, den Beitritt Bulgariens und Rumäniens auf 2008 zu verschieben, setzte aber schärfere Bedingungen als bei früheren Erweiterungen, die bei Nichteinhaltungen zu empfindlichen Strafen führen können. Allen voran stehen dabei die Bekämpfung der Korruption, des organisierten Verbrechens, sowie die effizientere Verwaltung von EU-Subventionen. Auch nach dem Beitritt stehen die beiden Staaten also unter strenger Beobachtung, da sie alle sechs Monate in Brüssel Bericht erstatten müssen. Außerdem sind sie, größtenteils aufgrund oben genannter Probleme, bis heute noch keine vollständigen Mitglieder des Schengen-Raums. (vgl. Herz & Jetzlsperger, 2008, S. 66)

Schüsselbauer (vgl. 2007, S. 18) folgt dem Konzept des Deka Converging European Index (DCEI), welches in Anlehnung an die Transformationsindikatoren der European Bank for Reconstruction and Development (EBRD) entwickelt wurde. Der DCEI als makroökonomisches Konvergenzmodell analysiert die Fortschritte in den vier Teilbereichen institutioneller, realwirtschaftlicher, monetärer und fiskalischer Konvergenz und vergleicht über einen jährlich erstellten Indikatorwert die Entwicklung seit 1995, wonach Bulgariens und Rumäniens Wirtschaft rasant aufgeholt hat.

In diesem Modell werden insgesamt 16 makroökonomische und institutionelle Indikatoren behandelt. Der Maximalwert von 100 Punkten entspricht dem vollständigen Erreichen des wirtschaftspolitisch-qualitativen Niveaus entwickelter Volkswirtschaften, darf jedoch nicht mit einem Erreichen des reinen Wohlstandsniveaus, ausgedrückt im Pro-Kopf-Einkommen, also einer quantitativen Größe, verwechselt werden. (vgl. Schlüsselbauer, 2007, S. 18)

- **„Realwirtschaftliche Konvergenz:** *Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf, Anteil des Agrarsektors am BIP, Arbeitslosenquote, Handel mit EU-Staaten.*
- **Monetäre Konvergenz:** *Entwicklung der Inflationsrate, Kapitalmarktzinsniveau, Wechselkursstabilität sowie Kreditwachstum.*
- **Fiskalische Konvergenz** *(jeweils in Prozent des BIP): Haushaltssaldo, Niveau der öffentlichen Verschuldung, Auslandsverschuldung, Anteil des Privatsektors an der Wertschöpfung.*
- **Institutionelle Konvergenz:** *allgemeine Wirtschaftspolitik, Finanzsystem und Finanztiefe, gesetzliche Rahmenbedingungen, Zahl der in den EU-Beitrittsverhandlungen geschlossenen Kapitel. (bis 2006)“* (Schlüsselbauer, 2007, S. 18)

Laut diesem Modell konnte sich Bulgarien speziell in den Bereichen der monetären und fiskalischen Konvergenz sehr gut weiterentwickeln und die größten Fortschritte erzielen. In der realwirtschaftlichen Konvergenz ist der hohe Anteil des Agrarsektors am BIP ein Zeichen für mangelnden strukturellen Wandel und auch die hohe Arbeitslosigkeit von knapp 9% schlägt sich in dieser Kategorie negativ nieder. Größte Rückstände, können ähnlich wie in Rumänien, in den gesetzlichen Rahmenbedingungen ausgemacht werden, die noch beträchtliche ordnungspolitische Lücken aufweisen. Rumänien ist vor allem in der Fiskalpolitik weit fortgeschritten, dafür gibt die mangelnde monetäre Konvergenz Anlass zu weiteren Reformschritten, auch wenn sich der rumänische Leu gegenüber dem Euro und dem US\$ seit 2005 stabilisieren konnte. Auch die realwirtschaftliche Integration läuft seit den gestiegenen ausländischen Direktinvestitionen sowie der verbesserten Handelsintegration erfolgreicher als noch vor einigen Jahren. (vgl. Schlüsselbauer, 2007, S. 18 f.)

Bulgarien und Rumänien konnten also in den letzten Jahren durchaus beachtliche Fortschritte erzielen, weisen aber in vielen Bereichen immer noch große Defizite auf. Aus diesem Grund wurde der Beitritt zur Europäischen Union auch von 2004 auf 2007 verschoben.

Nichtsdestotrotz sprechen viele von einer verfrühten Aufnahme der beiden Staaten, weshalb nun näher auf die Motive der Europäischen Union für den Beitritt eingegangen werden soll.

Nach dem Ende des Kommunismus und dem Zerfall der Sowjetunion nahmen Bulgarien und Rumänien eine für die EU interessante geografische Lage ein. Einerseits liegen die beiden Staaten zwischen Westeuropa und den Ländern der ehemaligen Sowjetunion, andererseits nahe am Mittelmeer und am Schwarzmeer sowie im Rhein-Main-Donau-Korridor.

Aufgrund der Nähe zu Russland fürchtete Westeuropa, dass die Länder neuerlich unter den Einfluss der post-sowjetischen Länder fallen könnten, was die relativ rasche Kontaktaufnahme mit der NATO (North Atlantic Treaty Organization) und der EU erklären könnte. Nach dem Fall der Sowjetunion und dem Fall des Kommunismus verstanden sich sowohl NATO als auch EU als Institutionen der Elite, die sich ihre Mitglieder aussuchen konnten und strenge Bedingungen vorgaben. Als 1999 Polen, Tschechien und Ungarn zur NATO, wurde das Risiko einer Aufnahme von Bulgarien und Rumänien als zu groß eingeschätzt, vor allem hinsichtlich der Armut konnten die Bedingungen nicht erfüllt werden. (vgl. Nagy, 2017, S. 265 ff.)

Auch das Argument Bulgariens und Rumäniens ein Stabilitätsfaktor auf dem Balkan zu sein, sowie das Einkreisen dieser Krisenregionen dürfte nicht von unbedeutender Rolle gewesen sein. Nagy, Lakatos und Antal (vgl. 2017, S. 289 ff.) heben jedoch besonders den großen Wert der Schwarzmeerregion hervor. Sie dient als südöstliche Grenze der NATO und der EU und stellt jene Gegend dar, wo der Einflussbereich der EU mit dem Einflussbereich Russlands zusammentrifft. Die beiden Länder können als Vermittler in Bezug auf den Osten gesehen werden. Des Weiteren öffnet die Region eine Möglichkeit zur Verbindung mit dem Kaukasus, was einerseits eine Chance bezüglich der Ressource Energie ist, aber andererseits eine Quelle der Bedrohung bzw. Instabilität darstellt. Hervorzuheben ist auch die Lage am Schnittpunkt dreier, großer kulturgeografischer Einheiten: dem euroatlantischen, dem sowjetischen und dem des Nahen Osten. Diese theoretisch zusammenhängende Einheit würde einen Markt von 150 Millionen Menschen darstellen, weshalb also nicht nur Russland, die USA und das westliche Europa an dem Gebiet interessiert sind, sondern auch die Supermächte Japan und China.

Abgesehen von den Möglichkeiten, die diese Region bietet, sprechen Nagy et al. (vgl. 2017, S. 289 ff.) auch von diversen Risiken, wie den großen kulturellen und wirtschaftlichen Unterschieden, der organisierten Kriminalität, ökologischen Problemen oder auch der

Verschmutzung des Meeres. Ebenso die unterschiedlichen Ansichten darüber, welche Länder Einfluss in der Schwarzmeerregion haben, machen die Situation nicht einfacher:

- Laut Russland und der Türkei zählen nur jene Länder dazu, die direkten Küstenzugang haben.
- Die Europäische Union nennt neben den Ländern mit Küstenzugang zusätzlich noch Moldawien, Griechenland, Armenien und Aserbaidschan.
- Laut der Black Sea Economic Cooperation gehören zusätzlich zu den oben genannten auch noch Albanien und Serbien dazu.
- Die USA nimmt sogar Teile des mittleren Ostens und Nordafrika hinzu.

Es kann also festgehalten werden, dass diese Region sowohl für die NATO, als auch für die EU eine strategisch wichtige Peripherie darstellt, die für die Beitrittsgesuche der beiden Länder möglicherweise einen entscheidenden Vorteil darstellte.

2.2.3 Erweiterung um Kroatien 2013

Kroatiens Weg in die EU dauerte lange, bereits zum Zeitpunkt der Unabhängigkeitserklärung im Jahr 1991 bestand der Wunsch nach einem EU-Beitritt, stattdessen sah man sich mit den blutigen Folgen der Loslösung von Jugoslawien konfrontiert. Bis sich das Land tatsächlich an die Europäische Union annähern konnte, vergingen zehn Jahre. Erst im Jahr 2000 fing man an, über ein Stabilisierungs- und Assoziationsabkommen mit der EU zu verhandeln, was nach dem Beschluss im Jahr 2001 die erste vertragliche Bindung Kroatiens an die Europäische Union darstellen sollte.

2003 wurde schließlich die offizielle Bewerbung um eine Mitgliedschaft eingereicht, 2004 erhielt man den Status als Beitrittskandidat. Im Februar 2005 trat dann das Stabilisierungs- und Assoziationsabkommen in Kraft. Von nun an konnten auch Finanzmittel aus den Programmen PHARE und ISPA in Anspruch genommen werden. Im selben Jahr begannen die Beitrittsverhandlungen, ab 2006 nahm Kroatien auch am SAPARD Programm für Landwirtschaft teil. Alle Programme wurden ab 2007 im Instrument für Heranführungshilfe zusammengefasst. Man hatte das Ziel, die beitriftswilligen Länder besser auf den Einsatz der Instrumente vorbereiten zu können und führte ergänzend die Komponenten „Strukturfonds“ und „Fonds für die Entwicklung des ländlichen Raums“ ein. (vgl. Fräss-Ehrfeld, 2006, S. 51)

Durch den Grenzstreit mit Slowenien über Fischereirechte waren die Beitrittsverhandlungen fast ein Jahr lang blockiert, es dauerte bis zum Jahr 2011, als dieses Kapitel endgültig geschlossen werden konnte und die Europäische Union letztendlich dem Rat empfahl, die verbliebenen Verhandlungskapitel zu schließen.

Im Jänner 2012 fand in Kroatien die Volksabstimmung über den EU-Beitritt statt. Etwa zwei Drittel der teilnehmenden Kroaten stimmten für die Mitgliedschaft. Die Wahlbeteiligung war jedoch mit 43% recht gering. Kroatien wurde somit am 1. Juli 2013 nach Slowenien als zweites Land des ehemaligen Jugoslawien Mitglied der Europäischen Union. (vgl. Wehrschütz, 2013, S. 321)

2.3 Zusammenfassung und Ausblick

Harth & Woyke (2008, S. 35) stellen die Erweiterung der Europäischen Union unter das Gegensatzpaar „Erfolgsgeschichte oder Gefahr der Überdehnung?“. Einerseits bringe der Eintritt neuer Staaten in das wirtschaftliche, politische und wertemäßige Gerüst der Union langfristig demokratische und marktwirtschaftliche Strukturen mit sich und solle den Staaten Stabilität und wirtschaftlichen Wohlstand bringen – was mit einer Erfolgsgeschichte verbunden wäre, andererseits muss die EU gleichzeitig ihre inneren Strukturen regelmäßig auf die neuen Situationen anpassen. Diese Reformierungen, zum Beispiel in der Entscheidungsfindung oder in der Ausgabenpolitik, sind für eine derart große Anzahl an Mitgliedern äußerst schwierig, jedoch unbedingt notwendig, um die Handlungsfähigkeit aufrecht erhalten zu können und die Gefahr einer Überdehnung aufgrund der mehrfachen Erweiterungen zu vermeiden.

Diese Thematik wird auch in den kommenden Jahren stets aktuell bleiben, da immer wieder neue Beitrittskandidaten nachkommen.

3 Rumänien und Bulgarien: ein landeskundlicher Vergleich

In diesem Kapitel wird ein allgemeiner Überblick der beiden Staaten hinsichtlich Geografie, Politik und Wirtschaft gegeben. Ebenso die Geschichte Bulgariens und Rumäniens in der kommunistischen Zeit, die Zeit seit der Transformation, sowie die Zeit seit dem EU-Beitritt im Jahr 2007 wird näher beleuchtet.

3.1 Geografie

Die Republik Bulgarien liegt in Südosteuropa auf der Osthälfte der Balkanhalbinsel. Im Norden grenzt das Land an Rumänien (Grenzlänge: 608 km), im Osten ans Schwarze Meer (Küstenlänge: 354 km), im Süden an Griechenland (494 km) und die Türkei (240 km) und im Westen an Serbien (318 km) und Mazedonien (148 km). (vgl. Andronic, 2017, S. 37; vgl. Majerna, 2004, S. 186 f.)

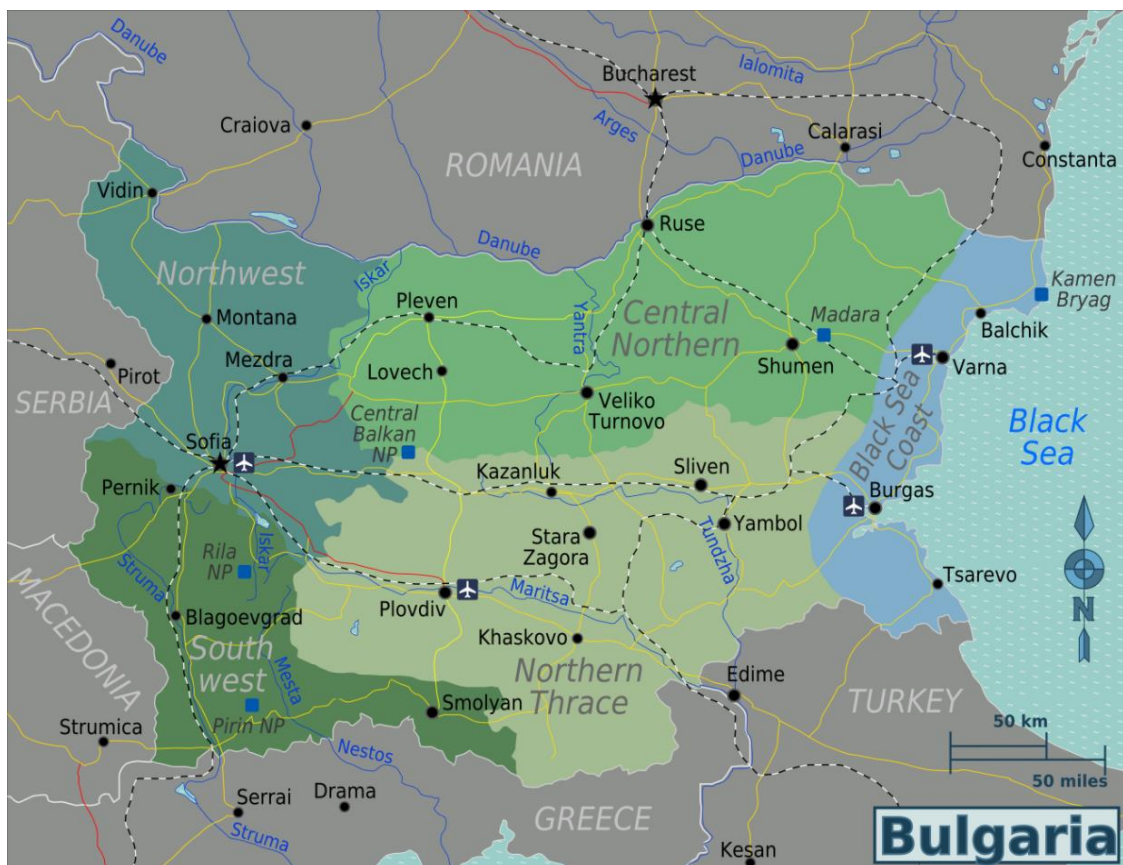


Abbildung 1: Karte Bulgarien (Weltkarte, 2018)

Bulgarien hat rund 7,1 Millionen Einwohner (Stand: 2016) und die Gesamtfläche beläuft sich auf 110.910 km², wovon 110.550 km² auf Landfläche fallen und 360 km² vom Schwarzen Meer eingenommen werden. Es ergibt sich somit eine Bevölkerungsdichte von 64 Einwohnern pro

km². Interessant ist, dass das Land im Jahr 1985 noch knappe 9 Millionen Einwohner hatte und die Bevölkerung seitdem kontinuierlich abnimmt. (vgl. Hiess & Römisch, 2016, S. 13, vgl. Weltbank, 2017)

Das Balkangebirge (bis zu 2400 Meter hoch) teilt das Land in eine nördlich gelegene Donauebene und in die südlich gelegene Oberthrakische Tiefebene. Höchste Erhebung des Landes stellt der Musala im Rila-Gebirge mit 2925 Metern dar, längster Fluss ist die Donau, die auf knapp 500 Kilometern die Grenze zu Rumänien bildet. Der Iskar ist mit einer Länge von 368 Kilometern der längste im Land entspringende Fluss. Generell werden drei Flusseinzugsgebiete unterschieden, die Donau im Norden, das Schwarze Meer im Osten und die Ägäis im Süden. Die natürliche Landschaft, die besonders in den von Nadel- und Laubwäldern bewachsenen Bergen anzutreffen ist, wird in Bulgarien sorgfältig gepflegt. Nichtsdestotrotz hat das Land mit starker Umweltverschmutzung zu kämpfen, deren Belastung vor allem die Flüsse betrifft. (vgl. Majerna, 2004, S. 186)

Hauptstadt, sowie mit Abstand größte und wichtigste Stadt des Landes, ist seit 1879 Sofia. Die rund 1,23 Millionen Einwohner zählende Stadt ist während des 20. Jahrhunderts – von 400.000 Einwohnern in der Nachkriegszeit – ständig gewachsen. Hervorgehoben werden kann ihre Position als Kultur- und Industriezentrum. Auch als Handelsstadt spielt sie eine wichtige Rolle, da sie am Knoten zweier wichtiger Verkehrswege liegt: Von der Ägäis zu den Donauländern und von der türkischen Metropole Istanbul in Richtung Mitteleuropa. Die nächstgrößten Städte Plowdiw und Warna (beide knapp 350.000 Einwohner) folgen dahinter bereits mit deutlichem Abstand. (vgl. Majerna, 2004, S. 186)

Als Vorbereitung auf den EU-Beitritt kam es in Bulgarien im Jahr 1999 zur Einführung neuer Verwaltungseinheiten und Planungsregionen. Diese Neugliederung war die bislang letzte einer Vielzahl von administrativen Veränderungen seit der Gründung des ersten bulgarischen Staates im Jahr 1878. Bisherige Verwaltungsreformen teilten das Staatsgebiet Bulgariens – hinsichtlich Größe, Bezeichnung und hierarchischer Struktur – in sehr unterschiedliche Verwaltungseinheiten ein.

Die neue Gliederung verfolgt zwei Ziele: Einerseits soll sie zur Dekonstruktion des staatlichen Einflusses auf regionaler Ebene sorgen, andererseits sollen die verbleibenden staatlichen Verwaltungsaufgaben auf regionaler Ebene optimiert werden. Die neue Verwaltungsgliederung ist zweistufig: Bulgarien wurde in 28 Gebiete (Oblaste) unterteilt, die

sich wiederum in Gemeinden aufgliedern. Die Gebietszentren kennzeichnen sich durch die größte Bevölkerungszahl sowie das größte wirtschaftliche Potential und bestehen aus Sofia (welches das Zentrum für zwei Gebiete darstellt), acht großen Städten mit über 100.000 Einwohnern und 18 mittleren Städten mit 30.000 bis 100.000 Einwohnern. (vgl. Iliewa et al., 2002, S. 28 f.)

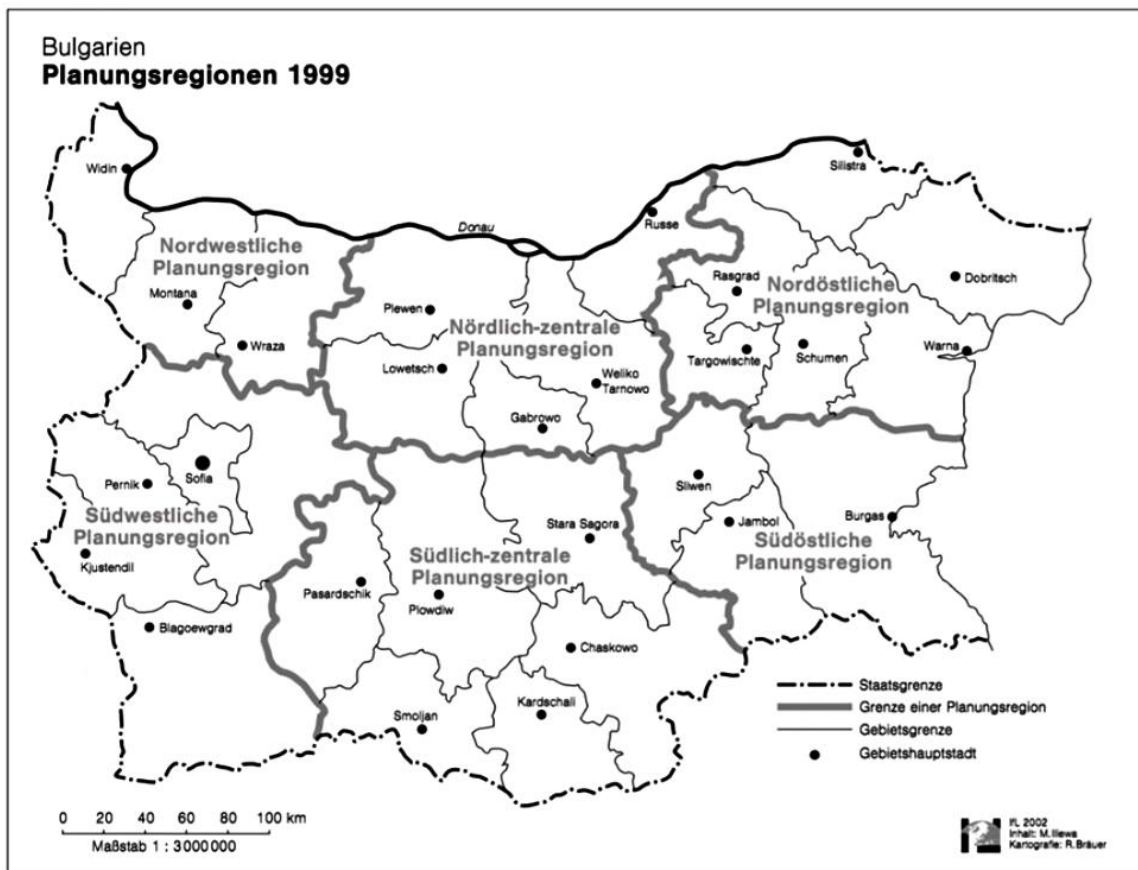


Abbildung 2: Planungsregionen und Verwaltungseinheiten Bulgariens (Iliewa, 2002, S. 32)

Gleichzeitig zu den 28 Oblasten, die auf EU-Ebene den NUTS-3-Regionen gleichkommen, wurden 6 Planungsregionen (vgl. Abbildung 2) beschlossen, die den NUTS-2-Regionen entsprechen. (vgl. Iliewa, 2002, S. 31) Vodicka (vgl. 2013, S. 299) hebt jedoch deutlich hervor, dass die Oblaste vom Zentrum aus geleitet werden. Sie stellen lediglich eine administrative-territoriale Einheit dar, die ein vom Ministerrat ernannter Bezirksverwalter im Interesse der staatlichen Zentralverwaltung kontrolliert. Dieser soll die Durchführung der staatlichen Politik in seinem Gebiet sichern und er ist für den Schutz nationaler Interessen, der Gesetzlichkeit und der öffentlichen Ordnung verantwortlich.

Wichtigste internationale Verkehrsanbindungen Bulgariens und Rumäniens stellen die Transeuropäischen Verkehrsnetze Rhine – Danube sowie Orient – East-Med dar. (vgl. Abbildung 3) Ziel der Transeuropäischen Verkehrsnetze ist es eine Verbesserung der Erreichbarkeit der Regionen und Harmonisierungen im Grenzverkehr zu erreichen. Die Transeuropäischen Netze umfassen sowohl Straßen, als auch Eisenbahnnetze, Binnenwasserstraßen, Häfen und Flughäfen und leisten einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung des europäischen Binnenmarktes. (vgl. Sünner & Wedemeier, S. 1)

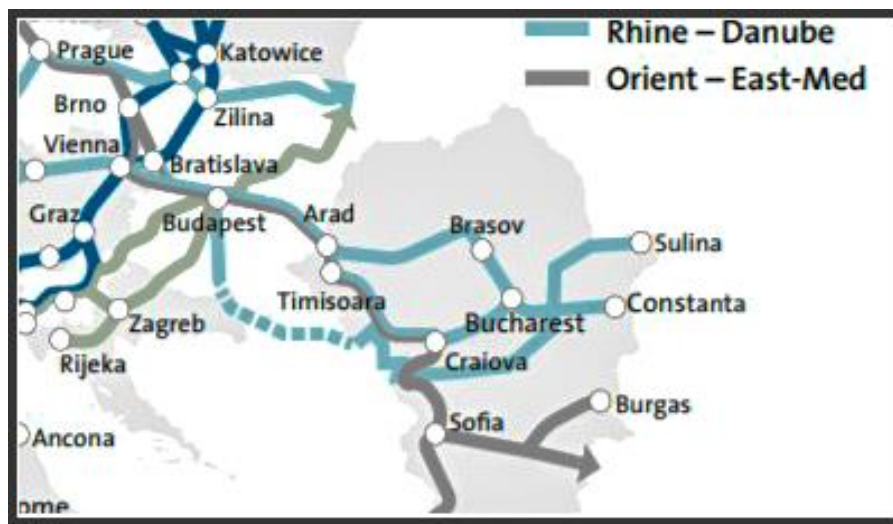


Abbildung 3: Internationale Verkehrsanbindungen (Sünner & Wedemeier, 2014, S. 2)

In dieser Hinsicht profitieren Bulgarien und Rumänien als EU-Mitglieder besonders von Förderungen, die für Infrastrukturprojekte zur Verfügung gestellt werden. Beide Länder erhalten pro Jahr rund 2,5 Mrd. €, wonach es auch nicht verwunderlich ist, dass Rumänien laut dem Global Logistic Index im Infrastrukturranking der Südosteuropäischen Staaten den ersten Platz einnimmt. (vgl. Schmied et al., 2009, S. 21) Dennoch gibt es noch enormen Aufholbedarf, Rumäniens Straßennetz erreicht zwar eine Länge von 80.000 km, davon sind aber nur rund 700 km Autobahn, 250 km sind gerade im Bau. Rumäniens Regierung plant bis 2030 einen Ausbau des Autobahnnetzes um 1300 km, weiters soll das Straßennetz um Schnellstraßen erweitert und einige Straßenabschnitte erneuert werden. Ähnlich ist die Situation in Bulgarien, hier ist besonders das dichte Eisenbahnnetz hervorzuheben, welches jedoch äußerst renovierungsbedürftig ist, teilweise Geschwindigkeiten von nur 50km/h zulässt und nur einseitig befahrbar ist. (vgl. Stubbe & Bartels, S. 3 f.)

Bukarest ist mit rund 1,86 Millionen Einwohnern Hauptstadt und größte Stadt Rumäniens, dahinter folgen Klausenburg [Cluj-Napoca] (325.000) und Timisoara (319.000) bereits mit deutlichem Abstand. Nachbarländer Rumäniens sind Bulgarien im Süden (Grenzlänge: 631 km), Serbien im Südwesten (547 km), Ungarn im Westen (448 km), Ukraine im Norden (344 km), Moldawien im Nordosten (681 km) und die Schwarzmeerküste im Osten (Küstenlänge: 247 km). (vgl. Abbildung 4)



Abbildung 4: Karte Rumänien (Weltkarte, 2018)

Insgesamt erlangen die Staatsgrenzen eine Länge von 3150 km, wovon alleine über 1817 km auf Flüsse, wie zum Beispiel die Donau als Grenze zu Bulgarien und Serbien, entfallen. (vgl. Buza & Schreiber, 2006, S. 25; vgl. Andronic, 2017, S. 193 f.)

Die heutige Verwaltungsgliederung Rumäniens besteht teilweise seit dem 17. Jahrhundert und baut auf den sogenannten Kreisen auf. Inklusive der Hauptstadt Bukarest gibt es heute 42 Kreise, die auf EU-Ebene den NUTS-3-Regionen entsprechen. In Vorbereitung auf den EU-Beitritt grenzte Rumänien außerdem acht Entwicklungsregionen ab, die der NUTS-2-Ebene entsprechen und homogener sind als die einzelnen Kreise. (vgl. Buza & Schreiber, 2006, S. 34 f.; vgl. Abbildung 5)



Abbildung 5: Entwicklungsregionen und Kreise (Benedek & Jordan, 2007, S. 96)

Rumänien hat mit einer Fläche von 238.391 km² eine gut doppelt so große Landesfläche wie Bulgarien. Auch die Einwohnerzahl ist mit 19,7 Millionen (Stand: 2016) mehr als doppelt so hoch wie jene des Nachbarn. Für Rumänien ergibt sich also eine Einwohnerdichte von 83 Einwohnern/km², was fast ein Viertel mehr ist, als die Bevölkerungsdichte Bulgariens. Ebenso wie in Bulgarien, lag die Einwohnerzahl Rumäniens schon einmal deutlich höher, in den Jahren um 1990 lebten noch über 23 Mio. Menschen in Rumänien. (vgl. Nagy, 2017, S. 269; Fräss-Ehrfeld, 2006, S. 83; vgl. Leïße, 2004, S. 10 f.)

Scharr & Gräf (vgl. 2008, S. 26) führen für die abnehmende Bevölkerungszahl mehrere Gründe an: Während die Auswanderung nur in den 90er Jahren eine größere Rolle spielte, geht die natürliche Bevölkerungsentwicklung – einer sinkenden Geburtenrate steht eine überdurchschnittlich hohe Sterberate gegenüber – um zwei Prozent im Jahr zurück. Unterstützt wird dieser Rückgang durch die, teilweise illegale, Arbeitsmigration in andere Länder der Europäischen Union. (vgl. Heller, 2006, S. 40 ff.) In den 1990er Jahren ist insbesondere bei älteren Bevölkerungsgruppen eine deutliche Stadt – Land – Wanderung erkennbar. Dies führte einerseits zu einem deutlichen Anstieg der in der Landwirtschaft beschäftigten Menschen, andererseits zu einer übermäßigen Überalterung, da nun die

Abwanderungszahlen junger Menschen dramatisch zunehmen. Dieser ungleichmäßige Bevölkerungsrückgang eingehend mit zunehmender Überalterung, stellt Rumäniens Sozialsystem vor eine große Hürde.

Laut Scharr und Gräf (vgl. 2008, S. 17) nehmen Gebirge, Hochland und Ebene gleichermaßen je ein Drittel der Landschaft ein. Als prägender Gebirgszug des Landes zeichnen sich die Karpaten aus, die von den Ost- über die Südkarpaten bis hin zur Donau verlaufen und dort die westlichen Ausläufer des Balkangebirges berühren. Somit trennen sich die drei historischen Regionen Moldau, Transsilvanien und Walachei voneinander. Höchster Berg Rumäniens ist der Moldoveanu in den Transsilvanischen Alpen mit 2544 m, insgesamt erstrecken sich die Karpaten von 800 m bis über 2500 m über dem Meeresspiegel, die 2500 m – Marke wird von zehn Gipfeln erreicht. (vgl. Scharr & Gräf, 2008, S. 17 f.; vgl. Leïße et al., 2004, S. 7 f)

Die Donau, die gemeinsam mit Rhein und Main die Nordsee mit dem Schwarzen Meer verbindet, ist mit einer Länge von über 1000 km der bedeutendste Fluss Rumäniens. Erreicht sie im Pannonischen Becken eine Ausdehnung von bis zu 2km, so ist sie auf ihrem 130 km langen Weg durchs Gebirge teilweise keine 150 m breit. Seit 1991 gehört das Donaudelta zum UNESCO-Weltkulturerbe. (vgl. Scharr & Gräf, 2008, S. 23 f.)

Speziell der Karpatenbogen ist reich an Rohstoffen und lässt bereits seit der Römerzeit spezialisierte Siedlungen mit angeschlossener Weiterverarbeitung rund um die Abbaugelände entstehen. Zum Teil bestehen sie noch bis heute fort, auch wenn der Transformationsprozess seit 1989 vorübergehend negative Folgen auf den volkswirtschaftlichen Ertrag mit sich brachte. (vgl. Scharr & Gräf, 2008, S. 19)

3.2 Politik

Die neue, postkommunistische Verfassung Rumäniens wurde im November 1991 verabschiedet und im Dezember desselben Jahres im Rahmen eines Referendums mit der deutlichen Mehrheit von 77,3% der Bevölkerung bestätigt. Bei der Ausarbeitung der Verfassung standen den rumänischen Abgeordneten mehrere westeuropäische Staaten zur Verfügung. Man orientierte sich speziell an Verfassungen der USA aus dem Jahr 1787 und Frankreichs von 1958. (vgl. Leiß et al., 2004, S. 42)

Das Ergebnis war ein politisches Mischsystem bestehend aus einer repräsentativen Demokratie mit einem semipräsidentiellen Regierungssystem. Staatsoberhaupt ist der Präsident, der direkt vom Volk gewählt wird und für fünf Jahre im Amt ist, mit der Möglichkeit zur einmaligen Wiederwahl. Erfolgt beim ersten Wahlgang keine Entscheidung mittels absoluter Mehrheit, kommt es zur Stichwahl zwischen den beiden Führenden. Die Kompetenzen des Präsidenten liegen vor allem im Vermitteln und Einigen. Er muss sich politisch neutral verhalten, darf keiner Partei angehören und muss für die Einhaltung der Verfassung und die gesetzmäßige Arbeit der Staatsverwaltung sorgen. (vgl. Leiß et al., 2004, S. 42 f.; vgl. Maner, 2015, S. 61 f.)

Der Präsident hat dennoch eine nicht unerhebliche Machtstellung inne, da er das Recht besitzt, nach Konsultation mit dem Parlament, den Ministerpräsidenten vorzuschlagen und die Regierung nach vorangehender Vertrauensabstimmung im Parlament zu ernennen. Des Weiteren kann er in Bereichen der Außen- und Sicherheitspolitik sowie in Fragen der öffentlichen Ordnung an Regierungssitzungen teilnehmen. Auch als Befehlshaber der Armee und in seiner Rolle als Vorsitzender des Obersten Rates für Landesverteidigung genießt er Vorrechte. Unter Zustimmung des Parlaments kann er die allgemeine Mobilmachung und den Ausnahmezustand bzw. Notstand erklären. Kritiker behaupten, dass es dem Präsidenten aufgrund seiner starken Stellung und mit Hilfe des „Apparates“ gelingt, parallele Machtstrukturen zur Durchsetzung eigener Ziele aufzubauen. (vgl. Leiß et al., 2004, 43 ff.)

Regierungschef ist der Premierminister, der vom Präsidenten ernannt wird. Das rumänische Parlament ist für die nationale Gesetzgebung verantwortlich und besteht aus zwei Kammern: dem Abgeordnetenhaus und dem Senat. Beide Kammern werden durch allgemeine, direkte und gleiche Wahlen gewählt. Gesetzesvorhaben müssen stets von beiden Kammern verabschiedet werden, je nach Fachgebiet trägt die abschließende Entscheidung entweder

das Abgeordnetenhaus oder der Senat. Eine Legislaturperiode dauert vier Jahre. (vgl. Leiß et al., 2004, S. 46 f.)

Außenpolitisch ist Rumänien in die wichtigsten europäischen und transatlantischen Staatenbünde integriert. 2004 trat man der NATO bei und 2007 erfolgte auch der Anschluss an die Europäische Union. (vgl. Ackerl, 2007, S. 182) Besonders wichtiger außen- und sicherheitspolitischer Partner ist die USA, mit der 1997 eine „Strategische Partnerschaft“ geschlossen wurde, die besonders durch die Entwicklungen in der Ukraine und der Schwarzmeerregion noch einmal an Bedeutung gewann. (vgl. Nagy, 2017, S. 271 f.)

Bulgarien ist seit der Verfassung von 1991 eine parlamentarische Republik. Das Parteiensystem, welches bereits 1878 zum ersten Mal verankert wurde, bringt seitdem zwei sozialpolitische Konflikte mit sich, die auch heute noch im politischen System Bulgariens präsent sind. Einerseits herrschen Konflikte zwischen rechten und linken, andererseits zwischen pro-russischen und pro-westlichen Abgeordneten. Ein früherer Konflikt – Stadt gegen Land, änderte sich nach den Balkan-Kriegen (1912/13) und dem Ersten Weltkrieg (1914-1918) zu einem Konflikt Kapital gegen Arbeit, der bis heute anhält. Als moderner Rechtsstaat mit Gewaltenteilung wird in Bulgarien die Volksversammlung (Einkammersystem) nach Verhältniswahlrecht für die Dauer von vier Jahren gewählt. Die Abgeordneten wählen schließlich den Ministerpräsidenten. Der Ministerrat, der aus dem Ministerpräsidenten, vier Stellvertretern und den Ministern besteht, bestimmt die Innen- und Außenpolitik. (vgl. Vodicka, 2013, S. 293)

Das Parlament nimmt als ständige Institution mit weitreichenden Rechten im Bereich der Gesetzgebung und der Kontrolle über die Exekutive einen zentralen Platz im politischen System Bulgariens ein. Die Exekutive ist zwar vom Parlament abhängig und muss ihm Rechenschaft ablegen, hat aber dennoch in Person des Ministerpräsidenten und der Regierung bei stabilen Mehrheitsverhältnissen im Parlament eine führende Rolle. Staatsoberhaupt ist der Präsident, der direkt vom Volk für die Dauer von fünf Jahren gewählt wird. Er hat eher die Rolle einer „neutralen Instanz“ inne, verfügt jedoch über wesentliche (mit der Regierung geteilte) Rechte im Bereich der Außenpolitik und der nationalen Sicherheit. Seine eingeschränkte Macht zeigt sich beispielsweise darin, dass er keine Befugnisse zur Regierungsbildung, zur Auflösung des Parlaments oder zum Einbringen von

Gesetzesentwürfen hat. Sein gesetzgebendes Veto ist nur aufschiebend. (vgl. Kanev, 2006, S. 60)

Ein wichtiger Faktor für die Perspektiven der bulgarischen Demokratie war das Fehlen von mächtigen „Veto-Akteuren“, deren Interesse im Widerspruch zur demokratischen Entwicklung stehen könnten. Auch die bulgarische Armee steht für demokratische Stabilität, da sie in keinem Fall eigene politische Interessen verfolgt. Einzig die organisierte Kriminalität, sowie die Tätigkeit einiger wirtschaftlicher Gruppierungen, die Bestrebungen zeigen, Einflüsse auf die Politik aufzubauen, bergen gewisse Risiken in dieser Beziehung. Auch Tendenzen zur Konzentration der Macht und zum Ausschluss des politischen Gegners bringen Gefahren für die bulgarische Demokratie mit sich. Zumindest bis zum Jahr 2001 wurden die Handlungen der politischen Eliten oft dadurch motiviert. (vgl. Kanev, 2006, S. 61 f.)

Die Parteien spielen in der bulgarischen Tradition eine besondere Rolle, da sie für die Erstellung von Wahllisten, dem Aufstellen von Kandidaten, sowie auch bei der Durchführung des Wahlkampfes verantwortlich sind. Einige Analytiker sind davon überzeugt, dass die gut entwickelten politischen Parteien unter anderem zu den Grundpfeilern der Erfolge des bulgarischen Übergangs zur Demokratie gehören. (vgl. Kanev, 2006, S. 62)

Wichtigste außenpolitische Ereignisse Bulgariens der letzten Jahre waren der NATO-Beitritt 2004, sowie der EU-Beitritt 2007. Bereits 1991, nachdem das außenpolitische Bezugssystem Bulgariens mit dem Zusammenbruch des Warschauer Pakts und des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe verschwunden war, suchte man Anschluss an die westeuropäischen Institutionen. Die Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft galt als wichtigstes außenpolitisches Ziel und stellte eine Notwendigkeit zur Absicherung neuer Märkte für die heimischen Produkte dar. (vgl. Gruner & Woyke, 2004, S. 349)

3.3 Wirtschaft

In den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts war die Wirtschaft Bulgariens größtenteils landwirtschaftlich geprägt. Die Industrie erzielte zwar teilweise beachtliche Wachstumsraten, hatte aber dennoch nur sekundäre Bedeutung. Im Jahr 1947, dem Beginn der Verstaatlichung, waren lediglich 6,1% der Industriebetriebe in staatlichen Händen. Ab diesem Zeitpunkt forcierten die bulgarischen Kommunisten die Industrialisierung und die Kollektivierung der Landwirtschaft. (vgl. Brunnbauer, 2007, S. 221 ff.)

Bulgarien gehörte zu jenen Ländern, die nach dem zweiten Weltkrieg dem Rat für gemeinsame Wirtschaftshilfe (RGW) beigetreten sind. Der RGW war eine internationale Organisation unter der Führung der Sowjetunion und wurde 1949 von den sozialistischen Staaten als Pendant zum Marshall-Plan ins Leben gerufen. Es sollte eine bessere wirtschaftliche Spezialisierung und Arbeitsteilung zwischen den sozialistischen Staaten geschaffen und eine Angleichung der unterschiedlichen wirtschaftlichen Bedingungen erreicht werden. Durch die Spezialisierung zielte man auf Synergieeffekte in Form von höheren Stückzahlen und niedrigeren Kosten ab. (vgl. Damus, 1979, S. 7 ff.)

In den 1960er Jahren beschloss Bulgarien eine neue Wirtschaftsstrategie mit dem Fokus auf Maschinenbau und dem Ziel sich zu einem Industriestaat zu entwickeln. Besondere Aufmerksamkeit wurde der Elektronik zuteil, wodurch bereits im Jahr 1964 der erste Personal Computer konstruiert und ab 1965 in Sofia produziert wurde. Ab 1975 wurde die Computertechnik zur führenden Technik des Landes und von nun an auch für den Export in andere RGW Staaten konzipiert. Bulgarien profitierte dabei besonders von Studenten, die an die besten Universitäten Europas und Japans geschickt und zur wissenschaftlichen Elite wurden. (vgl. Bachmaier, 2006, S. 24)

Ein besonderes Verhältnis pflegte Bulgarien zu Deutschland, welches zunächst natürlich stark von Moskau abhängig war. Als Russland jedoch 1955 diplomatische Beziehungen zu Deutschland aufnahm, erklärte prompt auch Bulgarien seinen Kriegszustand mit Deutschland offiziell für beendet. Die deutsche Regierung unter Willy Brandt schloss mit den meisten sozialistischen Ländern Verträge, so auch mit Bulgarien, wo in den 70er Jahren eine solide Vertragsgrundlage für Wirtschafts- und Kulturaustausch geschaffen wurde. Zu dieser Zeit wurde Deutschland der wichtigste westliche Handelspartner. Alleine in den 1970er Jahren wurden 30 Abkommen zwischen Unternehmen beider Länder zur gegenseitigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit unterzeichnet, bis 1989 waren es bereits 90 - also fast 30% aller Abkommen Bulgariens in diesem Bereich. Vor allem Todor Schiwkow prägte die Beziehung zu Deutschland maßgeblich, er war der Meinung, dass es Bulgarien immer dann am besten ging, wenn es mit beiden Großmächten – Deutschland und Russland – befreundet war. (vgl. Bachmaier, 2006, S. 25. f)

Im Jahr 1979 setzte der Prozess der Dezentralisierung ein und es wurde ein neuer Wirtschaftsmechanismus in der Produktion geschaffen, der kleine und flexible Betriebe in der

Nähe von Rohstoffen und Märkten aufbaute. Die Strukturreformen sowie die wissenschaftlich-technischen Innovationen führten rasch zu positiven Ergebnissen, alleine im Zeitraum von Mitte der 70er bis Mitte der 80er Jahre verdoppelte sich das Bruttonationalprodukt in Bulgarien. 1985 erreichten die nichtsozialistischen Länder ihren bislang größten Anteil am bulgarischen Außenhandel, was sich wiederum positiv auf den Budgetsaldo und somit auf die Dollarschulden auswirkte. Aufgrund der zahlreichen Verbindungen seitens Bulgarien mit dem Westen kam es Ende der 1980er Jahre jedoch zu Spannungen mit der Sowjetunion, die Bedenken an dieser Entwicklung äußerte. (vgl. Bachmaier, 2006, S. 24 ff.)

Nichtsdestotrotz traf der Wegfall des Marktes der Sowjetunion Bulgarien besonders hart, da durch die arbeitsteilige Spezialisierung eine wechselseitige Abhängigkeit zwischen der UdSSR und den restlichen Mitgliedern des RGW entstand. In den Jahren bis 1995 gingen sowohl Realeinkommen als auch Lebensstandard zurück, das Sozialsystem – insbesondere Kranken- und Rentenversicherungen – brach weitgehend zusammen, infolge der hohen Staatsverschuldung kam es 1996 zu einer schweren Wirtschaftskrise. Bulgarien kann also bis zum Ende der 1990er Jahre als Beispiel weitgehend erfolgloser Transformation angesehen werden. (vgl. Vodicka, 2013, S. 300 f.)

Die sozialistische Regierung verabschiedete in Hoffnung auf Unterstützung des IWF und der Weltbank ein Strukturprogramm. Als Bedingung forderte der IWF die Bindung des bulgarischen Lews an die D-Mark. Mittlerweile ist er an den Euro gekoppelt. In den letzten Jahren gelang es Bulgarien internationale Unternehmen anzulocken. Beispielsweise befindet sich der globale Service-Center von Hewlett-Packard (HP) in Sofia und der chinesische Automobilhersteller Great Wall eröffnete ein Werk nahe Lowetsch. (vgl. Vodicka, 2013, S. 301)

Wirtschaftlich konnte Bulgarien in den Jahren nach der Wende kontinuierlich aufholen. Die Umwandlung von einem reinen Agrarstaat in einen Industriestaat geht voran. In Sofia hat sich eine florierende Maschinenindustrie etabliert, in Varna und Burgas entstanden Erdölraffinerien. Bodenschätze wie Kupfer, Blei, Eisenerze und Mangan werden exportiert. Ein wichtiger Wirtschaftszweig ist der Tourismus, daneben haben sich interessante Nischenprodukte, wie Heilkräuter und Rosenöl durchgesetzt, das als Rohstoff für die Parfumerzeugung unentbehrlich ist. (vgl. Ackerl, 2007, S. 32)

Auch Rumänien trat 1949 dem Rat für gemeinsame Wirtschaftshilfe (RGW) bei, dem neben Bulgarien auch noch Ungarn und Jugoslawien angehörten. 1955 nahm man auch an der Schaffung des „Warschauer Paktes“, einem osteuropäischen Militärbündnis teil. Bereits 1948 wurde zwischen Rumänien und der Sowjetunion ein Vertrag über „Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“ unterzeichnet, wo man sich zu gegenseitiger militärischer Hilfe verpflichtete. Rumänien wurde somit der erste Staat des späteren „Ostblocks“, der sich mit der Sowjetunion verband. (vgl. Scharr & Gräf, 2008, S. 105)

Zahlreiche Reformen in Industrie und Landwirtschaft gingen von statten, Hauptziel war die Entwicklung der Hütten- und Maschinenbauindustrie, wofür das Interesse der Arbeitsteilung der sowjetischen Satellitenstaaten stand. In der Tat erreichten die Wachstumsraten in Rumänien nie dagewesene Höhen, 15% Wachstum in den Jahren 1950 bis 1955 und 13% Wachstum von 1958 bis 1965. Es kam zu enormen Produktionssteigerungen und die industrielle Entwicklung äußerte sich in einem Anwachsen der Städte. (vgl. Scharr & Gräf, 2008, S. 108)

Dafür musste die Bevölkerung Rumäniens jedoch auch einen hohen Preis bezahlen. Wie in allen anderen Staaten Osteuropas wurden auch hierzulande Großgrundbesitzer sofort enteignet. In Rumänien erreichte die Zwangskollektivierung allerdings neue Dimensionen. Sogar Kleinbauern und private Unternehmen, wie Bäckereien und Gastwirtschaften wurden ausgemerzt und durch kollektive Einheiten ersetzt. Ceausescus Plan sah vor, 5000 Dörfer zu zerstören, um Ackerland zu gewinnen und Verwaltungsbeamte einzusparen. Die ansässige Bevölkerung sollte mit dem Ziel noch stärkerer Kontrolle und Beeinflussung in neue agroindustrielle Zellen umgesiedelt werden. Ceausescus Plan konnte zum Glück niemals gänzlich umgesetzt werden, zynisch zugespitzte Beschreibungen der Zustände in solchen Dörfern lauten folgendermaßen:

„Die eigentliche Wohnung bestand aus zwei Zimmern und einer kleinen Küche, etwa vier Quadratmeter groß, ohne Wasserleitung. Badezimmer gab es keines, im Hof befand sich ein Klosett, das von allen Hausbewohnern benutzt wurde. In den größeren Wohnblocks musste im Erdgeschoss je eine Wohnung für einen Milizmann reserviert sein, der auf die Bauern „aufpasste“ und am Abend das Eingangstor schloss. Am Morgen hatte er die Blockbewohner aufzuwecken, ihnen Spaten, Harken, Sensen oder Heugabeln auszuteilen und sie aufs Feld zu begleiten. Zur Mittagszeit wurde aus Kanistern das in der LPG-

Kantine gekochte Essen ausgeteilt. Der Milizmann bekam sein Essen aus einer gesonderten Kantine. Bis Sonnenuntergang ging diese Form der Zwangsarbeit weiter. Zu Hause gab es am Abend zwischen 20.00 und 22.00 Uhr patriotisch-erzieherisches Fernsehprogramm, das die Bevölkerung davon zu überzeugen versuchte, dass sie dank des großen Führers in einer „goldenen Epoche“, der glücklichsten aller Zeiten, lebte. Vor dem Schlafengehen gab es noch etwas Schlange stehen vor den Klos, dann hieß es hinauf in die Wohnungen, das Tor wurde geschlossen, und dann „gute Nacht“.“ (Leißer et al., 2004, S. 55 ff.)

Die eben beschriebenen Vorgänge ließen die rumänische Wirtschaft in kürzester Zeit zusammenbrechen. Während hohe Wachstumsraten der Wirtschaft nur in staatlichen Statistiken existierten, herrschten in der ehemaligen Kornkammer Europas Versorgungsschwierigkeiten und extreme Armut. (vgl. Leißer et al., 2004, S. 56)

Nach dem Ende des Ceausescu Regimes 1989 befand sich auch Rumänien in einem wirtschaftlich desolaten Zustand. Ebenso wie in Bulgarien konnten die verheerenden 90er Jahre dank der Unterstützung internationaler Geldgeber wie dem Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank und der Europäischen Union überwunden und die Wirtschaft belebt werden. (vgl. Gardo, 2006, S. 655 ff.)

Wichtigste Bodenschätze in Rumänien sind Kohle, Salz, Erdöl und Erdgas. Dank dieser Gasvorkommen ist man im Vergleich zu Bulgarien auch nur geringfügig (10%) auf Gasimporte aus Russland angewiesen, bis 2019 strebt man sogar die energetische Unabhängigkeit an. Wichtigste Wirtschaftszweige sind Elektromaschinenbau, Textilindustrie, Bergbau, Holzindustrie, chemische Industrie sowie die Herstellung von Autoteilen und Kraftfahrzeugen (Renault, Daewoo, Dacia). Zu den Nachbarn in Bulgarien bestehen also durchaus einige Gemeinsamkeiten. Die Industrie in Rumänien befindet sich momentan auf dem Weg zur Herstellung technisch anspruchsvoller Produkte, insbesondere die hochqualifizierten Fachkräfte im Bereich der IT-Technologien und Software stechen heraus. Diese Qualität ist vermutlich auch dadurch bedingt, dass Rumänien nach Südkorea das weltweit schnellste Internet hat, Bulgarien steht an dritter Stelle. (vgl. Andronic, 2017, S. 194 f.; vgl. Gardo, 2006, S. 660) Wichtigste Handelspartner sind sowohl im Export als auch im Import Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. (vgl. Gardo, 2006, S. 671 ff.)

3.4 Geschichte

Im Folgenden soll die Geschichte Rumäniens und Bulgariens beleuchtet werden. Der Fokus wird dabei auf die kommunistische Zeit, die Zeit nach der Transformation und auf die Jahre nach dem EU-Beitritt gelegt.

3.4.1 Die kommunistische Zeit

Der sowjetische Einfluss in Rumänien stieg nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs stetig an, das Schema der Machtübernahme entsprach dem allgemeinen Modell, welches sie in Osteuropa vielfach anwendeten. Zunächst wurden mit den bestehenden Nationaldemokratischen Parteien (Nationale Bauernpartei (PNT), Nationalliberale Partei (PNL), Sozialdemokratische Partei (PSD) und der Kommunistischen Partei (PCR)) reale Koalitionen gebildet. Diesem Block gelang es auch, die Regierungsmacht zu erlangen, woraufhin sich die Kommunistische Partei die demokratischen Partner mit Hilfe neuer Bündnisse (Front der Nationalen Rettung) unterordnete, schrittweise deren Macht untergrub und am Ende der schleichenden Übernahme als Alleinherrscher an der Spitze stand. (vgl. Schaar & Gräf, 2008, S. 93 ff.; vgl. Leiß et al., 2004, S. 25)

Öffentlich präsentierte man sich mit einer durchwegs populistischen Propaganda und griff ungelöste Reformthemen aus der Zwischenkriegszeit, wie zum Beispiel die Bodenreform, Mindestlohn, Nationalisierung der Nationalbank, Wirtschaftskartelle oder die Industrialisierung der Industriezweige, auf. 1945 ernannte König Mihai I. die Regierung der Nationaldemokratischen Front (FND) und somit konnte die PCR mit der Umsetzung ihres umfangreichen Reformprogramms beginnen. Die Parlamentswahlen 1946 wurden mit Hilfe von enormer Wahlfälschung mit 79% der Stimmen überlegen gewonnen. Bis Ende 1947 verschwanden schließlich alle historischen Parteien, diese wurden entweder aufgelöst oder verboten. Diejenigen die sich widersetzten wurden entweder verschleppt, gingen in Haft oder wurden ermordet. König Mihai I. wurde Ende 1947 von Premierminister Groza die Abdankung aufgezwungen und ins Exil abgeschoben. Es folgte die Ausrufung der Volksrepublik Rumänien und das Land ging nach über 150 Jahren westlicher, politischer Orientierung in seine stalinistische Existenzphase über. (vgl. Scharr & Gräf, 2008, S. 97 ff.; vgl. Leiß et al., 2004, S. 26)

Die folgende kommunistische Epoche kann in zwei Perioden eingeteilt werden, zunächst von 1948 bis 1965 in die Volksrepublik Rumänien, die unter einem extremen Abhängigkeitsverhältnis zur Sowjetunion stand und von 1965 bis 1989 in die Sozialistische Republik Rumänien, die zunächst eine eigenständige nationale Politik bildete. (vgl. Scharr & Gräf, 2008, S. 104)

Nachdem das „Problem“ der bürgerlichen Parteien bereits gelöst war, war als letzte potenzielle Gegenbewegung die Sozialdemokratische Partei übriggeblieben, die schließlich einer Zwangsvereinigung mit der PCR zustimmte, woraus ab Februar 1948 die PMR, die Rumänische Arbeiterpartei hervorging. Die neuen Machthaber formten Staat und Wirtschaft Rumäniens systematisch nach kommunistischen Vorstellungen um. 1948 wurde die Industrie verstaatlicht, ab 1950 auch die Landwirtschaft. Dadurch konnten zunächst auch Erfolge erzielt werden, Mitte der 1950er Jahre verbesserte sich die wirtschaftliche Versorgungslage in Rumänien und die innenpolitische Lage stabilisierte sich. (vgl. Scharr & Gräf, 2008, S. 107 f.)

In der Ära unter Georghiu-Dej zogen die sowjetischen Truppen 1958 endgültig aus Rumänien ab. Georghiu-Dej gelang es nach dem Tod Stalins 1953 seine Position zu stärken und seine Rivalen aus der Partei erfolgreich zu beseitigen. Es wurde ein Distanzierungskurs gegenüber der Sowjetunion eingeschlagen und um Unterstützung von der eigenen Bevölkerung geworben. Nach dem Georghiu-Dej 1964 von der politischen Bühne abtrat, wählte das Führungsgremium der Rumänischen Arbeiterpartei im März 1965 Nicolae Ceausescu zum ersten Sekretär. Kurz darauf nahm die Partei wieder ihren alten Namen „Rumänische Kommunistische Partei“ an und nach der Verfassungsänderung im August wurde „die Sozialistische Republik Rumänien“ ausgerufen. Auch Ceausescu betonte stets demonstrativ die nationale Eigenständigkeit Rumäniens gegenüber der Sowjetunion, und nahm weiterhin radikale Einschnitte in Wirtschaft und Gesellschaft vor. (vgl. Scharr & Gräf, 2008, S. 110 ff.; vgl. Leiß et al., 2004, S. 26 f.)

In den 1970er Jahren wurden ausländische Kredite aufgenommen und massiv in den Industriesektor, dessen Standard weit hinter dem westeuropäischen Durchschnitt lag, investiert. Zudem wurden Teile der Landbevölkerung, mit dem Ziel einer Industrialisierung, in die Städte umgesiedelt. Als Folge setzte jedoch eine Versorgungskrise ein, da das Regime aufgrund der Auslandsschulden zum Export von Grundversorgungsgütern gezwungen wurde,

die nun im Land selber rar wurden und bis zum Jahr 1989 viele Opfer forderte. (vgl. Scharr & Gräf, 2008, S. 119)

Ceausescu gelang es speziell außenpolitische Erfolge zu erzielen, indem er sich Moskau entgegenstellte und als erstes Land diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland pflegte. Dies sicherte ihm auch die Gunst anderer westlicher Staaten, da man glaubte, den einzigen Parteichef des Ostblocks, der sich Moskau entgensetzte, unbedingt unterstützen zu müssen. Diese neue politische Positionierung eröffnete Rumänien große wirtschaftliche Vorteile, wie zum Beispiel den Beitritt zum Internationalen Währungsfonds 1971 oder die Aufnahme zur Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklungshilfe 1972. (vgl. Scharr & Gräf, 2008, S. 122 ff.; vgl. Leiß et al., 2004, S. 33)

Ceausescu gelang es in dieser Zeit seine Macht stetig auszubauen und auch die Beliebtheit seitens der Bevölkerung weiter zu steigern. Zahlreiche Fehlentscheidungen, wie die Investitionen in Bergbau und Ölindustrie, die Rumänien sehr stark auf Importe abhängig machten, führten jedoch zu einer prekären wirtschaftlichen Lage, die die Unzufriedenheit innerhalb der Bevölkerung zunehmen ließ und in den Dezemberunruhen 1989 ihren Höhepunkt erreichten. (vgl. Scharr & Gräf, 2008, S. 123 ff.; vgl. Leiß et al., 2004, S. 34 f.)

Bulgarien wurde im Jahr 1944 von der Roten Armee besetzt und geriet nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zunehmend unter sowjetischen Einfluss, innerhalb weniger Monate gelang es der Bulgarischen Kommunistischen Partei (BKP) die alleinige Macht zu erlangen. Der früheren politischen Elite wurde mit dem Ziel der Entwicklung einer kommunistischen Gesellschaft sukzessive der Prozess gemacht. Es kam zur Vereinigung der Bulgarischen Kommunistischen Partei mit der Sozialdemokratischen Partei und Stalins Vorstellungen wurden mit der Bestellung von Georgi Dimitrow als Staatsoberhaupt eingeleitet. Die Systemumwandlung dauerte drei Jahre, aber ihre Vollendung war schon mit dem Eindringen der Sowjetunion und dem darauffolgenden Staatsstreich besiegelt. Die bulgarischen Kommunisten visierten jedoch nicht nur die Umgestaltung der Macht- und Eigentumsverhältnisse sowie der wirtschaftlichen und institutionellen Grundlagen der Gesellschaft an, sondern wollten „neue“ Menschen schaffen, die eine kommunistische Moral verkörpern und sich radikal vom „alten“ Menschen des kapitalistischen Bulgariens unterscheiden. (vgl. Brunnbauer, 2007, S. 17; vgl. Markov, 2006, S. 12 ff.)

In diesem Zeitraum wächst die Kommunistische Partei lawinenartig – von 14.000 Mitgliedern 1944, auf 500.000 Mitglieder im Jahr 1947. Viele nutzten das Parteibuch jedoch nur um Karriere zu machen, was zu einer Parteiüberprüfung gegen den „Feind mit Parteidokument“ in den Jahren 1950 und 1951 führte. Aus dieser Zeit zog man die Lehre, dass es besser ist, parteilos zu sein, als von der kommunistischen Partei ausgeschlossen. Es folgte eine Zwangsunterteilung des bulgarischen Volkes in Kommunisten und „andere, zweitrangige“ Bürger. 1955 trat Bulgarien dem Warschauer Pakt bei. Man arbeitete eng mit der Sowjetunion zusammen und dementsprechend war auch die neue Verfassung von 1971 eng an sowjetisches Vorbild angelehnt. (vgl. Markov., 2006, S. 12 ff.)

Die kommenden Jahre gehen mit Auswahl, Aufnahme und Erziehung neuer Parteimitglieder einher. Es herrschte eine strenge Parteiendisziplin, man forderte von jedem Kommunisten, für die Partei verantwortlich zu sein und gab auch an, dass die Kommunistische Partei für jeden Kommunisten die Verantwortung trägt. Die politischen Führer kontrollierten alle Wirtschaftszweige, mit dem Ziel eine sozialistische Gesellschaft als einheitlichen Organismus aufzubauen. Die Einheit von Partei und Staat konzentrierte die gesamte Macht, die Beziehung zur Sowjetunion brachte zwar materielle Vorteile mit sich, barg jedoch auch einen hohen materiellen Preis. Während Schiwkow's Amtszeit wurde zweimal vergeblich versucht, die Volksrepublik Bulgarien aufzulösen und Bulgarien als souveränen Staat in die Sowjetunion einzugliedern. (vgl. Markov, 2006, S. 14 f.)

3.4.2 Zeit seit der Transformation

Der Begriff der Transformation konzentriert sich nicht auf ein einzelnes Ereignis, sondern stellt viel mehr einen andauernden Prozess dar, der einen Übergang von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft sowie die Umwandlung eines zentral gesteuerten planwirtschaftlichen Systems in ein dezentrales, marktwirtschaftliches System zur Folge hatte. Mit diesem Prozess ging auch der Wandel von einem zentralistischen Einparteiensystem hin zu einem demokratisch orientierten Mehrparteiensystem einher. (vgl. Faßmann, 1997, S. 15)

1989 war die wirtschaftliche Lage in Rumänien katastrophal und der Zusammenbruch des Ostblocks zeichnete sich ab. Ende des Jahres brach schließlich eine offene Revolution aus, Demonstranten forderten das Ende des mit Gewalt regierten Ceausescu-Regimes. Nachdem sich die Armeeführung mit den Demonstranten verbündet hatte, wurde Ceausescu Ende 1989

vor ein Militärgericht gestellt und zusammen mit seiner Frau erschossen. (vgl. Scharr & Gräf, 2008, S. 132 f.; vgl. Leißer et al., 2004, S. 37)

Der Revolutionsrat „Front zur nationalen Rettung“ (FSN) übernahm unter Vorsitz der Ex-Kommunisten Ion Iliescu und Petru Roman die politische Führung des Landes. Die „Sozialistische Partei Rumänien“ wurde in „Republik Rumänien“ umbenannt und das Mehrparteiensystem wiedereingeführt. Im Jahr darauf wurden die ersten freien Wahlen abgehalten, die die FSN, mit großer Mehrheit gewann. Ion Iliescu wurde trotz des Vorwurfs der Wahlmanipulation zum Staatspräsidenten ernannt, verbot die Kommunistische Partei und leitete erste Schritte zu einer Privatisierung der Wirtschaft ein. (vgl. Scharr & Gräf, 2008, S. 135 f.; vgl. Leißer et al., 2004, S. 37)

1993 wurde die Partei Iliescu's in „Sozialdemokratische Partei Rumäniens“ umbenannt und das Land wurde Vollmitglied des Europarates, sowie assoziiertes Mitglied der Europäischen Union. Der sinkende Lebensstandard und der ausbleibende Wirtschaftsaufschwung sorgten jedoch dafür, dass die Führung Iliescu's immer wieder angefochten wurde. Bei den Parlamentswahlen 1996 setzte sich schließlich Emil Constantinescu durch, der das oppositionelle konservativ-liberale Parteienbündnis „Demokratischer Konvent“ anführte. In den kommenden zwei Jahren konnten leichte Erfolge hinsichtlich des Wirtschaftswachstums erzielt werden, demgegenüber waren jedoch ein weiteres Ansteigen der Auslandsverschuldung und eine Verschlechterung der Lebensbedingungen zu verzeichnen. (vgl. Scharr & Gräf, 2008, S. 139 f.; vgl. Leißer et al., 2004, S. 45)

Vier Jahre später, im Jahr 2000, wurde erneut die Partei des Ex-Kommunisten und Ex-Staatschefs Iliescu stärkste politische Kraft, der Demokratische Konvent erlitt eine herbe Niederlage und Iliescu wurde zum zweiten Mal rumänischer Staatspräsident. Die Absichten, der NATO und EU beizutreten, sowie den wirtschaftlichen Aufbau auf Basis einer freien Marktwirtschaft voranzutreiben, wurden bekräftigt. (vgl. Scharr & Gräf, 2008, S. 140 f.; vgl. Leißer et al., 2004, S. 45)

2004 fanden wieder Präsidentschaftswahlen statt. Zu den Spitzenkandidaten zählten der amtierende sozialdemokratische Premierminister Adrian Nastase, sowie der Bürgermeister von Bukarest, Traian Basescu von der liberalen Allianz. Basescu wurde zum Präsidenten gewählt und ernannte Parteikollegen Calin Popescu-Tariceanu zum Premierminister, doch bereits wenige Monate später kam es zu Konflikten. (vgl. Scharr & Gräf, 2008, S. 141 f.)

Die Revolution in Osteuropa machte auch vor Bulgarien nicht Halt, am 9. November 1989, dem Tag des Berliner Mauerfalls, forderte die BKP Todor Schiwkow zum Rücktritt auf und bereits am nächsten Tag endete seine mehr als dreißigjährige Amtszeit. Die Kommunistische Partei wurde in die Bulgarische Sozialistische Partei und die Union der demokratischen Kräfte (SDS) aufgeteilt und das Mehrparteiensystem wiederhergestellt und bestätigt. 1990 wurde das Ende der kommunistischen Ära durch die ersten echten Mehrparteienwahlen seit mehr als einem halben Jahrhundert eingeleitet. Die Post-Kommunisten verfügten jedoch nach wie vor über einen großen Parteienapparat und trugen mit mehr als 47% der Stimmen den Sieg davon. (vgl. Brunnbauer, 2007, S. 691; vgl. Markov, 2006, S. 15)

„Bulgariens Kommunisten möchten gerne Demokraten werden, dabei aber am liebsten auch gleichzeitig gute Kommunisten bleiben.“, hieß es in der Süddeutschen Zeitung. (vgl. Appelius, 2006, S. 119)

Dieser Wahlerfolg wiederholte sich im Jahr 1994 und zeigte, dass weder der Sozialismus, noch die ihn in Bulgarien verkörpernde Partei ihre Legitimität verloren hatte. Besonderen Anklang fanden sie bei der ländlichen Bevölkerung, die in den letzten zwei Jahrzehnten des Sozialismus einen deutlichen Anstieg ihrer materiellen Lebensstandards erfahren hatten. Eine Umfrage aus dem Jahr 2004 ergab, dass 15% der Befragten, die Jahre 1944 bis 1989 als gute und erfolgreiche Jahre für das Land bezeichneten, 36% meinten, dass die guten Aspekte den negativen Seiten des Kommunismus überwogen und lediglich 5% waren der Meinung, dass die Jahre des Sozialismus in jeder Hinsicht verlorene Zeit war. Auf die real existierende Legitimität des Sozialismus deutete ebenfalls die Tatsache, dass das Ende des Kommunismus in Bulgarien nicht durch Massenproteste oder anderen Bewegungen hervorgerufen wurde, sondern aus einem innerparteilichen Umsturz entstand. (vgl. Brunnbauer, 2007, S. 691 f.)

Nichtsdestotrotz entwickelten sich in den Jahren nach 1989 auch starke gesellschaftliche Kräfte, die demokratische und marktwirtschaftliche Reformen trugen. Die Union Demokratischer Kräfte führte schließlich den friedlichen Sturz des kommunistischen Bulgariens herbei. Aufgrund diverser Koalitionen regierten bis 1997 jedoch noch häufig ehemalige Kommunisten. (vgl. Brunnbauer, 2007, S. 692; vgl. Markov, 2006, S. 15 f.)

1997 konnte Iwan Kostow den größten Triumph seiner politischen Karriere feiern. Der Vorsitzenden der SDS Partei erreichte bei den Wahlen mit 52,26% die absolute Mehrheit. Kostow schaffte es, ausländische Investoren nach Bulgarien zu locken – nicht zuletzt die

Deutschen. Der neue Ministerpräsident hielt sich strikt an die vom Internationalen Währungsfonds geforderte Sparpolitik, wodurch bereits 1998 die ersten Zeichen eines Aufschwungs erkennbar waren. Unter Kostow wurde die bulgarische Währung zunächst an die Deutsche Mark und später an den Euro gekoppelt und dem Ministerpräsidenten gelang es, das Land langsam aber doch aus der wirtschaftlichen Krise zu manövrieren. Des Weiteren hatte er maßgeblichen Anteil an der EU-Integration, stellte Kooperationen zu internationalen Institutionen her, senkte die Inflation und stellte die Weichen für einen zukünftigen NATO bzw. EU-Beitritt. (vgl. Appelius, 2006, S. 128 f.)

Die Mehrzahl der bulgarischen Bevölkerung merkte vom Aufschwung jedoch wenig und tat sich schwer ihr Leben zu finanzieren. Es herrschten niedrige Löhne bei gleichzeitig steigenden Lebenserhaltungskosten. Diese Umstände, anhaltend hohe Arbeitslosigkeit und Korruptionsvorwürfe in Regierungskreisen förderten die ungünstige Stimmung gegen Kostow. In einem Interview mit der Neuen Zürcher Zeitung räumte er ein: „Die Arbeitsplätze sind nicht sicher. Daran haben sich die Bulgaren bis heute nicht gewöhnt, sie träumen immer noch von garantierten Staatsstellen. (...) Es gibt schon Gründe für die Unzufriedenheit der Bevölkerung.“ (vgl. Appelius, 2006, S. 129 f.)

Kostows Chancen auf eine Wiederwahl wurden also äußerst gering eingeschätzt, speziell als Ex-Zar Simeon II. nach über 50 Jahren aus dem Exil zurückkehrte und als neuer Heilsbringer gefeiert wurde. Die Präsidentschaftswahlen 2001 gewann Georgi Parwanow und die „Nationale Bewegung“ des Ex-Zaren Simeon II. gewann die Parlamentswahlen, wodurch er Ministerpräsident wurde. Die Bulgaren mussten jedoch bald feststellen, dass sich nichts änderte und Simeon auf Druck des IWF an der Politik seines Vorgängers festhalten musste. 2005 wurde er von Sergei Stanischew abgelöst. (vgl. Appelius, 2006, S. 130 ff.)

3.4.3 Der EU-Beitritt 2007 bis Heute

2008 fanden die Parlamentswahlen in Rumänien erstmals entkoppelt von den Präsidentschaftswahlen statt. Die sozialdemokratische PSD und die demokratisch liberale PD-L gingen als Sieger hervor und bildeten unter Emil Boc eine Regierung. Aufgrund harter Sparmaßnahmen kam es jedoch zu Protesten und zu einem Misstrauensantrag im Parlament, Boc trat 2012 zurück und die Staatskrise Rumäniens verschärfte sich. (vgl. Gabanyi, 2014, S. 21 ff.)

Basescu wurde 2009 abermals zum Präsidenten gewählt. Im Juni 2012 wurde – nach 2007 - erneut ein Amtsenthebungsverfahren gegen Präsident Basescu eingeleitet, man warf ihm Verstöße gegen die Verfassung, Anmaßung von Regierungsgewalt und Kompetenzüberschreitungen vor. Die darauffolgende Abstimmung im Parlament führte zur Suspendierung des Präsidenten. Es kam zu einer Volksabstimmung über die Amtsenthebung Basescus, doch die Wahlbeteiligung lag knapp unter den benötigten 50% und so kam es, dass Basescu, auch aufgrund anderer Ungereimtheiten Ende August wieder in sein Amt als Staatspräsident zurückkehren konnte. Generell sorgte das Vorgehen der Regierung sowohl national, als auch international für großen Unmut und zog heftige Kritik der EU und der USA nach sich. Basescu verurteilte stets entschieden das kommunistische Regime in Rumänien und die verübten Verbrechen. Zugleich setzte er ein hartes Sparprogramm ein, welches das Land in der wirtschaftlichen Krise vor einem ähnlichen Szenario wie in Griechenland bewahrte. Auch mit dem Nachfolger Emil Bocs, Victor Ponta, kam es regelmäßig zu Konflikten zwischen Präsidenten und Premierminister. Bei den Präsidentschaftswahlen 2014 wurde der Bürgermeister von Hermannstadt, Klaus Johannis, zum Nachfolger von Basescu gewählt. Im ersten Wahlgang lag Victor Ponta noch klar voran, die darauffolgende Stichwahl konnte Johannis jedoch für sich entscheiden, was auch international positiv aufgefasst wurde. (vgl. Maner, 2015, S. 62 ff.)

In Bulgarien regierte von 2005 bis 2009 Stanischew, dem nach dem Stopp der EU-Finanzhilfen Scheitern in der EU-Politik, sowie Korruption, eine unzureichende Bekämpfung der Mafia und eine schlechte Jugendpolitik vorgeworfen wurde. Aufgrund dieser Unzulänglichkeiten verloren die regierenden Parteien die 2009 stattfindenden Europa- und Parlamentswahlen. Siegreich in beiden Wahlen war die bulgarisch-konservative Partei GERB unter Führung des ehemaligen Bürgermeisters von Sofia, Bojko Borissow. Borissow erreichte bei der Parlamentswahl 40% der Stimmen, da die Koalitionsverhandlungen zu keinem Ergebnis führten, bildete die GERB eine Minderheitenregierung, die auch von den anderen Parteien toleriert wurde. Im Februar 2013 trat die von Borissow geführte Regierung wegen andauernden und teils blutigen Massenprotesten der Bevölkerung zurück. (vgl. Vodicka, 2013, S. 294; vgl. Meinardus, 2011, S. 11)

Seit 2012 ist Rossen Plewneliew Staatspräsident, seines Zeichens parteiloser Unternehmer. Die konservative Partei blieb stärkste Kraft, verfehlte aber die absolute Mehrheit. Neuer

Regierungschef der sozialistischen Koalition wurde der parteilose Finanzfachmann Plamen Orescharski. (vgl. Graewert, 2013, S. 73)

Der demokratische Konsolidierungsprozess verlief und verläuft in Bulgarien und Rumänien unter besonders schwierigen Rahmenbedingungen. Auch nach 1989 blieben die Post-Kommunisten lange Zeit an der Macht und konnten ihre Interessen in Politik und Wirtschaft durchsetzen, weshalb die demokratische und marktwirtschaftliche Transformation nur sehr langsam und ungleichmäßig stattfinden konnte. Nichtsdestotrotz können den beiden Ländern erhebliche Verbesserungen bescheinigt werden. Dies belegt der BTI-Transformationsindex, der die Qualität von Demokratie, Marktwirtschaft und politischem Engagement in 129 Entwicklungs- und Transformationsländern analysiert und bewertet. Dabei werden Erfolge und Rückschritte auf dem Weg zu rechtsstaatlicher Demokratie und sozialpolitisch flankierter Marktwirtschaft gemessen. Im Jahr 2016 nimmt Rumänien im BTI den 14. Platz ein und Bulgarien den 16. Platz. Damit zählen beide Länder zu der kleinen, aber erfolgreichen Gruppe der „sich konsolidierenden Demokratie“. Auch Polen (5. Platz) und Serbien (21. Platz) zählen zu dieser Gruppe. Die deutlichsten Konsolidierungsfortschritte Bulgariens und Rumäniens konnten in den Jahren von 2003 bis 2008 verzeichnet werden, was auf den durch den EU-Beitritt entstandenen positiven Druck und die damit zusammenhängende Entstehung demokratisch orientierter, pro europäischer Kräfte hindeutet. (vgl. Vodicka, 2013, S. 313; vgl. BTI, 2018)

4 Die wirtschaftliche Entwicklung Rumäniens und Bulgariens vor und nach ihren EU-Beitritten im Vergleich

Folgende wirtschaftliche Indikatoren wurden für die Vergleiche ausgewählt. Diese sollen nun kurz vorgestellt und ihre Bedeutung geklärt werden.

- **Bruttoinlandsprodukt (BIP):** Das BIP misst den Gesamtwert aller Güter und Dienstleistungen, die in einem bestimmten Zeitraum in einem Land erzeugt wurden, und zwar unabhängig davon, ob ein Produkt von einem Inländer oder Ausländer produziert wurde. Ausschlaggebendes Kriterium ob ein Gut zum BIP zählt, ist die Erstellung dieses Gutes auf dem Gebiet des Landes (zum Beispiel Rumänien). Das Bruttoinlandsprodukt gilt als fundamentaler Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes: wächst das BIP, so wächst auch die Wirtschaft. (vgl. Rürup, 2002, S. 50 f., vgl. WKO, 2018)
- **BIP pro Kopf:** Lässt sich die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes gut durch das absolute BIP erkennen, so wird der Wohlstand anhand des BIP/Kopf gemessen, um aussagekräftige Vergleiche zu anderen Ländern oder Regionen ziehen zu können. (vgl. Hiess & Römisch, 2016, S. 13)
- **Kaufkraftparität:** Mit Hilfe von Kaufkraftparitäten können mehrere Regionen oder Länder, auch mit unterschiedlichen Währungen, hinsichtlich Preisniveaus und Kaufkraft verglichen werden. Woll (vgl. 2008, S. 419) meint, dass Kaufkraftparitäten nur für ein bestimmtes Gut oder einen Warenkorb sinnvoll sind, beispielsweise für die Kaufkraftparität von einem Liter Benzin in Deutschland und den USA.
- **Human Development Index (HDI):** Der Human Development Index (HDI), also der Index der menschlichen Entwicklung, wird seit 1990 jährlich im Bericht des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen veröffentlicht. Dabei werden folgende Faktoren berücksichtigt: (vgl. HDR, 2017)
 - **Lebenserwartungsindex:** Lebenserwartung bei Geburt
 - **Bildungsindex:** Dauer der Ausbildung (Anzahl der Schuljahre, die ein 25-Jähriger absolviert hat) und voraussichtliche Dauer der Ausbildung (Anzahl der Schuljahre, die ein fünfjähriger voraussichtlich zur Schule gehen wird)
 - **Einkommensindex:** Bruttonationaleinkommen pro Kopf kaufkraftbereinigt in US\$

Der HDI nimmt immer Werte zwischen Null und Eins an, wobei Eins den höchsten erreichbaren Wert darstellen würde. Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen unterscheidet seit 2009 vier unterschiedliche Kategorien:

1. Länder mit sehr hoher menschlicher Entwicklung (ab HDI-Wert 0,8)
 2. Länder mit hoher menschlicher Entwicklung (ab HDI-Wert 0,7)
 3. Länder mit mittlerer menschlicher Entwicklung (ab HDI-Wert 0,55)
 4. Länder mit geringer menschlicher Entwicklung (HDI-Wert unter 0,549)
- **Ausländische Direktinvestitionen (ADI):** Als ausländische Direktinvestitionen bezeichnet man Vermögensanlagen im Ausland durch einen inländischen Investor. (vgl. Woll, 2008, S. 145) Ziel der Investition ist in der Regel eine dauerhafte Beteiligung an einem im Ausland ansässigen Unternehmen. Nach dem Internationalen Währungsfonds kennzeichnet sich diese Investition mit einer Unternehmensbeteiligung von mindestens 10%, in der Regel aber 25% und mehr. (vgl. OECD) Laut Woll (vgl. 2008, S. 145) werden ausländische Direktinvestitionen häufig als Gradmesser für internationale Wettbewerbsfähigkeit herangezogen. Um gute Vergleiche zu ermöglichen, werden in dieser Arbeit die ausländischen Direktinvestitionen in Prozent des BIPs angegeben.
 - **Arbeitslosigkeit:** Die Arbeitslosenstatistik gibt Aufschluss über die Zahl der Arbeitslosen am Anteil aller potentiell erwerbstätigen Personen. Zur Arbeitslosigkeit kommt es dann, wenn auf dem Arbeitsmarkt das Arbeitsangebot die Arbeitsnachfrage übersteigt. (Woll, 2008, S. 39) Die Arbeitslosenquote setzt also die Arbeitslosen mit den Erwerbstätigen in Beziehung und wird in Prozent angegeben. (vgl. Rürup, 2002, S. 20) Die Erwerbspersonen umfassen die Erwerbstätigen und die Arbeitslosen. Als Arbeitslose definiert sind Personen zwischen 15 und 74 Jahren, die
 - ohne Arbeit sind,
 - innerhalb der nächsten zwei Wochen eine Arbeit aufnehmen können,
 - und während der vorhergehenden vier Wochen aktiv eine Arbeit gesucht haben. (vgl. Eurostat, 2017)

Bach (2006, S. 49) spricht neben der Belastung der Betroffenen selbst auch die öffentlichen Haushalte an, die auf Grund fehlender Steuer- und Sozialabgaben nicht nur Verluste auf der Einnahmenseite haben, sondern auch hohe Kosten für Arbeitslosengeld auf der Ausgabenseite verkraften müssen. Konstant hohe

Arbeitslosigkeit bedrohe also das Gleichgewicht öffentlicher Haushalte und das System der sozialen Sicherung.

- **Wirtschaftssektoren:** Unternehmen, die in derselben Branche tätig sind, werden unter einem Wirtschaftssektor zusammengefasst. Hierbei wird zwischen dem Primärsektor (Landwirtschaftssektor), dem Sekundärsektor (Industriesektor) und dem Tertiärsektor (Dienstleistungssektor) unterschieden. (vgl. Eser, 1998, S. 6)
- **Staatsverschuldung:** Unter dem Begriff Staatsverschuldung werden die gesamten Schulden eines Staates zusammengefasst, also die Verbindlichkeiten gegenüber Dritten. Laut Definition des Vertrags von Maastricht werden diese Verbindlichkeiten gemeinsam mit den Forderungen verrechnet, woraus sich der Brutto-Gesamtschuldenstand nach Konsolidierung ergibt. Der Vertrag von Maastricht hat eine Gesamtverschuldung von maximal 60% des Bruttoinlandsprodukts zum Ziel. Staatsverschuldung kann einerseits positive Effekte nach sich ziehen, wenn beispielsweise mit Krediten öffentliche Investitionen finanziert werden (z.B.: Infrastruktur) und dadurch mittelfristig das Wachstumspotenzial erhöht wird. Im Idealfall sollte der Staat mittels steigender Steuereinnahmen sein Defizit wieder abbauen. Andererseits wird durch hohe Staatsverschuldung aufgrund Zins- und Tilgungsverpflichtungen der finanz- und haushaltspolitische Spielraum der Staaten eingeschränkt. Die steigende staatliche Kreditaufnahme birgt auch die Gefahr, private Kredite und Investitionen vom Markt zu verdrängen, was wiederum mit negativen Folgen für das Wirtschaftswachstum verbunden ist. (vgl. Eurostat, 2017)
- **Budgetsaldo:** Als Budgetsaldo oder Haushaltssaldo versteht man die Differenz zwischen den Einnahmen und den Ausgaben eines öffentlichen Haushalts. Nach dem Vertrag von Maastricht darf das jährliche Haushaltsdefizit nicht mehr als 3% des Bruttoinlandsprodukts betragen. (vgl. Eurostat, 2017)
- **Kindersterblichkeit:** Die Kindersterblichkeit erfasst die Anzahl der Sterbefälle von Kindern in einem bestimmten Gebiet und innerhalb eines bestimmten Zeitraums. In dieser Arbeit wird die Kindersterblichkeit auf Todesfälle von Kindern unter 5 Jahren pro 1000 Lebendgeborenen bezogen. Generell besteht eine eindeutige Korrelation zwischen Kindersterblichkeit und Armut. Während wohlhabende Länder eine niedrige Kindersterblichkeit aufweisen, ist sie in ärmeren Ländern höher. (vgl. Unicef, 2018)

4.1 Bruttoinlandsprodukt (BIP)

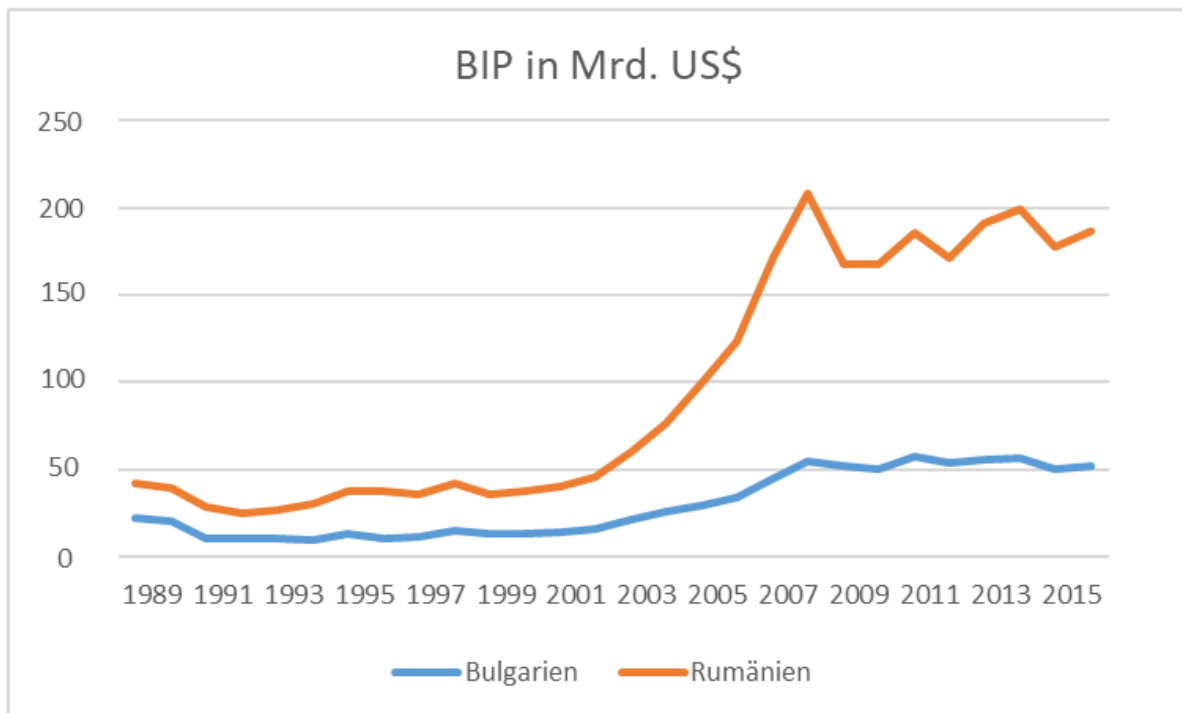


Abbildung 6: BIP in Mrd. US\$; (vgl. Weltbank, 2017)

Während Todor Schiwkow in Bulgarien in den 35 Jahren seiner Amtszeit eine Einparteienherrschaft mit lehrbuchartiger Zentralverwaltung ausübte und den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rückstand bis weit über die Wendezeit hinaus einzementierte, trieb Nicolae Ceausescu Rumänien von 1965 bis 1989 mit seiner menschenverachtenden Diktatur des Wahnsinns und der Gehirnwäsche sowie durch den krampfhaften und äußerst brutalen Versuch der wirtschaftlichen Autarkie in die Isolation. (vgl. Schlüsselbauer, 2007, S. 12)

Unter Ceausescu fungierte die Industrie als wirtschaftliche Haupteinnahmequelle, da sie jedoch auf unzureichendem Nährboden gebaut war, trat bereits in den letzten kommunistischen Regierungsjahren eine ökonomische Rezession ein, die sich zu Beginn der Transformationsphase noch einmal verstärkte. Die Jahre 1990 bis 1992 kennzeichneten sich durch eine massive Schrumpfung der Wirtschaftsleistung um 25%, Hyperinflation und einer drastischen Verschlechterung des Beschäftigungsumfelds. Das Bruttoinlandsprodukt Rumäniens fiel in den Jahren von 1989 bis 1992 von 42 Mrd. US\$ auf 25 Mrd. US\$. Erst Ende 1993 konnte ein Stabilisierungspaket verabschiedet werden, dass dem Land in den Jahren 1993 bis 1995 eine Erholungsphase einbrachte. (vgl. Gardo, 2006, S. 655 f.)

Der Aufschwung währte nicht lange, bereits 1997 wurde das Land von einem neuerlichen Transformationsschock heimgesucht, der sich besonders durch die krisenhafte Erscheinung des Bankensektors, einem markanten Preisschub, instabiler Währung, Arbeitslosenproblematik und Schwierigkeiten mit der Bedienung der Auslandsschulden zeigte und zu einer neuerlichen Rezessionsphase von 1997 bis 1999 führte. (vgl. Gardo, 2006, S. 656)

Im Jahr 2000 kam es schließlich zu einer Trendwende in der Exportwirtschaft, wodurch die rumänische Wirtschaft stabilisiert werden konnte. Ab diesem Zeitpunkt konnte das Land beachtenswerte Erfolge erzielen und machte besonders durch die Privatisierungen zahlreicher Unternehmen einen großen Schritt in Richtung höherer marktwirtschaftlicher Effizienz. Dieser Reformwille schien besonders durch den bevorstehenden EU-Beitritt angetrieben. (vgl. Gardo, 2006, S. 656 f.)

Wie der Großteil der Staaten Südosteuropas erlebte auch Bulgarien Anfang der 1990er Jahre einen herben wirtschaftlichen Rückschlag. Das Land pflegte eine gute Beziehung zur Sowjetunion und litt daher besonders stark unter dem Wegfall des sowjetischen Marktes, da die sichere Abnahme ihrer Produkte nicht mehr gewährleistet wurde. Bis 1989 wurden etwa 60% des bulgarischen Außenhandels mit der UdSSR und 20% mit anderen Staaten aus dem RGW getätigt. (vgl. Vodicka, 2013, S. 300; vgl. Faßmann, 1997, S. 15 ff.)

Bulgarien traf es wirtschaftlich sogar noch schlimmer als Rumänien. Das BIP erlebte im Zeitraum von 1989 bis 1992 einen Rückgang von 22 Mrd. US\$ auf 10 Mrd. US\$ und wurde somit mehr als halbiert. Auch in den Jahren danach konnten keine wesentlichen Impulse gesetzt werden und das BIP wuchs kaum. (vgl. Vodicka, 2013, S. 300)

Erst nach der bulgarischen Wirtschaftskrise in den Jahren 1996 und 1997, die in einer Hyperinflation von über 1000% gipfelte, gelang es den folgenden Regierungen schrittweise, die makroökonomischen Rahmenbedingungen zu stabilisieren. Die Hyperinflation war eine Folge der Preisliberalisierung, die zu einem drastischen Preisanstieg führte. Zuvor waren die zentral festgelegten Preise nämlich weit unter den realen Werten der Waren und Dienstleistungen. Dennoch war die Freigabe der zentralistisch regulierten Preise ein unerlässlicher Schritt beim Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft. (vgl. Vodicka, 2013, S. 302)

Speziell die Einführung eines Währungsrates, der die bulgarische Lew direkt an die Deutsche Mark fixierte, sorgte für eine stabile Währung. Ebenso der Zwang, nur ausgeben zu können,

was zuvor auch eingenommen wurde, förderte eine kluge und restriktive Fiskalpolitik, der es gelang, Schritt für Schritt einen ausgeglichenen Handel zu erzielen. Es gelang sukzessive die hohe Auslandsverschuldung abzubauen und sogar Budgetüberschüsse zu erzielen – mehr dazu in den Kapiteln 4.7 Staatsverschuldung und 4.8 Budgetsaldo. (vgl. Meinardus, M., 2009, S. 7)

Anfang 2000 stabilisierte sich die Wirtschaft schließlich wieder, und es konnten – auch aufgrund ausländischer Investitionen (wie zum Beispiel aus Österreich) – große Erfolge erzielt werden, die bis zur Finanzkrise 2008 anhielten. Unterstützend dazu wirkten auch die im Jahr 2000 beginnenden Beitrittsverhandlungen mit der EU. Rumänien profitierte besonders vom einheitlichen Steuersatz von 16% auf Einkommen und Unternehmensgewinne, der im Jahr 2004 festgelegt wurde. Rumänien gilt deshalb als eine der liberalsten Marktwirtschaften der Welt. Von 2004-2007 verdoppelte sich das BIP. (vgl. Grado, 2006, S. 665)

Ebenso gelang es Bulgarien internationale Unternehmen anzulocken und Fortschritte zu erzielen. Dazu kamen noch finanzielle Unterstützungen der EU, die bereits in Kapitel 2 ausführlicher erarbeitet wurden, sowie Hilfe beim Aufbau stabiler Institutionen. (vgl. Seyffart et al., 2007, S. 2) Hiess & Römisch (vgl. 2016, S. 14) betrachteten die jährlichen realen BIP Wachstumsraten zwischen 2000 und 2014. Zwischen 2000 und 2007 konnten beide Untersuchungsländer einen jährlichen BIP Wachstumsdurchschnitt von 6,2% erzielen, Werte, die in den kommenden Jahren unerreicht blieben.

Dieses Bild bestätigt auch ein Blick auf Abbildung 6, welches zeigt, dass diese beiden Länder von der Finanzkrise sehr hart getroffen wurden. In Rumänien konnte man in Jahr 2008 ein Bruttoinlandsprodukt von 208 Mrd. US\$ verzeichnen, einen Wert, der bis zum Jahr 2016 nicht mehr erreicht werden konnte. Auch in Bulgarien endete das konstante Wachstum der letzten Jahre abrupt.

Betrachtet man die Entwicklungen der Zeiträume von 1989 bis 2000, sowie von 2008 bis 2016, so lassen sich durchaus Gemeinsamkeiten erkennen. Trotz zwischenzeitlicher Krisen und Hindernissen konnte Bulgarien das BIP im Zeitraum von 1989 bis 2016 von 22 Mrd. US\$ auf 52 Mrd. US\$ steigern und Rumänien gelang im selben Zeitraum (1989: 42 Mrd. US\$; 2016: 187 Mrd. US\$.) sogar eine Vervierfachung. Ein Großteil dieser Erfolge wurde in den Jahren vor den EU-Beitritten im Jahr 2007 verzeichnet.

4.2 Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf

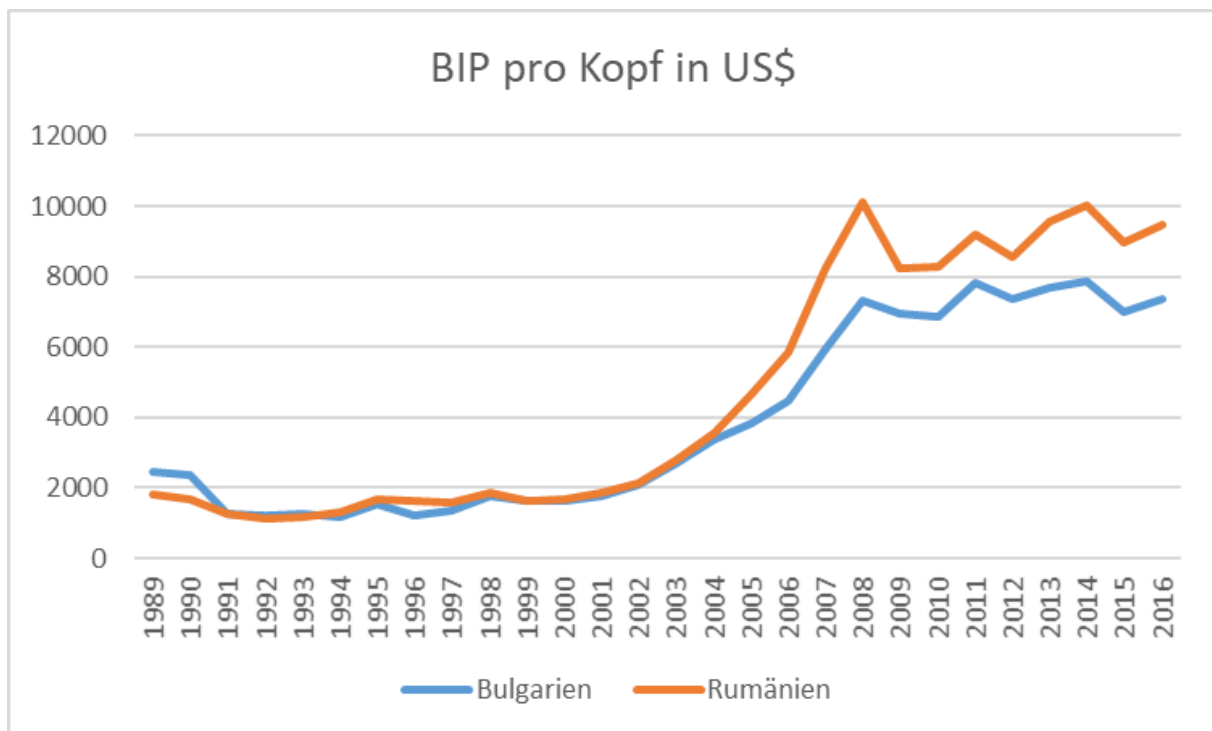


Abbildung 7: BIP pro Kopf in US\$; (vgl. Weltbank, 2017)

Beim BIP pro Kopf ist auffällig, dass Bulgarien 1989 mit 2.500 US\$ pro Kopf einiges vor Rumänien mit 1.800 US\$ pro Kopf liegt. Dieser Vorsprung wird schnell verloren, was jedoch nicht an Zuwächsen Rumäniens liegt, sondern an starken Einbußen Bulgariens. Bis zum Jahr 1994 wird das BIP pro Kopf Bulgariens mehr als halbiert und liegt nun bei 1.150 US\$ pro Kopf. Rumänien erleidet zwar ebenfalls Abschlüsse, allerdings nicht in dieser Größenordnung.

Erst im Jahr 2003, also nach 14 Jahren, übersteigt das BIP pro Kopf Bulgariens wieder den Wert von 1989. Auch Rumänien kann erst wieder ab dem Jahr 2001 den Wert aus dem Jahr 1989 übersteigen. Generell sind in den Jahren ab 2000, ebenso wie beim Bruttoinlandsprodukt, große Zuwächse zu erkennen und das BIP pro Kopf vervielfacht sich innerhalb einiger Jahre. Seit dem Beginn der Finanzkrise stagniert es jedoch, zwischenzeitlich sind immer wieder kleinere Auf- und Abwärtsbewegungen erkennbar.

Dennoch konnten beim BIP pro Kopf, über den gesamten Untersuchungszeitraum gesehen, große Zuwächse erzielt werden. So steigerte Bulgarien das BIP pro Kopf im Zeitraum 1989 bis 2016 von 2.500 US\$ auf 7.350 US\$, was in etwa einer Verdreifachung gleichkommt und Rumänien schaffte sogar mehr als eine Verfünffachung (1989: 1.800 US\$; 2016: 9.500 US\$).

4.3 Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf nach Kaufkraftparität

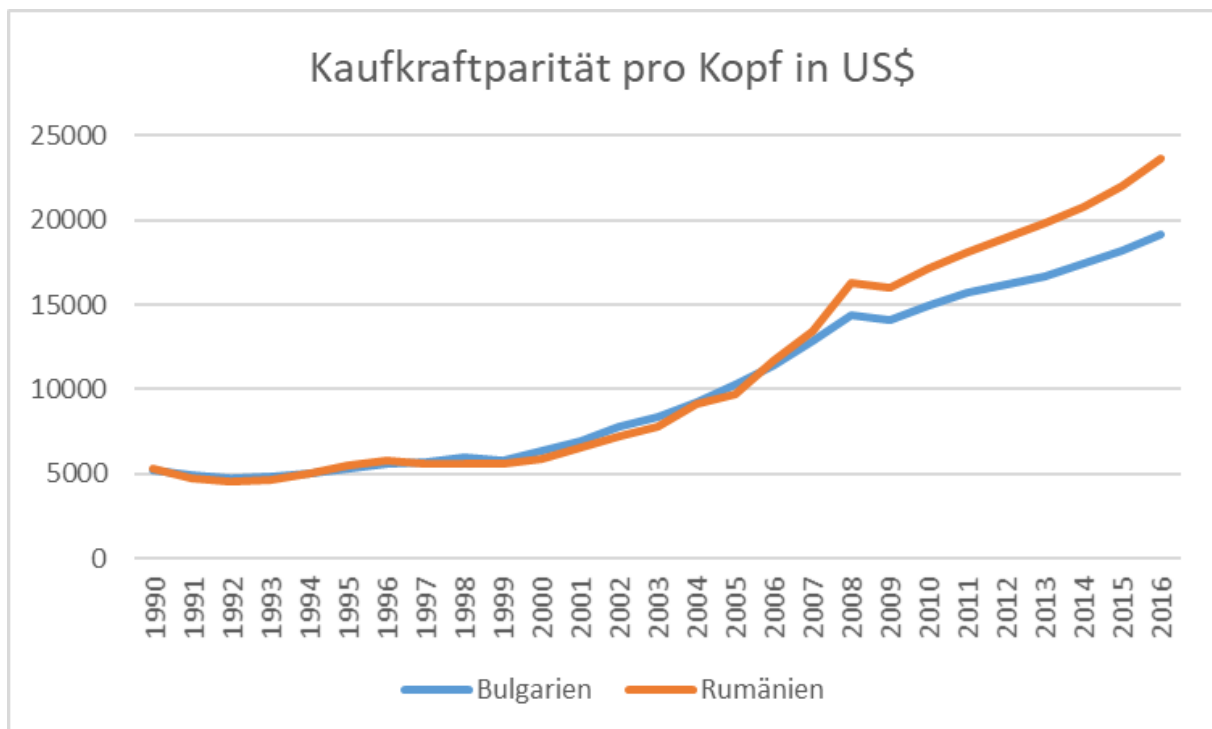


Abbildung 8: Kaufkraftparität pro Kopf in US\$; (vgl. Weltbank, 2017)

Die Kaufkraftparität der beiden Untersuchungsländer ist im Zeitraum von 1990 bis 2006 nahezu identisch. Die Entwicklung beider Staaten stagniert in den 90er Jahren und erlebt einen Aufschwung Anfang 2000, der auch schon beim BIP, sowie beim BIP pro Kopf deutlich erkennbar war.

Auffällig ist, dass Rumänien in den Jahren 2007 und 2008 im Vergleich zu Bulgarien, welches in diesem Zeitraum ebenso ein positives Wachstum aufweist, einen deutlichen Fortschritt erzielen konnte. Auf diesen großen Sprung Rumäniens weisen auch Hiess & Römisch (vgl. 2016, S. 13) hin, die in ihrer Studie speziell die Entwicklungen zwischen 2000 und 2014 betrachteten und Rumänien im Vergleich zu anderen Mittelost- und Südosteuropäischen Ländern, wie auch Bulgarien, als großen Gewinner auswiesen. Die Beiden berichten aber auch noch vom großen Rückstand zum EU-Durchschnitt und vermuten, dass der Aufholprozess mehrere Jahrzehnte beanspruchen wird.

Deutlich erkennbar ist außerdem der Einschnitt der Finanzkrise, der jedoch anders als beim BIP und beim BIP pro Kopf nur von kurzer Dauer war und nach zwei Jahren Stagnation wieder kontinuierliches Wachstum folgen ließ.

Der gesamte Untersuchungszeitraum weist eine äußerst positive Entwicklung auf. Betrug die Kaufkraftparität in Bulgarien im Jahr 1990 nur 5.200 US\$, stieg sie bis zum Jahr 2016 auf 19.200 US\$ und wurde somit fast vervierfacht. Noch etwas besser verlief die Entwicklung allerdings in Rumänien, wo die Kaufkraftparität im Zeitraum zwischen 1990 und 2016 von 5.250 US\$ auf 23.600 US\$ erhöht werden konnte.

4.4 Wirtschaftssectoren

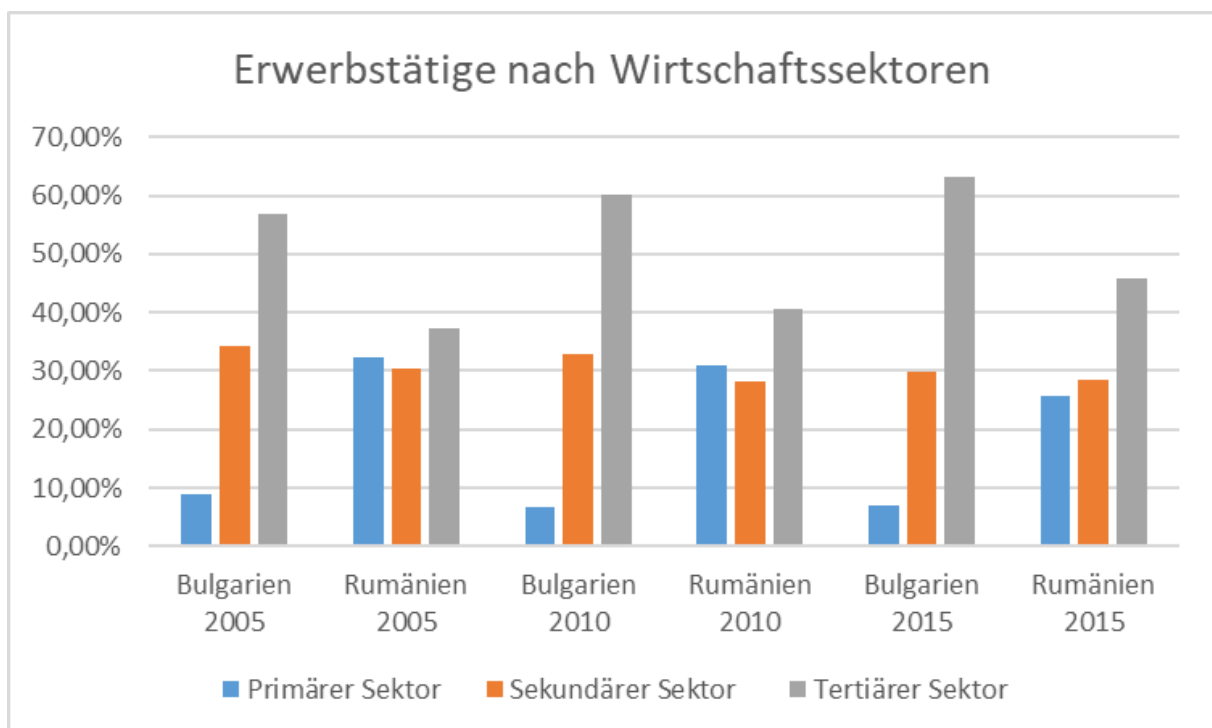


Abbildung 9: Erwerbstätige nach Wirtschaftssectoren; (vgl. Statista, 2017)

Während die Unterschiede beim BIP, BIP pro Kopf und der Kaufkraftparität nur marginal und auch die Entwicklungen allesamt sehr ähnlich waren, bestehen bei den Erwerbstätigen nach Wirtschaftssectoren große Unterschiede zwischen den Untersuchungsländern. So waren in Rumänien im Jahr 2005 noch 32%, also rund ein Drittel der Bevölkerung im landwirtschaftlichen Sektor tätig, während der Wert Bulgariens bei unter 9% lag. In Rumänien handelt es sich dabei größtenteils um Personen, die wieder ihr eigenes Land kultivieren wollen, das ihnen in sozialistischer Zeit vom Staat genommen worden war und danach reprivatisiert wurde. (vgl. Heller, 2006, S. 44 f.)

In Zusammenhang mit den Beschäftigten in der Landwirtschaft spricht Eser (vgl. 1998, S. 6) die Drei-Sektoren-Hypothese als wichtigen Indikator für die Entwicklung eines Landes an. Mit

der zunehmenden Entwicklung eines Landes kommt es zunächst zu einem Strukturwandel von der Landwirtschaft in den industriellen Sektor und weiter zum Dienstleistungssektor. Gemäß diesem Szenario nahmen die Beschäftigten Rumäniens in der Landwirtschaft in den kommenden Jahren leicht ab (2010: 31%, 2015: 25,5%) und es ist eine einsetzende Tertiärisierung erkennbar (Dienstleistungssektor stieg im Zeitraum von 2005 auf 2015 von 37% auf 46%), deren Abschluss allerdings noch Jahrzehnte in Anspruch nehmen wird. Auch in Bulgarien sanken die Anteile der in der Landwirtschaft beschäftigten Menschen auf knapp 7% im Jahr 2015. Neben der Abnahme des ersten Sektors in Bulgarien, setzt hier ebenso wie in Rumänien eine zunehmende Tertiärisierung ein. Bulgarien hatte im Jahr 2005 mit knapp 57% der Beschäftigten im tertiären Sektor jedoch einen wesentlich höheren Ausgangswert als Rumänien, der bis zum Jahr 2015 noch auf über 63% anstieg.

Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Untersuchungsländern findet man im sekundären Sektor. In den Zeiträumen 2005, 2010 und 2015 waren in beiden Ländern rund 30% der Erwerbstätigen in der Industrie beschäftigt, mit einer leichten Tendenz zur Abnahme.

4.5 Arbeitslosenquote

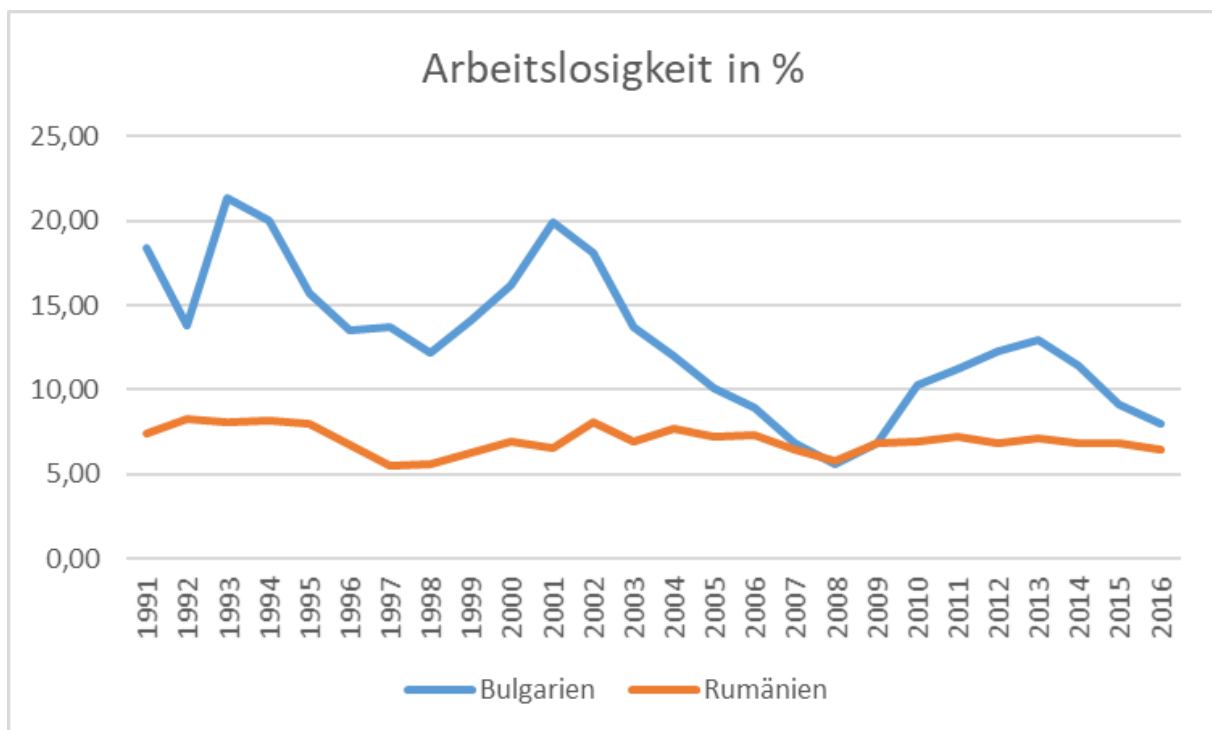


Abbildung 10: Arbeitslosigkeit; (vgl. Weltbank, 2017)

Einen wichtigen Aspekt hinsichtlich der wirtschaftlichen Situation in einem Land stellt die Arbeitslosigkeit dar. Hier sticht zu allererst die konstante Entwicklung Rumäniens ins Auge, die

im gesamten Untersuchungszeitraum immer zwischen 5,5% und 8,3% beträgt. Tiefster Wert der Arbeitslosenquote wurde im Jahr 1997 mit 5,5% erreicht, den Höchstwert stellt das Jahr 1992 mit 8,3% dar.

Experten weisen allerdings darauf hin, dass die statistisch konstant niedrigen Arbeitslosenquoten nach unten verzerrt sind. Wie das vorige Kapitel der Wirtschaftssektoren gezeigt hat, nimmt in Rumänien besonders der Landwirtschaftssektor einen großen Stellenwert ein. Seitens der Landbevölkerung muss also ein verdecktes Arbeitslosenpotenzial mit einkalkuliert werden. (vgl. Schüsselbauer, 2007, S. 16)

Gardo (vgl. 2006, S. 662) deutet auf die regionalen Disparitäten hinsichtlich der Arbeitsmarktgegebenheiten hin. Die wirtschaftlich stärksten Regionen des Landes, wie Bukarest (2,6%), Ilfov (2,3%) und Timis (2,3%) weisen die niedrigsten Arbeitslosenraten auf, während ländliche Regionen Werte von über 10% aufweisen und von der Arbeitslosenproblematik am stärksten betroffen sind. Neben der starken Arbeitslosenproblematik im ländlichen Raum sind junge Erwachsene, die Roma-Bevölkerung sowie Frauen mit niedrigem Bildungsgrad und fehlender beruflicher Qualifikation die Hauptbetroffenen. (vgl. Henkel, 2011, S. 51)

Ganz anders verhält es sich hier mit der Entwicklung der Arbeitslosenrate in Bulgarien, wo einige gravierende Einschnitte zu verzeichnen sind und auch die Werte durchwegs höher ausfallen. Speziell zu Beginn der 1990er Jahre erreichte die Arbeitslosigkeit des Öfteren die 20% - Marke, die im Jahr 1993 sogar überschritten wurde. Nach einigen Jahren mit sinkenden Arbeitslosenzahlen kam es ab dem Jahr 1999 wieder zu einem Anstieg, sodass 2001 wieder fast 20% erreicht wurden. Bis zum Einsetzen der Finanzkrise im Jahr 2008 fiel die Arbeitslosigkeit auf unter 6%. 2008 war auch das einzige Jahr im gesamten Untersuchungszeitraum, wo die Arbeitslosigkeit in Bulgarien niedriger ist als jene in Rumänien lag, da sie bis zum Jahr 2013 wieder leicht anstieg (knapp 13%) und bis 2016 wieder kontinuierlich abnahm (8%).

4.6 Ausländische Direktinvestitionen (ADI)

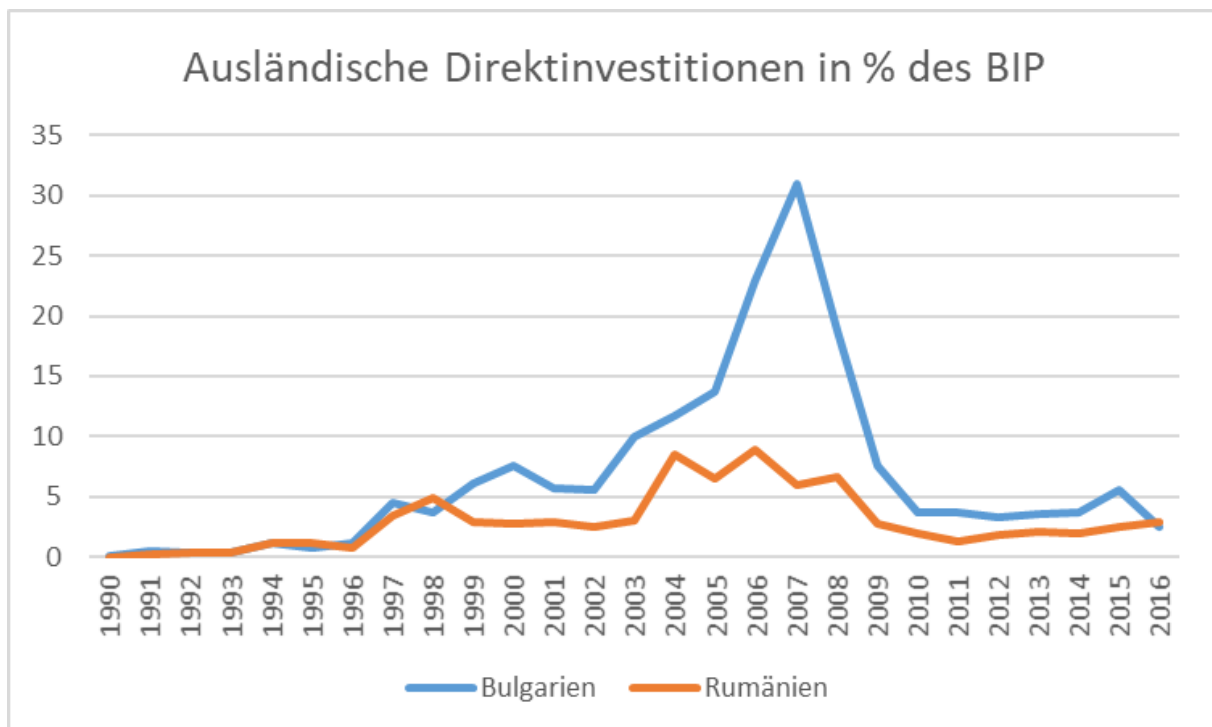


Abbildung 11: Ausländische Direktinvestitionen in % des BIP; (vgl. Weltbank, 2017)

Zu Beginn der 1990er Jahre waren ausländische Direktinvestitionen in Bulgarien und Rumänien im Vergleich zu anderen Transformationsländern, wie zum Beispiel Estland oder Ungarn, eher die Ausnahme als die Regel. Zu groß war die politische und rechtliche Unsicherheit der ersten Transformationsjahre und die damit einhergehende wirtschaftliche Achterbahnfahrt sowie administrative und bürokratische Hürden und Korruption. Ebenso die zunächst ablehnende Haltung gegenüber ausländischen Investoren hemmte den Zustrom ausländischen Kapitals und damit auch den Übergang von planwirtschaftlichen zu marktwirtschaftlichen Strukturen. Zu Beginn der 1990er Jahre machten ausländische Direktinvestitionen sowohl in Bulgarien, als auch in Rumänien, weniger als 1% des Bruttoinlandsprodukts aus. Die 1% - Marke wurde erst im Jahr 1994 überschritten. Zu einem großen Zuwachs kam es schließlich im Jahr 1997, wo die ADI in Bulgarien auf 4,5% und in Rumänien auf 3,5% stiegen. Begründet werden konnte dieser Anstieg durch erste Privatisierungserfolge. (vgl. Grado, 2006, S. 676)

Bulgarien erreichte bereits im Jahr 2000 ein zwischenzeitliches Hoch von 7,5%, welches mit Ausnahme eines kleinen Rückschlags bis auf den Höchstwert von 31% im Jahr 2007 stieg. Demgegenüber erlitt Rumänien 1999 einen nachhaltigen Rückschlag, da das Vertrauen der

ausländischen Investoren aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Situation gedämpft wurde. Erst die EU-Beitrittsperspektive, Fortschritte bei Strukturreformen – insbesondere bei der Restrukturierung und Privatisierung des Energie- und Bankensektors und ein zunehmend attraktives Investitionsumfeld (hohe Wirtschaftsdynamik, steigende Rechtssicherheit, günstige steuerliche Rahmenbedingungen) rückten Rumänien wieder in den Fokus ausländischer Investoren, was zu einem deutlichen Anstieg der ausländischen Direktinvestitionen führte, wodurch Rumänien im Jahr 2006, also kurz vor dem Einsetzen der Finanzkrise, mit knapp 9% auch seinen bisherigen Höchststand erreichen konnte. (vgl. Gardo, 2006, S. 676)

Von dort an geht es bei beiden Ländern bergab, bis zum Jahr 2015 fallen beide Länder wieder unter die 5% Marke, wobei Bulgarien noch ein etwas höheres Niveau halten kann. Erst im Jahr 2016 fällt Bulgarien (mit 2,4%) nach langer Zeit wieder einmal unter den Wert Rumäniens (2,9%).

4.7 Staatsverschuldung

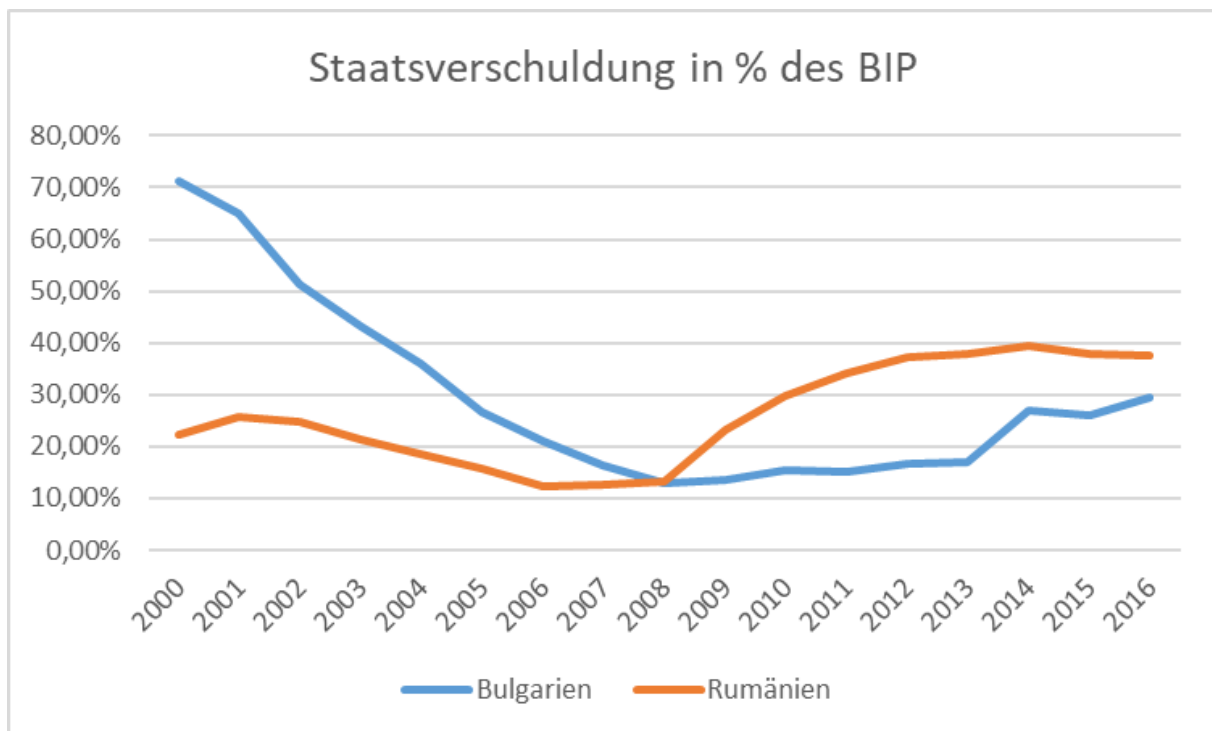


Abbildung 12: Staatsverschuldung in % des BIP; (vgl. Weltbank, 2017)

Ab dem Jahr 2000 kam es sowohl bei Bulgarien, als auch bei Rumänien (mit Ausnahme eines leichten Anstiegs) zu einer deutlichen Abnahme der Staatsverschuldung. Diese Abnahme dauerte bis zum Jahr 2008 an, wo beide Staaten mit rund 13% Staatsschulden gleichauf lagen.

Die Ausgangssituationen beider Länder im Jahr 2000 waren jedoch gänzlich unterschiedlich. So wies Bulgarien im Jahr 2000 Staatsschulden von über 70% auf, die jedoch Jahr für Jahr reduziert werden konnten, bis sie schließlich im Jahr 2008 den Tiefpunkt im gesamten Untersuchungszeitraum erreichen konnten.

Etwas anders gestaltete sich die Situation in Rumänien, wo die Staatsschulden im Jahr 2000 nur knapp über 20% betrugen und in den Jahren 2001 und 2002 noch leicht stiegen, sie bis zum Jahr 2006 stetig reduziert werden konnten und mit rund 11% den tiefsten Stand aufwiesen.

Vom Jahr 2008 weg stiegen die Staatsschulden beider Länder wieder konstant an, sodass der Wert Bulgariens im Jahr 2016 knappe 30% und der Wert Rumäniens in etwa 37,5% erreichte.

4.8 Budgetsaldo

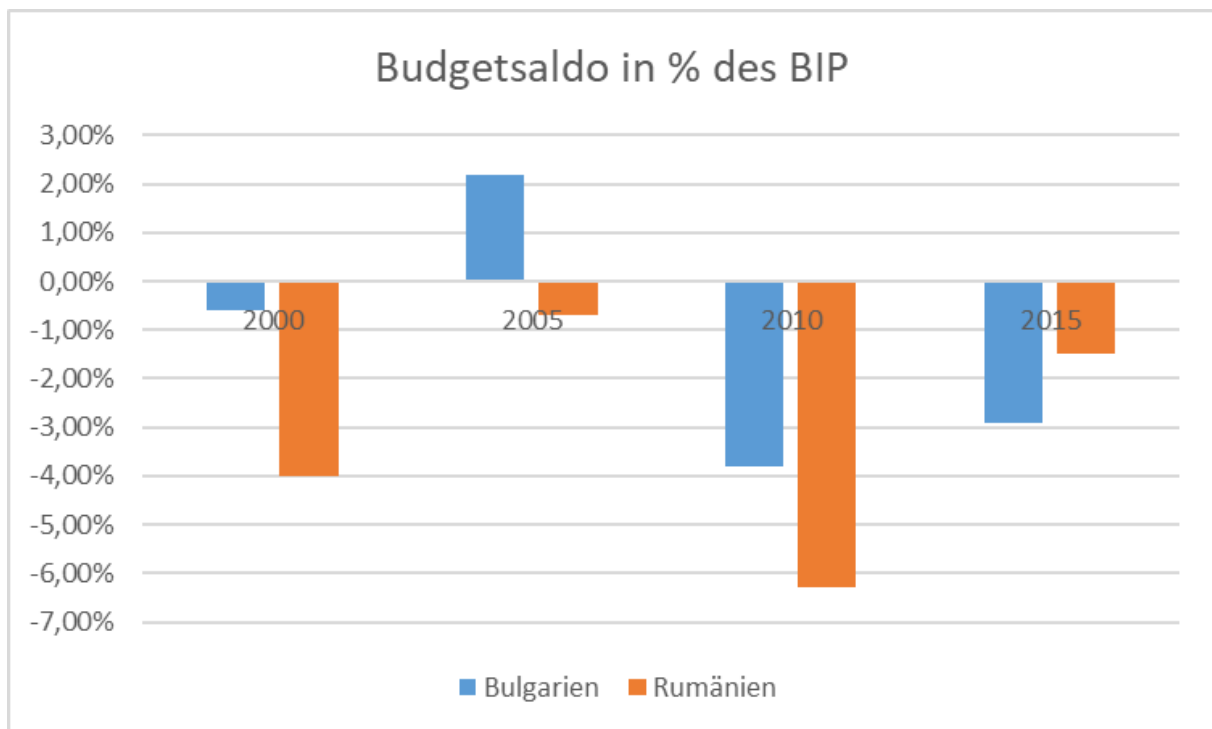


Abbildung 13: Budgetsaldo in % des BIP; (vgl. Weltbank, 2017)

Ähnlich wie bei der Staatsverschuldung gibt es im Jahr 2000 zunächst auch beim Budgetsaldo größere Unterschiede zwischen den beiden Untersuchungsländern Bulgarien und Rumänien. So hat Bulgarien einen Budgetsaldo von lediglich -0,6% des BIPs aufzuweisen, während dieser in Rumänien bei -4% liegt. Der niedrige Budgetsaldo Bulgariens fand seinen Ursprung in der Wirtschaftskrise 1996, die aufgrund der hohen Staatsverschuldung vertieft wurde. In Hoffnung auf Unterstützung der Weltbank und des IWF wurde ein Strukturprogramm verabschiedet, das die Empfehlungen der internationalen Organisationen respektierte. Der bulgarische Lew wurde mit einem festen Wechselkurs an die D-Mark gekoppelt, unrentable Staatsbetriebe stillgelegt und es wurde intensiv versucht ausländische Investoren zu gewinnen. Die daraus folgende Finanzdisziplin hat das Haushaltsdefizit in den kommenden Jahren konstant niedrig gehalten, im Jahr 2005 erzielt man sogar einen Überschuss von 2,2%, wodurch in diesem Zeitraum auch die Staatsschulden (vgl. Abbildung 12) konstant gesenkt werden können. (vgl. Vodicka, 2013, S. 301)

Nach dem relativ hohen Budgetsaldodefizit von -4% konnte Rumänien aufgrund einer restriktiveren Auslegung des Fiskalkurses bis zum Jahr 2005 durchgehend Werte unter dem Maastricht-Kriterium von 3% des BIP erreichen. Im Jahr 2005 beträgt das Budgetsaldodefizit

lediglich -0,7%, wodurch in diesem Zeitraum – zwar nicht ganz so stark wie in Bulgarien – auch die Staatsschulden gesenkt werden können. (vgl. Gardo, 2006, S. 664) Bis zum Jahr 2010 stiegen die Defizite beider Länder deutlich, Rumänien lag mit -6% signifikant über dem Maastricht-Kriterium und auch Bulgariens Defizit lag in diesem Jahr mit -3,8% wieder weit unter den guten Werten der vorigen Jahre. Bis zum Jahr 2015 konnte der Budgetsaldo beider Staaten wieder gesenkt werden. Auffällig ist hierbei, dass Bulgarien mit -2,9% ein höheres Defizit als Rumänien mit -1,5% aufwies.

4.9 Human Development Index (HDI)

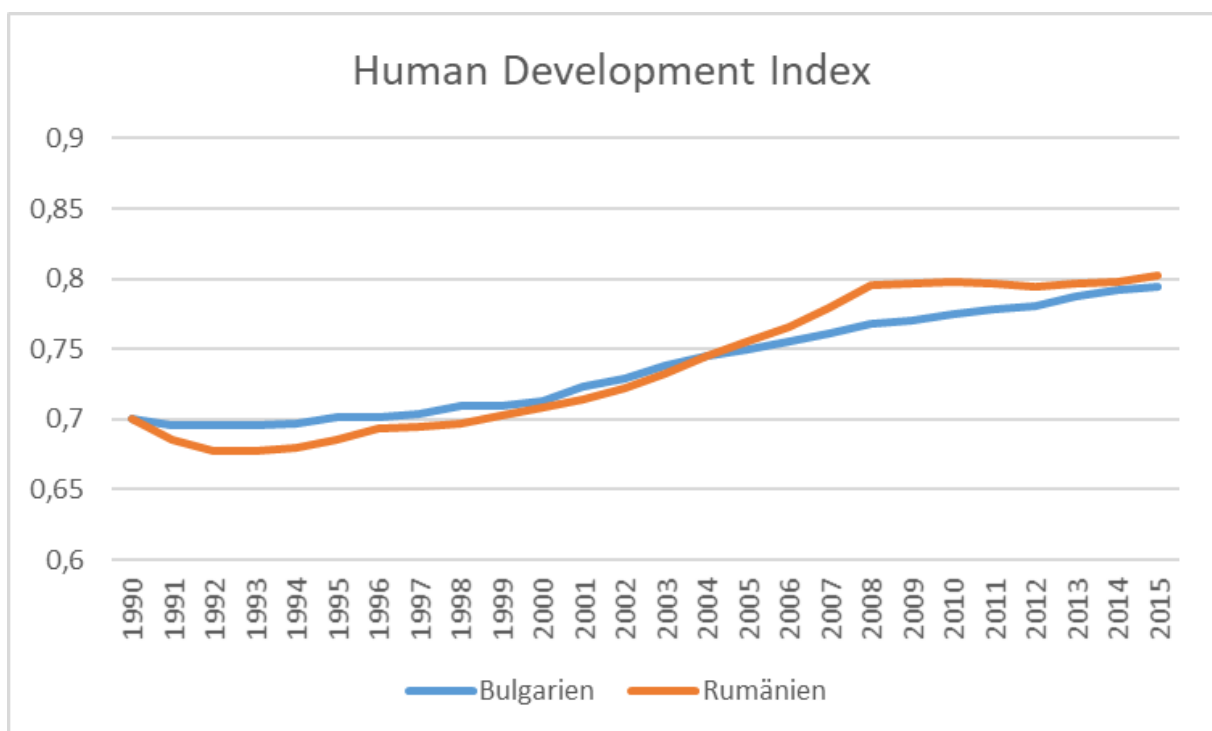


Abbildung 14: Human Development Index; (vgl. HDR, 2017)

Sowohl Bulgarien, als auch Rumänien, erreichten bereits 1990 einen HDI-Wert von 0,7, wodurch sie bereits zu jenen Ländern mit hoher menschlicher Entwicklung gezählt werden konnten. Anfang der 1990er Jahre kam es dann zu einem leichten Rückgang und es dauerte einige Jahre, bei Rumänien sogar bis 1999, bis der Wert von 0,7 wieder überschritten werden konnte. Auffällig ist hierbei, dass Bulgarien bis zum Jahr 2004 durchgehend vorne lag, sich Rumänien aber in den Jahren von 2005 bis 2008 geringfügig absetzen konnte und Bulgarien sehr lange brauchte, diesen Rückstand wieder aufzuholen. Im Jahr 2015 gelang Rumänien mit einem Wert von 0,802 sogar der Sprung zu Ländern mit sehr hoher menschlicher Entwicklung. Bulgarien wies in diesem Jahr einen Wert von 0,794 auf und lag somit nur knapp darunter.

4.10 Kindersterblichkeit

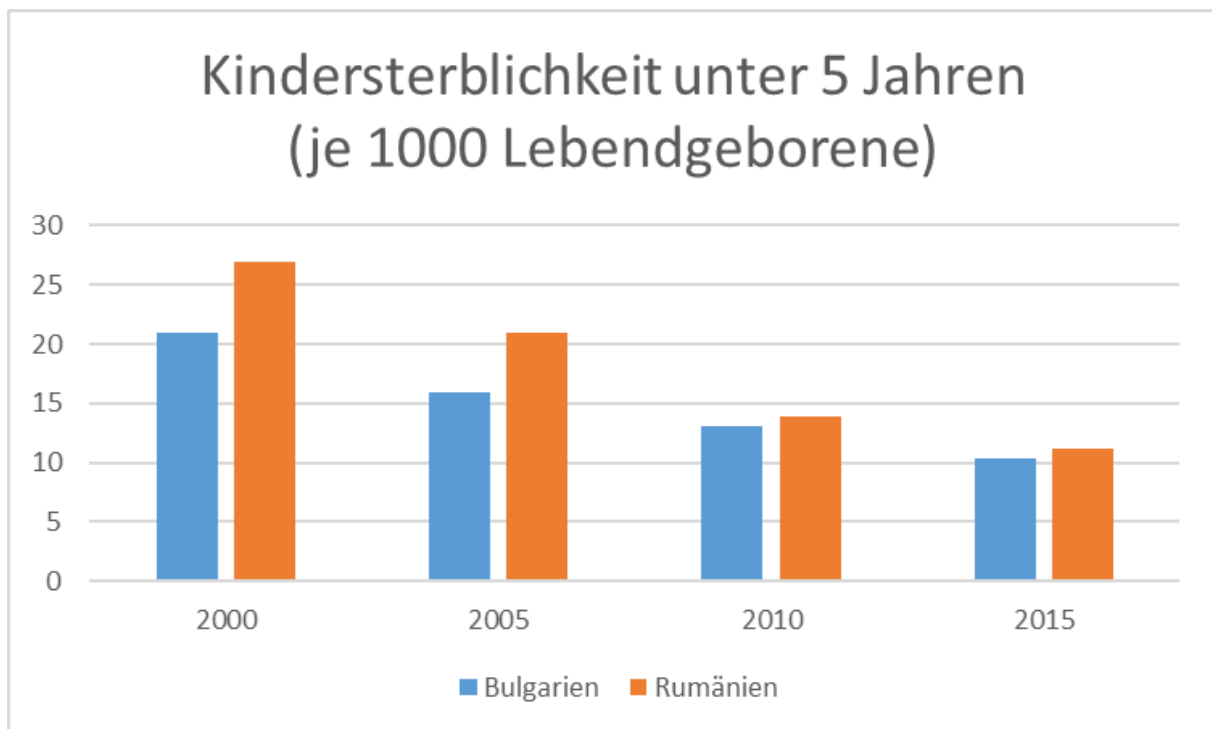


Abbildung 15: Kindersterblichkeit unter 5 Jahren (je 1000 Lebendgeborene); (vgl. WKO, 2018)

Sowohl in Bulgarien, als auch in Rumänien, nahm die Kindersterblichkeit unter 5 Jahren seit dem Jahr 2000 kontinuierlich ab. Rumänien wies zwar beim ersten Untersuchungszeitpunkt im Jahr 2000 mit 27 Todesfällen einen weitaus höheren Wert auf als Bulgarien (21 Todesfälle), konnte diesen Rückstand bis zum Jahr 2015 jedoch Schritt für Schritt verringern, sodass man im Jahr 2015 mit rund 11 Todesfällen unter 5 Jahren pro 1000 Lebendgeborenen nur noch ganz knapp hinter Bulgarien (10,4 Todesfälle) lag.

Henkel (vgl. 2011, S. 53) berichtet von einem maroden und ineffizienten Gesundheitssystem in Rumänien. Betrachtet man die Gesamtausgaben und die Regierungsausgaben pro Kopf so ist das Land Schlusslicht im EU-Schnitt. Man hat die niedrigste Rate an Ärzten und besonders in Hinblick auf die medizinische Versorgung im ländlichen Raum ergeben sich große Ungleichgewichte – deutlich mehr als drei Viertel aller medizinischen Einrichtungen befinden sich in Städten. Auf 10.000 Einwohner im städtischen Raum kommen 35 Ärzte – im ländlichen Raum nur sechs. Bulgarien weist zwar etwas höhere Gesundheitsausgaben pro Kopf auf, die Kindersterblichkeit unter 5 Jahren pro 1000 Lebendgeborenen fällt jedoch nur unwesentlich niedriger aus.

4.11 Zusammenfassung mit Antwort auf die Forschungsfragen

Viele Indikatoren, wie zum Beispiel das BIP, das BIP pro Kopf, oder auch die Kaufkraftparität stagnierten in den 1990er Jahren, ehe sie ab dem Jahr 2000 hohe Zuwächse verzeichnen konnten und sich innerhalb einiger Jahre vervielfachten. Einen ähnlichen Trend lassen auch die ausländischen Direktinvestitionen und der Human Development Index erkennen. Zu Beginn der 1990er Jahre spielten ausländische Direktinvestitionen in Bulgarien und Rumänien nur eine äußerst untergeordnete Rolle und nahmen vor dem Jahr 1994 nur weniger als 1% des BIPs ein, ehe sie bis zu den Jahren 2006 (Höchststand Rumänien: 9%) bzw. 2007 (Höchststand Bulgarien: 31%) radikal anstiegen.

Der Human Development Index bewegte sich im Zeitraum zwischen 1990 und 2000 gleichermaßen wenig. In Rumänien gab es bis zum Jahr 1994 sogar kleine Rückgänge, ehe ab diesem Zeitpunkt bis heute ein kontinuierlicher Fortschritt erreicht werden konnte, der jedoch speziell in Rumänien mit Einsetzen der Finanzkrise stark gehemmt wurde.

Der Zeitpunkt der Finanzkrise war es auch, der das starke Wachstum von BIP und BIP pro Kopf mit einem Schlag beendete, sodass sich diese beiden Indikatoren seit dem Jahr 2008 kaum mehr veränderten. Wesentlich besser erging es hier der Entwicklung der Kaufkraftparität, wo zwar ein deutlicher Einschnitt der Finanzkrise erkennbar ist, aber ab 2009 wieder ein kontinuierliches Wachstum einsetzte. Der Beginn der Finanzkrise zeigte sich auch für den abrupten Rückgang der ausländischen Direktinvestitionen verantwortlich, die von Jahr zu Jahr weniger wurden und im Jahr 2016 einen geringeren Anteil am Bruttoinlandsprodukt hatten, als bereits im Jahr 1997.

Einer der wenigen Indikatoren, wo zwischen den beiden Untersuchungsländern Bulgarien und Rumänien große Unterschiede bestehen, sind die Erwerbstätigen nach Wirtschaftssektoren. Während in Bulgarien die Erwerbstätigen in der Landwirtschaft im Jahr 2005 nur 9% ausmachten, so waren in Rumänien im selben Jahr noch 32% der Bevölkerung im primären Sektor tätig. Es ist zwar in den kommenden Jahren in beiden Ländern eine deutliche Tertiärisierung, die mit einem Rückgang des primären und sekundären Sektors verbunden ist, zu erkennen, jedoch waren in Rumänien im Jahr 2015 immer noch über 25% der Menschen in der Landwirtschaft tätig (Bulgarien: knapp 7%).

Ähnlich große Unterschiede wie bei der Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftssektoren, lassen sich in der Arbeitslosenstatistik erkennen, wo meistens Rumänien klar vorne liegt. Besonders

bemerkenswert ist hier die große Konstanz Rumäniens, im gesamten Untersuchungszeitraum lag die Arbeitslosenquote nie über 8,3%. Deutlich anders liest sich die Arbeitslosenstatistik Bulgariens, die ab 1990 immer über 10% lag und in einigen Jahren sogar die 20% Marke übertraf. Erst im Jahr 2005 gelang es zum ersten Mal die 10% - Marke zu unterschreiten. Bis zum Jahr 2008 sank sie auf unter 6%, in diesem Jahr erreichte man sogar eine niedrigere Arbeitslosigkeit als Rumänien. Im Jahr 2013 erreichte sie nach einem kontinuierlichen Anstieg knappe 13%, ehe sich der Wert 2016 bei 8% einfand.

Mit ähnlicher Konstanz wie die Arbeitslosigkeit entwickelte sich in Rumänien die Staatsverschuldung. Im Jahr 2000 lag sie bei knapp über 20%, bis zum Jahr 2006 sank sie ein wenig (12%), ehe sie von nun an anstieg und heute knapp 40% des Bruttoinlandsprodukts ausmacht. Turbulenter gestaltete sich die Entwicklung in Bulgarien, wo ein durchaus hoher Ausgangswert im Jahr 2000 (70%) bis zum Jahr 2008 auf 13% sank. Das Jahr 2008 stellte auch das einzige Jahr im Untersuchungszeitraum dar, in welchem die Werte der Staatsverschuldung Bulgariens und Rumäniens annähernd gleich waren. Lag bis zu diesem Zeitpunkt Rumänien voran, so erreichte ab dem Jahr 2008 Bulgarien stets eine niedrigere Staatsverschuldung. Im Jahr 2016 lag sie bei rund 30%.

Neben der Staatsverschuldung gab es im Jahr 2000 zwischen den beiden Untersuchungsländern auch bezüglich des Budgetsaldos große Unterschiede. Lag er in Bulgarien nur bei rund -0,5%, wies Rumänien ein Budgetsaldodefizit von -4% auf. Diese Differenz blieb auch in den kommenden Jahren konstant, jedoch gelang es Bulgarien im Jahr 2005 einen positiven Saldo zu erzielen. Im Jahr 2010 erreichten beide Länder den negativsten Budgetsaldo im Untersuchungszeitraum (Bulgarien: -3,8%, Rumänien: -6,3%). 2015 konnte Rumänien mit -1,5% erstmals einen niedrigeren Budgetsaldo als Bulgarien (-2,9%) erzielen.

Ein Indikator, der in beiden Ländern eine durchwegs positive Entwicklung zeigte, war die Kindersterblichkeit unter 5 Jahren pro 1000 Lebendgeborenen. Im Jahr 2000 lag Bulgarien mit 21 Todesfällen unter 5 Jahren pro 1000 Kindern noch ein Stück vor Rumänien, welches einen Wert von 27 Todesfällen erreichte. Diese Differenz glich sich in den kommenden 15 Jahren stetig an. Bis zum Jahr 2015 sank der Wert Bulgariens auf 10,5 Todesfälle, in Rumänien kamen rund 11 von 1000 Kindern unter 5 Jahren ums Leben.

Zur Beantwortung der Forschungsfrage, ob Bulgarien und Rumänien vorwiegend von den Vorbereitungen auf den EU-Beitritt profitierten, oder erst danach entscheidende Impulse

gesetzt werden konnten, kann also festgehalten werden, dass die beiden Länder in den Jahren vor dem Beitritt einen außerordentlichen Aufschwung erlebten, der im ersten Jahr danach seinen Höhepunkt erreichte.

Es ist daher naheliegend, dass die beiden Untersuchungsländer auch nach der Aufnahme in ähnlicher Form von der Europäischen Union profitierten, aufgrund der Finanzkrise und der weltweit schwierigen Situation jedoch herbe Rückschläge verkraftet werden mussten und dadurch die hohen Wachstumsraten der ersten Jahren des neuen Jahrtausends bislang nicht wiederholt werden konnten.

5 Vergleiche mit anderen Staaten

Nachdem Bulgarien und Rumänien in Kapitel 4 ausführlich behandelt wurden, sollen nun Vergleiche mit anderen Staaten gezogen werden. Als erstes Vergleichsland wurde Polen ausgewählt, ein Land des ehemaligen Ostblocks, welches der Europäischen Union jedoch bereits im Jahr 2004 beigetreten ist. Demgegenüber wurde mit Serbien ein Land auserkoren, welches noch mitten in den Beitrittsverhandlungen mit der EU steckt und den Status als Beitrittskandidat innehat.

Zusätzlich sollen Vergleiche zum Durchschnitt der Europäischen Union gezogen werden, sowie der EU-Schnitt, ohne den Zahlen von Bulgarien und Rumänien, gesondert betrachtet werden, um zu sehen, wie und in welche Richtung die beiden Untersuchungsländer die durchschnittlichen EU-Werte beeinflussen.

Zur Berechnung des EU-Schnitts werden stets alle Länder der EU-28 herangezogen, auch wenn sie zu diesem Zeitpunkt noch nicht Mitglied der Europäischen Union waren. Leider gibt es von Estland, Kroatien, Litauen, Lettland, Serbien und Slowenien erst ab 1995 geschlossene Daten. Da die Zahlen maximal bis ins Jahr 2016 reichen, findet auch der Austritt des Vereinigten Königreichs keinerlei Beachtung.

5.1 BIP

Wie bereits in Kapitel 4 beschrieben, eignet sich das Bruttoinlandsprodukt gut, um Entwicklungen eines einzigen Landes abzubilden. Aufgrund der unterschiedlichen Einwohnerzahlen verschiedener Länder sind Vergleiche mehrerer Staaten nur bedingt möglich. Daher finden in der kommenden Grafik auch nur die Länder Bulgarien, Polen, Rumänien und Serbien Beachtung, um lediglich die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts zu betrachten. Vergleiche mit dem EU-Schnitt und dem EU-Schnitt ohne Bulgarien und Rumänien werden dann ab Kapitel 5.2 gezogen.

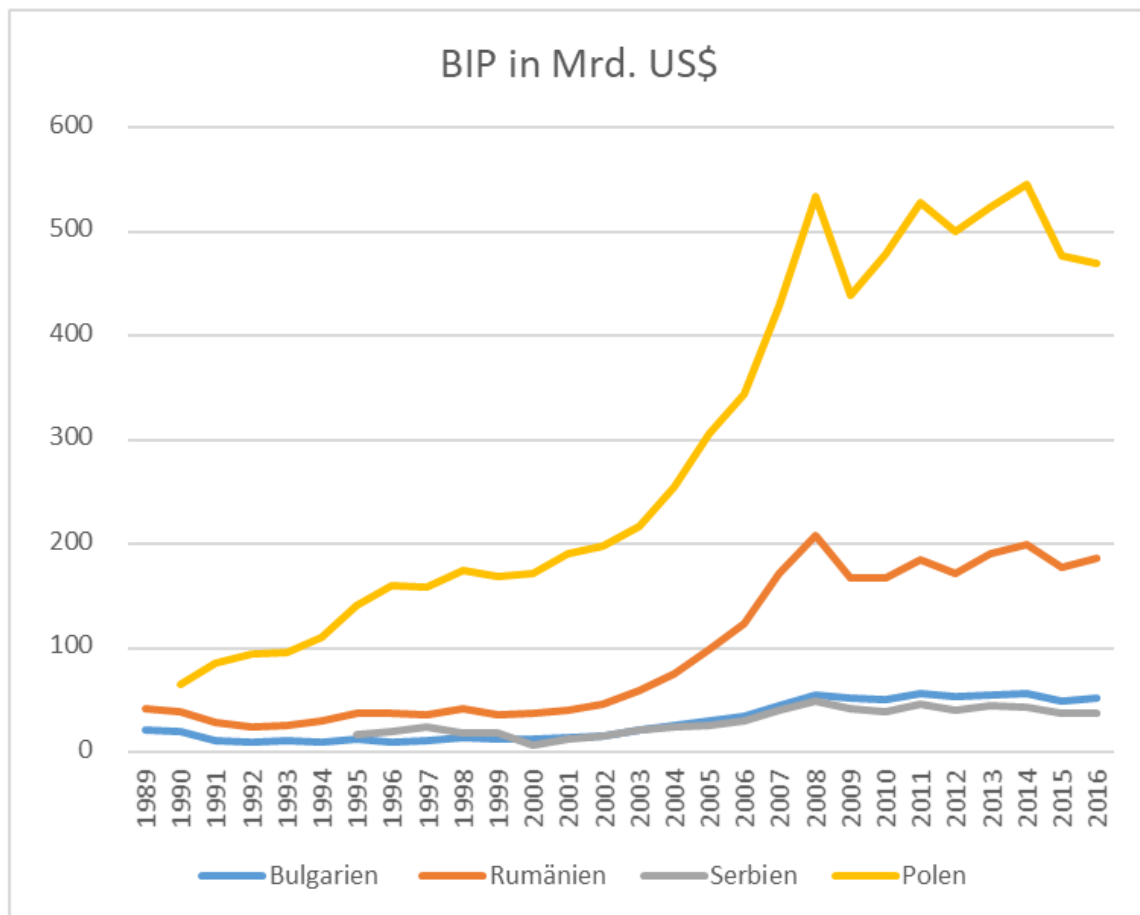


Abbildung 16: BIP in Mrd. US\$; (vgl. Weltbank, 2017)

Beim Bruttoinlandsprodukt liegt das einwohnerstärkste Land, Polen (38 Mio. Einwohner), erwartungsgemäß klar voran. Dahinter folgt mit großem Abstand Rumänien, welches jedoch nur rund halb so viele Einwohner (19,7 Mio.) wie Polen hat. Zu Bulgarien (7,1 Mio.) und Serbien (7,1 Mio.) bestehen wiederum große Unterschiede. Interessant ist das deutlich höhere Niveau Bulgariens (52 Mrd. US\$) im Vergleich zu Serbien (37 Mrd. US\$) im Jahr 2016 bei nahezu gleicher Einwohnerzahl. Im Jahr 2003 lagen sie mit jeweils rund 21 Mrd. US\$ noch gleichauf, Mitte der 90er Jahre, war das Bruttoinlandsprodukt Serbiens phasenweise sogar doppelt so hoch wie jenes Bulgariens.

Zu Beginn der 1990er Jahre lag auch das BIP Rumäniens und Polens noch enger beisammen. Im Jahr 1990 erreichte Polen ein BIP von 66 Mrd. US\$ und Rumänien 39 Mrd. US\$. Wenige Jahre später, im Jahr 1994 konnte Polen sein Bruttoinlandsprodukt bereits auf 111 Mrd. US\$ steigern, während jenes von Rumänien auf 30 Mrd. US\$ abfiel. Der positiven Entwicklung Polens stand in diesem Zeitraum also eine negative Entwicklung Rumäniens entgegen.

Die polnische Wirtschaft der 80er Jahre glich einer Ruinenlandschaft. 1989 war man das schwächste Glied im kommunistischen Block und die Bevölkerung fuhr zum Einkaufen in die Tschechoslowakei oder nach Ungarn, denn dort war die Wirtschaft besser und die Inflation geringer. Den Tschechen, Slowaken, Ungarn und sogar den baltischen Republiken der Sowjetunion, gelang es daher leichter, die nötigen Wirtschaftsreformen durchzuführen. (vgl. Chwalba, 2010, S. 71)

In Polen begannen die ersten Reformen zur Umwandlung der Plan- in Marktwirtschaft schon 1988. Zu diesem Zeitpunkt waren, im Vergleich zu anderen sozialistischen Ländern bereits 20% der Unternehmen in privatem Besitz, 1989 wurde die Gründung von Privatunternehmen per Gesetz erleichtert und auch die Privatisierung der Staatsunternehmen eingeleitet. Im Oktober desselben Jahres wurde der Balcerowicz-Plan von Leszek Balcerowicz vorgestellt, der eine rasche Transformation des sozialistischen Wirtschaftssystems in eine Marktwirtschaft vorsah. *„Die polnische Wirtschaft erfordert grundsätzliche Systemänderungen. Deren Ziel ist es, eine Marktwirtschaft aufzubauen, die derjenigen der hochentwickelten Länder nahekommt“*, ließ Balcerowicz verlautbaren. (vgl. Chwalba, 2010, S. 72)

Als stellvertretender Ministerpräsident und Finanzminister gelang es ihm, die Unterstützung internationaler Geldinstitute, wie die des Internationalen Währungsfonds (IWF), zu gewinnen. Alleine der IWF überwies 2,2 Mrd. US\$ an Polen. Aufgrund der hohen Inflation (1990: 585%, 1991: 160%) löste der neue Zloty 1995 den alten Zloty durch Streichung von 4 Nullen ab – aus 10.000 Zloty wurde 1 Zloty und aus 100 Zloty ein Groschen. Speziell Polens Bevölkerung hatte stark mit den Transformationsfolgen zu kämpfen, was auch regelmäßig zu Unmutsäußerungen und Widerständen gegen Balcerowicz führte, dennoch bildeten die Wirtschaftsstrukturen nach der Krise 1990 und 1991 die Voraussetzung für ein schnelles Wirtschaftswachstum, welches bis Ende der 1990er Jahren anhielt, ehe es zu einigen Jahren der Stagnation kam. (vgl. Chwalba, 2010, S. 72 ff.) Im Vergleich zu Bulgarien und Rumänien, wo man einen graduellen Reformansatz verfolgte, kam es in Polen also zu einer wirtschaftlichen Schocktherapie, die schnell von Erfolg gekrönt wurde. (vgl. Gardo, 2006, S. 655 f.)

In Rumänien setzte die positive Entwicklung erst zu Beginn des neuen Jahrtausends ein, weshalb sich die Kluft zwischen den beiden Ländern in den 1990er Jahren kontinuierlich vergrößerte. Seit dem Jahr 2008, also dem Zeitpunkt des Einsetzens der Finanzkrise, blieb der

Abstand der beiden Staaten gleich und auch die Performance des BIPs vom Jahr 2008 an ähnelte sich stark. Neben der guten Entwicklung Polens im Zeitraum zwischen 2000 und 2014 (durchschnittlicher jährlicher BIP Zuwachs 3,6%) heben Hiess & Römisch (vgl. 2016, S. 13 f.) auch Rumänien hervor, wo das BIP durchschnittlich um 3,7% anstieg und damit im absoluten EU-Spitzenfeld lag.

Auch in Serbien waren die 1990er Jahre alles andere als von Erfolg gekrönt. Durch die wirtschaftlichen Embargos der UNO und der EU, sowie als Folge des Verlustes der Absatzmärkte und der bestehenden Produktionsstrukturen im Zuge der Auflösung der ehemaligen Republik Jugoslawien, geriet man in eine langjährige politische Isolation, wodurch die Wirtschaft stagnierte bzw. sogar rückläufig war. (vgl. Abbildung 16) Dazu kamen eine Vielzahl an regionalen Konflikten, die gepaart mit der internationalen Isolation und dem wirtschaftlichen Missmanagement der 1990er Jahre zu einer äußerst schwierigen Ausgangslage für das neue Jahrtausend führten. (vgl. Fräss-Ehrfeld, 2006, S. 150)

Erst durch den Sturz des ehemals kommunistischen Präsidenten Slobodan Milosevic im Jahr 2000 konnte insbesondere im wirtschaftlichen Bereich eine Wende eingeleitet werden. (vgl. Kahl, 2006, S. 23) Zu diesem Zeitpunkt betrug die Wirtschaftsleistung des Landes weniger als 50% des Niveaus zu Beginn der 1990er Jahre, das BIP erreichte im Jahr 2000 mit lediglich 6,5 Mrd. US\$ einen absoluten Tiefstand. Hohe Arbeitslosigkeit ging einher mit Hyperinflation, einem insolventen Banken- und Unternehmenssektor, schlechter Infrastruktur und Überschuldung.

Der folgenden Regierung unter Zoran Dindic gelang eine kontinuierliche Wiedereingliederung des Landes in die internationale Staatengemeinschaft. Die Suspendierung der Mitgliedschaft in der UNO, im Weltwährungsfonds und in der Weltbank wurden aufgehoben und die Beziehungen zu den Nachbarländern stabilisiert. (vgl. Fräss-Ehrfeld, 2006, S. 150) Weiters setzte eine Bewegung hin zu freier Marktwirtschaft ein, wofür wesentliche Schritte unternommen wurden: Preisliberalisierungen, Reduzierung der Lohnnebenkosten, Zollreform und Anreize für ausländische Investoren, Reformen im Finanzsektor und die Schaffung einer unabhängigen Zentralbank. Dank dieser Neuorientierung und der finanziellen Unterstützung internationaler Gemeinschaften, gelang es innerhalb relativ kurzer Zeit die wirtschaftliche Lage zu stabilisieren. In den kommenden Jahren konnte ein kontinuierlicher Anstieg des BIPs um mehr als 5% erreicht werden, der jedoch, wie in den übrigen Untersuchungsländern, mit

dem Einsetzen der Finanzkrise im Jahr 2008 abrupt beendet wurde. (vgl. Kahl, 2006, S. 23; vgl. Fräss-Ehrfeld, 2006, S. 150 f.)

5.2 BIP pro Kopf

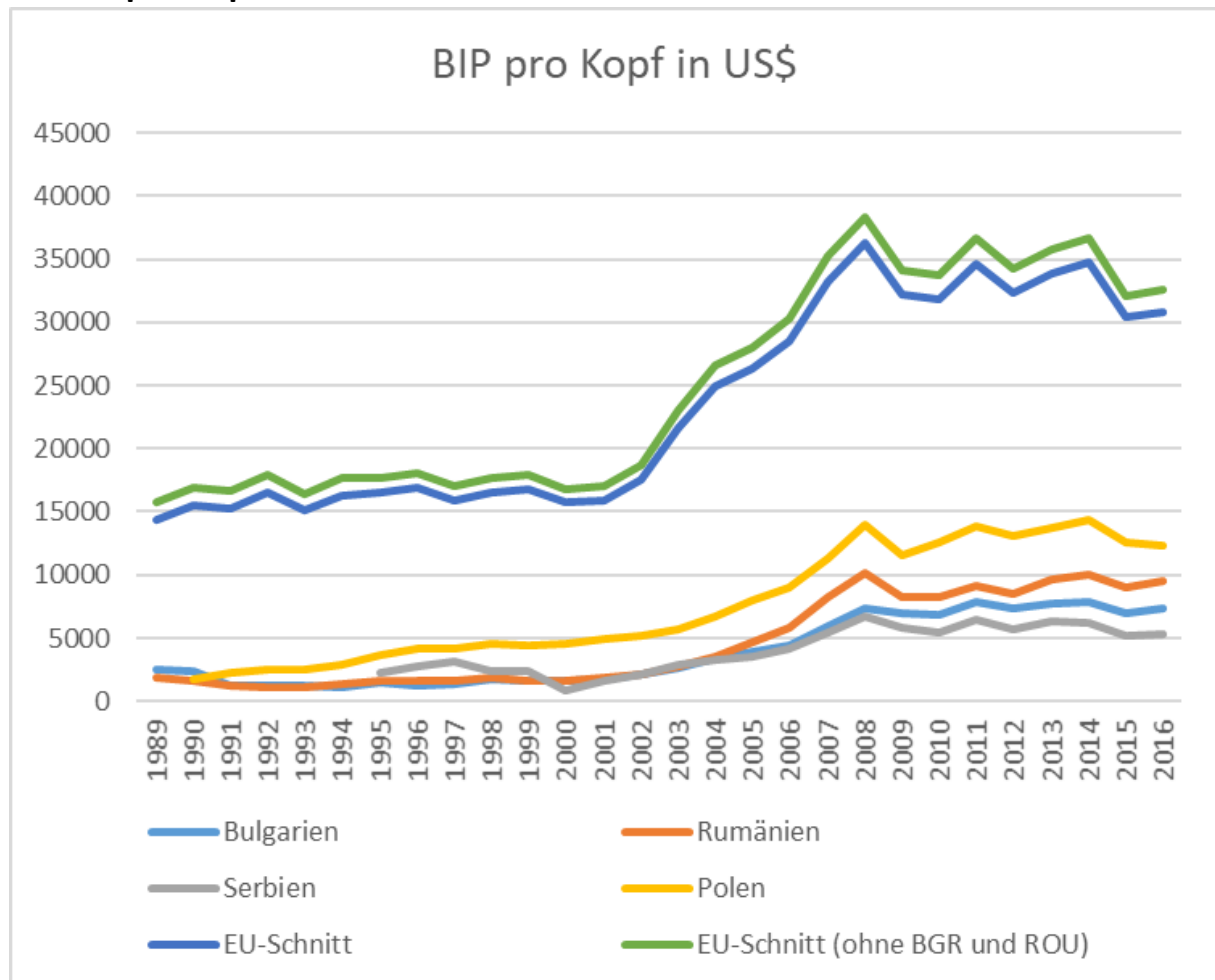


Abbildung 17: BIP pro Kopf in US\$; (vgl. Weltbank, 2017)

Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf ist ein gutes Mittel um einzelne Länder, oder auch Regionen, miteinander zu vergleichen. Bereits auf den ersten Blick erkennt man in der obigen Abbildung eine deutliche Zwei-Klassen-Gesellschaft, die das BIP pro Kopf im EU-Schnitt, sowie das BIP pro Kopf im EU-Schnitt ohne Berücksichtigung von Bulgarien und Rumänien signifikant von den restlichen vier Untersuchungsländern unterscheidet.

Zunächst sollen die Länder Bulgarien, Polen, Rumänien und Serbien betrachtet werden. Diese vier Staaten waren zu Beginn der 90er Jahre nahezu gleichauf. Einzig Polen konnte sich schnell ein wenig von den anderen drei Staaten absetzen. Interessant zu beobachten ist auch die Entwicklung von Serbien, für das es erst seit 1995 geschlossene Daten gibt. In diesem Zeitraum lag das BIP pro Kopf über jenem von Bulgarien und Rumänien. Speziell in den Jahren 1996 und

1997 war der Unterschied beträchtlich: Serbien konnte ein BIP pro Kopf von 2.750 US\$ bzw. 3.180 US\$ aufweisen, während Rumänien nur auf 1.650 US\$ bzw. 1.590 US\$ kam. Noch deutlicher war der Unterschied zu Bulgarien, wo das BIP pro Kopf 1996 bei 1.200 US\$ und 1997 bei 1.350 US\$ lag.

Während das BIP pro Kopf Bulgariens und Rumäniens von diesem Zeitpunkt an kontinuierlich stieg, war in Serbien das Gegenteil der Fall und im Jahr 2000 wurde mit 870 US\$ ein absoluter Tiefpunkt erreicht. Erst von da an ging es auch bei Serbien wieder stetig bergauf, sodass sich die drei Länder in den Jahren von 2001 bis 2004 nahezu identisch entwickelten.

Ab dem Jahr 2005 setzte sich Rumänien deutlich von Bulgarien und Serbien ab, 2008 entstand schließlich auch ein Abstand zwischen Bulgarien und Serbien, was jedoch nicht mit einem steigendem Niveau Bulgariens, sondern mit sinkenden Zahlen Serbiens begründet wird. Am Ende des Untersuchungszeitraums im Jahr 2016 sind die Unterschiede zwischen den Ländern groß wie nie zuvor. Polen liegt mit einem BIP pro Kopf von 12.370 US\$ klar voran, auch wenn hier seit dem Jahr 2007, wie auch bei den drei übrigen Staaten, eine klare Stagnation erkennbar ist. Dahinter folgen Rumänien mit 9.500 US\$ pro Kopf, Bulgarien mit 7.350 US\$ pro Kopf und Serbien mit lediglich 5.350 US\$ pro Kopf.

Noch gravierender werden diese Unterschiede, wenn man das BIP pro Kopf im EU-Schnitt als Vergleich hinzuzieht. Zu Beginn des Untersuchungszeitraumes, also Anfang der 90er Jahre, betrug das BIP pro Kopf im EU-Schnitt bereits über 15000 US\$, und somit in etwa das Sechsfache jener Werte unserer vier Beispielländer.

Gegen Ende der 90er Jahre wurden diese Unterschiede teilweise noch größer, so erreichte beispielsweise Bulgarien im Jahr 1996 ein BIP pro Kopf von 1.200 US\$, während der EU-Durchschnitt bereits bei knapp 17.000 US\$ pro Kopf lag. Bis zum Jahr 2004 gelang es nur Polen, mit dem Wachstum der EU mitzuhalten und den Rückstand ein wenig zu verringern. Die anderen drei Staaten erreichten im Jahr 2004 nur rund 1/7 des BIP pro Kopf des EU-Schnitts.

In den 1990er Jahren fällt jedoch auf, dass auch der EU-Schnitt nahezu unverändert blieb, wobei man bedenken muss, dass die Zahlen von Estland, Kroatien, Litauen, Lettland, und Slowenien, die erst ab 1995 verfügbar sind, den Wert des EU-Schnitts ab diesem Zeitpunkt nach unten drückten, da all diese fünf Staaten deutlich unter dem Durchschnitt lagen.

In den Jahren bis 2007 gelang es dann den vier Untersuchungsländern, den Rückstand, zumindest relativ gesehen, etwas zu verringern. Auch ab dem Jahr 2007, wo der EU-Schnitt die kommenden 10 Jahre einen leichten, allerdings stetigen Rückgang erlebte, konnten Bulgarien, Polen, Rumänien und Serbien ihr Niveau zumindest halten.

Im Jahr 2016 lag das BIP pro Kopf im EU-Schnitt bei knapp 31.000 US\$, Polen kam auf 12.370 US\$ und erreicht somit gerade einmal 40% des EU-Schnitts. Rumänien schaffte 30% des EU-Schnitts, Bulgarien 23% und Serbien 17%. Wie man an der Grafik gut erkennen kann, würden diese Unterschiede noch deutlicher ausfallen, würde man das BIP pro Kopf ohne Bulgarien und Rumänien berechnen.

5.3 Kaufkraftparität

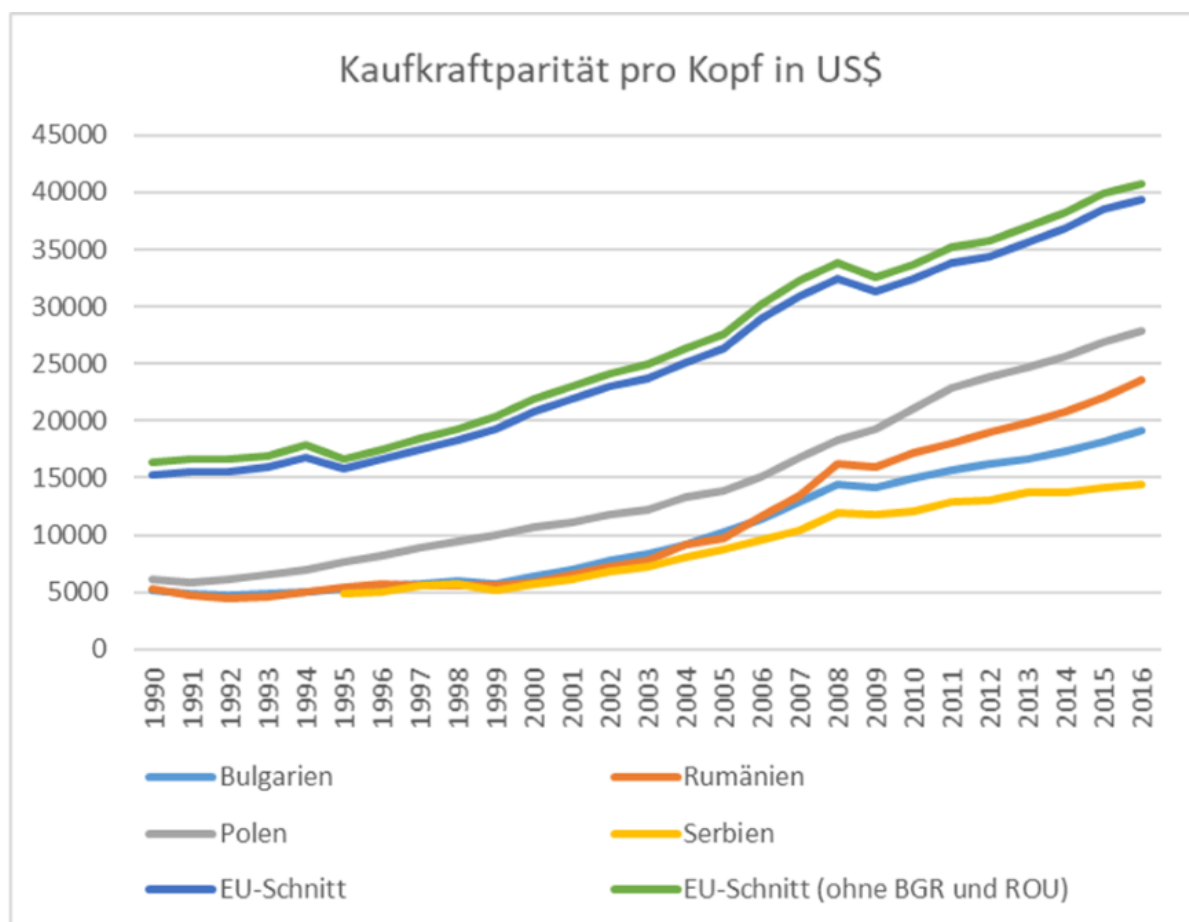


Abbildung 18: Kaufkraftparität pro Kopf in US\$; (vgl. Weltbank, 2017)

Hinsichtlich der Kaufkraftparität lässt sich seit dem Beginn des Untersuchungszeitraums im Jahr 1990 bei allen Ländern, inklusive des EU-Schnitts ein deutlicher Aufwärtstrend erkennen. In Bulgarien, Rumänien und Serbien dauerte es jedoch bis zum Ende der 90er Jahre an, bis dieser merkbar einsetzte. Zu diesem Zeitpunkt hatte Polen schon ein wesentlich höheres

Niveau erreicht. Der zwischenzeitliche Rückfall des EU-Schnitts sowie des EU-Schnitts ohne Bulgarien und Rumänien im Jahr 1995, lässt sich, wie bereits beim BIP pro Kopf besprochen, darauf zurückzuführen, dass für Estland, Kroatien, Litauen, Lettland, und Slowenien erst ab diesem Jahr Daten verfügbar sind.

Generell gibt es viele Gemeinsamkeiten mit dem BIP pro Kopf. Größter Unterschied ist jener, dass die Differenzen zwischen dem EU-Schnitt und den Kaufkraftparitäten von Bulgarien, Polen, Rumänien und Serbien nicht ganz so groß sind. Betrug das BIP pro Kopf im EU-Schnitt zu Beginn der 90er Jahre das Sechsfache der übrigen Untersuchungsländer, so ist die Kaufkraftparität vergleichsweise nur dreimal so hoch. Der absolute Rückstand Bulgariens, Polens, Rumäniens und Serbiens wurde zwar bis zum Ende des Untersuchungszeitraums, mit Ausnahme von Polen, noch größer, jedoch konnte man zumindest relativ aufholen, sodass im Jahr 2016 Polen 70% der Kaufkraftparität des EU-Schnitts erreichte, Rumänien rund 60%, Bulgarien 48,5% und Serbien knappe 37%.

5.4 Wirtschaftssektoren

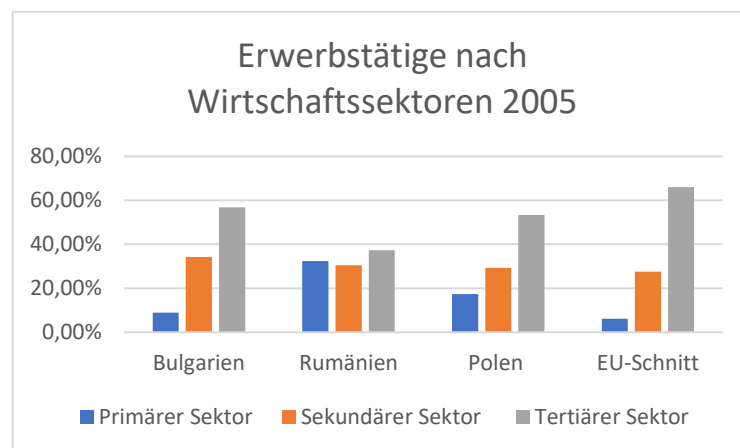


Abbildung 19: Erwerbstätige nach Wirtschaftssektoren 2005; (vgl. Statista, 2017)

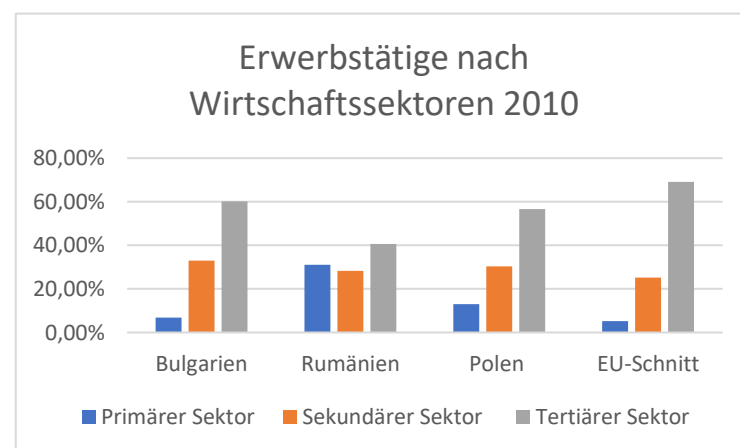


Abbildung 20: Erwerbstätige nach Wirtschaftssektoren 2010; (vgl. Statista, 2017)

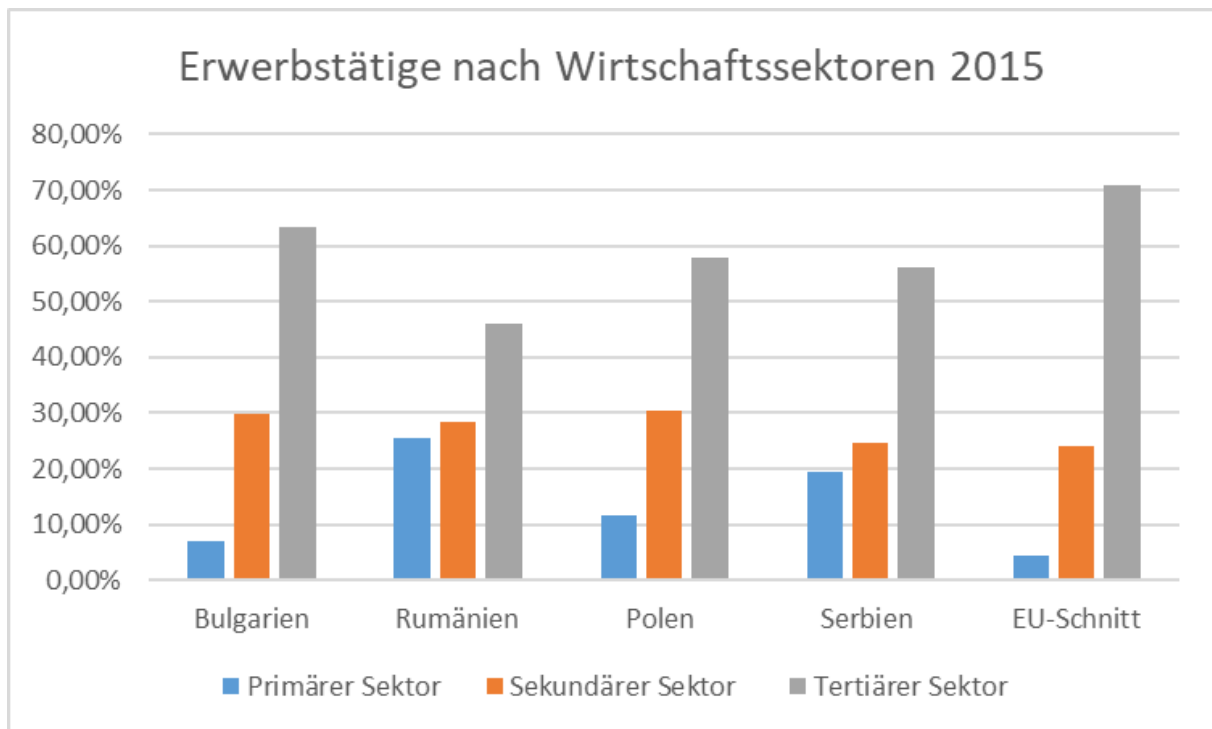


Abbildung 21: Erwerbstätige nach Wirtschaftssectoren 2015; (vgl. Statista, 2017)

Hiess & Römisch (vgl. 2016, S. 23) sehen die Wirtschaftsstruktur der Mittelost- und Südosteuropäischen Länder als zentrale Ursache für die starken wirtschaftlichen und Arbeitsmarkt bezogenen Differenzen. (letzte Kapitel 5.5)

Betrachtet man die Erwerbstätigen nach Wirtschaftssectoren im Jahr 2005, so lassen sich große Unterschiede zwischen Bulgarien, Rumänien und Polen erkennen. Der Anteil Bulgariens am primären Sektor war mit unter 9% im Vergleich zu Polen (17,4%) und Rumänien (32,3%) bereits relativ niedrig, allerdings noch deutlich über dem EU-Schnitt von 6,2%. Für Serbien gibt es in den Jahren 2005 und 2010 leider keine Daten, der mit knapp 20% ziemlich hohe Anteil am landwirtschaftlichen Sektor im Jahr 2015 legt jedoch Nahe, dass dies auch in den Jahren zuvor ähnlich hoch war.

Die größten Gemeinsamkeiten im Jahr 2005 bestehen im industriellen Sektor, wo alle Länder, inklusive dem EU-Schnitt, rund um die 30% - Marke schwankten. Bulgarien wies hier mit ca. 34% den höchsten Wert auf, der EU-Schnitt war mit 27,5% der Niedrigste. Diese Gemeinsamkeiten blieben auch in den Jahren 2010 und 2015 aufrecht, ein leichter Trend zur Abnahme des Anteils des sekundären Sektors war erkennbar. Im Jahr 2015 waren in Bulgarien rund 30% der Erwerbstätigen in der Industrie tätig. Polen legte als einziges Land etwas und überschritt die 30% - Marke knapp. Rumänien erreichte zirka 28,5%, Serbien 24,5% und der

EU-Schnitt blieb mit 24% abermals am Niedrigsten. Auffällig ist, dass obwohl Rumäniens industrieller Sektor prozentuell nicht wesentlich von den anderen Ländern abweicht, er einen weit größeren Anteil an der Bruttowertschöpfung einnimmt, als in den übrigen Untersuchungsländern. Dabei werden knapp 50% von niedrigtechnologischen Industrien, wie der Nahrungs- und Futtermittelindustrie, erwirtschaftet. (vgl. Hiess & Römisch, 2016, S. 23)

Ebenso wie bei den Erwerbstätigen in der Landwirtschaft findet man im tertiären Sektor durchwegs große Unterschiede vor, die im gesamten Zeitraum vom Jahr 2005 bis 2015 bestehen blieben. Schlusslicht im Jahr 2005 war Rumänien, wo der Dienstleistungssektor gerade einmal 37% erreichte. Polen (53,3%) und Bulgarien (knapp 57%) waren hier dem EU-Schnitt von 66% bereits ein deutliches Stück näher.

Sowohl im Jahr 2010, als auch im Jahr 2015 änderte sich an dieser Reihenfolge nichts, Serbien reihte sich im Jahr 2015 mit einem Anteil von 56% der Erwerbstätigen im tertiären Sektor knapp hinter Polen ein, die rund 58% erreichten. Generell war im Untersuchungszeitraum von 2005 bis 2015 eine deutliche Tertiärisierung erkennbar, in der Bulgarien, Polen, Rumänien und Serbien dem EU-Schnitt noch mit respektablen Abstand hinterher sind.

Zusammenfassend lässt sich also feststellen, dass der Anteil an Erwerbstätigen in der Landwirtschaft von 2005 bis 2015 in allen Untersuchungsländern zurückging, in Rumänien (über 25%) und Serbien (knapp 20%), jedoch noch ein Vielfaches des EU-Schnitts beträgt. Die größten Gemeinsamkeiten bestehen im industriellen Sektor, wo aber über den gesamten Zeitraum gesehen auch ein leichter Rückgang auszumachen ist.

Die Abschlüge, die Landwirtschaft und Industrie in den letzten Jahren machen mussten, wurden logischerweise vom tertiären Sektor aufgefangen und es kam zu einem kontinuierlichen Anstieg, dessen Spitze in Bulgarien, Polen, Rumänien und Serbien jedoch noch lange nicht erreicht sein dürfte.

5.5 Arbeitslosigkeit

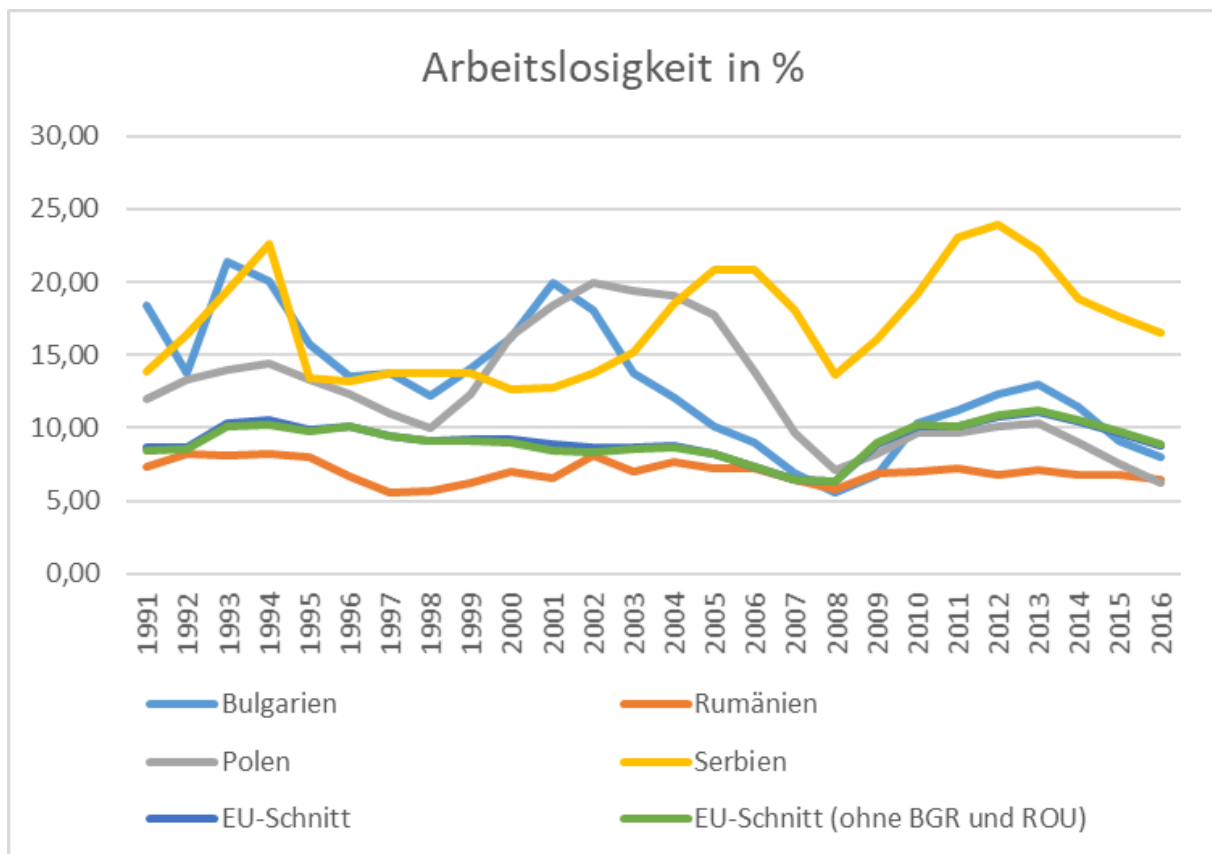


Abbildung 22: Arbeitslosigkeit; (vgl. Weltbank, 2017)

Auch die Arbeitsmärkte der Untersuchungsländer sind ähnlich differenziert wie ihre Wirtschaftsleistung. Speziell zu Beginn des Untersuchungszeitraumes im Jahr 1991 waren die Arbeitslosenwerte der Untersuchungsländer höchst unterschiedlich und schwankten auch in den kommenden 25 Jahren sehr stark. Rumänien konnte nahezu durchgehend die niedrigste Arbeitslosenquote (liegt immer zwischen 5,5% und 8,3%) aufweisen, nur in den Jahren 2002, 2007 und 2008 erreichte der EU-Schnitt ähnlich niedrige Werte, sowie Bulgarien im Jahr 2008 und Polen im Jahr 2016. Rumäniens Arbeitslosenquote überzeugte also vor allem mit Konstanz und geringer Schwankungsbereite.

Bezüglich Schwankungsbreite konnte einzig der EU-Schnitt eine ähnlich konstante Entwicklung aufweisen, wo die Arbeitslosenquote nur in wenigen Jahren die 10% - Marke überstieg. Demgegenüber waren Bulgarien, Polen und Serbien durchwegs von einer hohen Arbeitslosigkeit betroffen, doch während Bulgarien und Polen dieses Problem ab dem Jahr 2007 langsam in den Griff bekamen und Polen im Jahr 2016 mit knapp über 6% sogar die niedrigste Arbeitslosenquote erreichte, hatte Serbien mit 16,5% in diesem Bereich noch große

Probleme. (vgl. Hiess & Römisch, 2016, S. 19) In den Jahren 1994, 2005, 2011, 2012 und 2013 lag die Arbeitslosigkeit in Serbien sogar bei über 20%. Brey (vgl. 2014, S. 21) weist jedoch darauf hin, dass die Dunkelziffer in Serbien noch deutlich höher liegen dürfte, da die sogenannte „Graue Wirtschaft“ – ohne Steuer, Sozialabgaben, staatliche Aufsicht und Transparenz – auf rund ein Viertel der gesamten Wirtschaftsleistung geschätzt wird. Der EU-Schnitt ohne Berücksichtigung von Bulgarien und Rumänien weicht durchgehend nur minimal vom normalen EU-Durchschnitt ab, im ersten Abschnitt des Untersuchungszeitraums liegt er leicht darüber, ab 2004 minimal darunter, was dadurch begründet werden kann, dass sich ab diesem Zeitpunkt die Arbeitslosenquote Bulgariens auf einem niedrigeren Wert einpendelte als die Jahre zuvor.

5.6 Ausländische Direktinvestitionen (ADI)

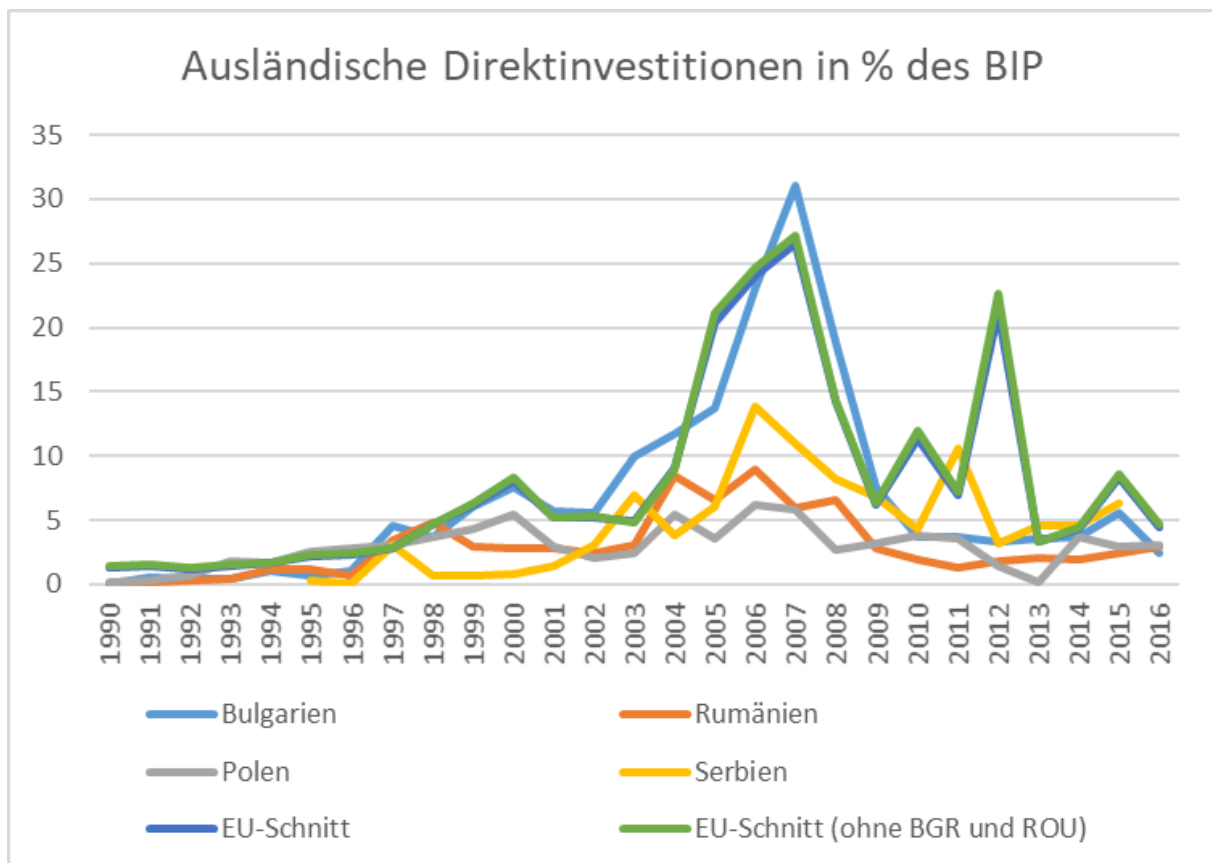


Abbildung 23: Ausländische Direktinvestitionen in % des BIP; (vgl. Weltbank, 2017)

Zu Beginn der 1990er Jahre spielten ausländische Direktinvestitionen in Bulgarien, Polen und Rumänien nur eine untergeordnete Rolle und machten nur im EU-Schnitt mehr als 1% des Bruttoinlandsprodukts aus. Dieser europäische Durchschnitt blieb auch in den kommenden

Jahren zwischen 1% und 2% bestehen, erst ab dem Jahr 1995 stieg der Wert an, ehe er im Jahr 2000 mit rund 8% einen zwischenzeitlichen Höhepunkt erreichte.

Zu diesem Zeitpunkt lag einzig Serbien in diesem Jahr mit lediglich 0,8% deutlich zurück, konnte den kurzfristigen Anstieg vom Jahr 1997 (3%) also nicht halten.

Ab 1999 ging es dann speziell in Bulgarien rasant bergauf, sodass man fast auf jene Werte des EU-Schnitts kam. Bulgarien erreichte den höchsten Punkt schließlich im Jahr 2007, wo ausländische Direktinvestitionen 31% des Bruttoinlandsprodukts ausmachten. Auch der EU-Schnitt lag in diesem Jahr mit 26,5% deutlich am höchsten.

Wesentlich ruhiger verlief der Anstieg der ausländischen Direktinvestitionen in Polen, Rumänien und Serbien, wo die 5% - Marke erst in den Jahren 2003 und 2004 überschritten wurde. In Serbien ließen vor allem die Aussicht, dass die nächsten Jahre durch weitere Reformen, höhere finanzielle Leistungsfähigkeit und eine kompetente Verwaltung des Staates gekennzeichnet sind, immer mehr Investoren aufhorchen, wodurch bis zum Jahr 2006 ein Anstieg auf 14% erreicht werden konnte, der den bisherigen Höchstwert darstellt. (vgl. Fräss-Ehrfeld, 2006, S. 156) Ebenso Rumänien und Polen erreichten 2006 mit 9% bzw. 6% einen Höchststand, der jedoch von allen drei Ländern nicht gehalten werden konnte. Die ausländischen Direktinvestitionen gingen in den Jahren danach wieder merklich zurück.

Es zeichnet sich deutlich ab, dass die Werte zu Beginn des Untersuchungszeitraums sehr ähnlich waren und hier nur der EU-Schnitt leicht erhöht war. In den Jahren ab 1998 bis 2012 kam es teilweise zu extremen Schwankungen, wo speziell Bulgarien und der EU-Schnitt nach oben ausrissen. Ab dem Jahr 2013 liefen die Werte aller untersuchten Staaten wieder zusammen. 2016 wies Bulgarien mit 2,4% ausländischer Direktinvestitionen am Anteil des BIPs den niedrigsten Wert auf, der EU-Schnitt ohne Bulgarien und Rumänien lag mit knapp 5% am höchsten. Polen, Rumänien, Serbien, sowie der EU-Schnitt lagen dazwischen knapp beisammen.

5.7 Staatsverschuldung

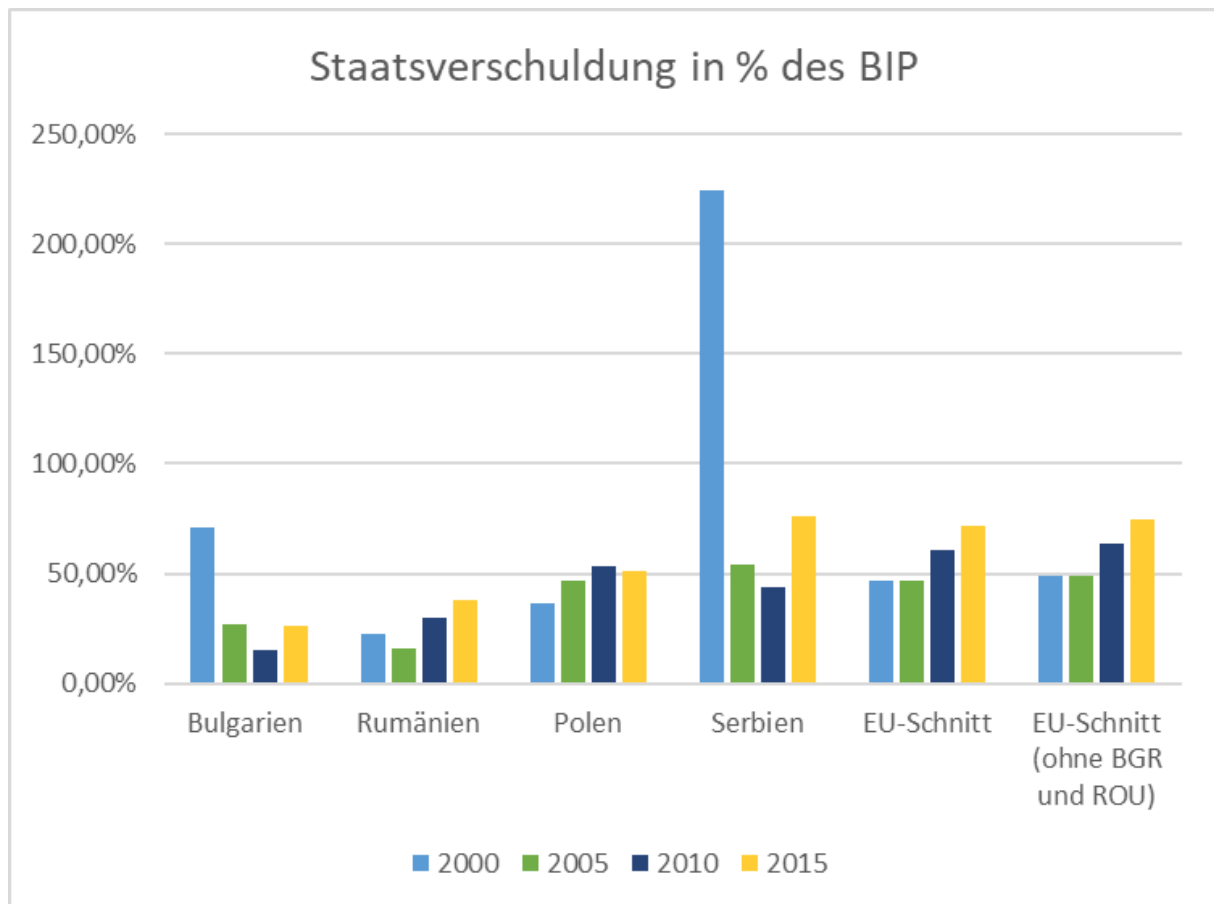


Abbildung 24: Staatsverschuldung in % des BIP; (vgl. Weltbank, 2017)

Vergleicht man die Staatsschulden Bulgariens und Rumäniens mit dem Rest der untersuchten Länder, sowie dem EU-Schnitt, wird deutlich, dass die beiden Länder einen vergleichsweise niedrigen Staatsschuldenstand aufweisen können. Einzig der Wert von Bulgarien im Jahr 2000 riss mit 71% nach oben aus, in den Jahren 2005, 2010 und 2015 überschritt der Anteil der Staatsschulden am Bruttoinlandsprodukt jedoch nie die 27% - Marke. Ähnlich konstant hielt sich Rumänien, welches im Jahr 2015 mit einem Staatsschuldenanteil am BIP von 38% den höchsten Wert im Zeitraum zwischen 2000 und 2015 aufwies.

Konstant niedrige Werte erreichte auch Polen, hier kann im Jahr 2000 mit 36,5% der niedrigste und im Jahr 2010 mit 53% der höchste Staatsschuldenstand ausgemacht werden. Ganz anders ist die Situation in Serbien, wo die Staatsschulden in % des BIP im Jahr 2000 mit rund 225% extrem nach oben ausrissen. Die bereits behandelte spezielle Situation Serbiens im Jahr 2000 dürfte dafür verantwortlich sein. Bis zum Jahr 2005 wurden die Staatsschulden stark reduziert, sodass sie nur noch 54% ausmachten, bis zum Jahr 2010 fielen sie nochmal um 9%, ehe sie im Jahr 2015 76% erreichten.

Der EU-Durchschnitt entwickelte sich ähnlich konstant wie die Staatsschulden Rumäniens und Bulgariens, nur lagen sie etwas höher. In den Jahren 2000 und 2005 betrugen die Staatsschulden im EU-Schnitt knapp 47% des BIPs, 2010 60,5% und 2015 knapp 72%. In diesem Jahr wies Serbien mit 76% einen ähnlichen Wert auf.

Um zwischen EU-Schnitt und dem EU-Schnitt ohne Bulgarien und Rumänien einen Unterschied ausmachen zu können, muss die Grafik besonders genau betrachtet werden. Aufgrund der niedrigen Staatsschuldenwerte Bulgariens und Rumäniens, ist es klar, dass die beiden Untersuchungsländer den Durchschnitt senken müssen. So liegt der EU-Schnitt ohne Rumänien und Bulgarien im Jahr 2010 mit einem Anteil von 61% Staatsschulden am Anteil des Bruttoinlandsprodukts recht deutlich unter jenem des normalen EU-Durchschnitts (64%). Dieser 3% Unterschied ändert sich auch im Jahr 2015 nicht, wo der EU-Schnitt 75% und der EU-Schnitt ohne Bulgarien und Rumänien knapp 72% erreichte.

5.8 Budgetsaldo

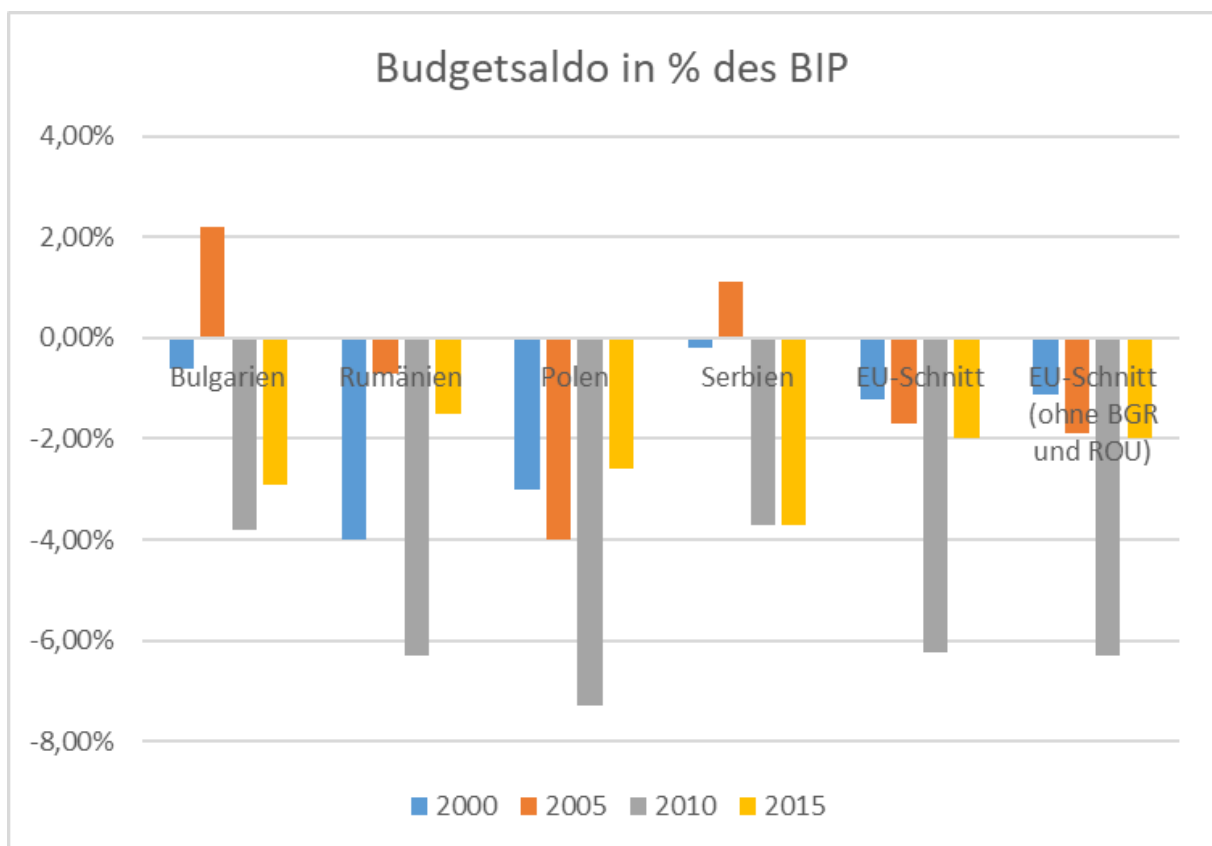


Abbildung 25: Budgetsaldo in % des BIP; (vgl. Weltbank, 2017)

Sucht man in der obigen Grafik nach Gemeinsamkeiten zwischen den untersuchten Ländern bzw. dem EU-Schnitt, wird zunächst deutlich, dass der Budgetsaldo im Jahr 2010 durchwegs

die niedrigsten Werte erreichte. Negativer Spitzenreiter waren in diesem Jahr Rumänien mit -6,3%, Polen mit -7,3% und auch der EU-Schnitt lag knapp unterhalb der -6% - Marke. Bulgarien und Serbien erreichten mit einem Budgetsaldo in % des BIP von jeweils rund -3,75% die positivsten Werte. Dennoch werden auch hier die hinterlassenen Spuren der Wirtschaftskrise deutlich.

Ganz anders sah dieses Bild noch im Jahr 2000 aus, hier lag der EU-Schnitt mit einem Budgetsaldo mit -1,1% nur knapp im negativen Bereich, auch Bulgarien und Serbien lagen knapp an der 0% - Marke. Nur Rumänien und Polen lagen mit -4% bzw. -3% doch deutlich im negativen Bereich.

Rumänien besserte sich bis zum Jahr 2005 erheblich, sodass der Budgetsaldo nur noch bei knapp -1% lag. Bulgarien und Serbien schafften in diesem Jahr sogar positive Werte (2,2% bzw. 1,1%). Schlusslicht im Jahr 2005 war Polen, deren Budgetsaldoanteil am BIP -4% betrug. Der EU-Schnitt lag bei -1,7%.

Zwischen dem EU-Schnitt und dem EU-Schnitt ohne Bulgarien und Rumänien sind über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg nur minimale Unterschiede auszumachen. Die beiden Länder beeinflussten den Budgetsaldoanteil am Bruttoinlandsprodukt weder positiv noch negativ.

5.9 Human Development Index (HDI)

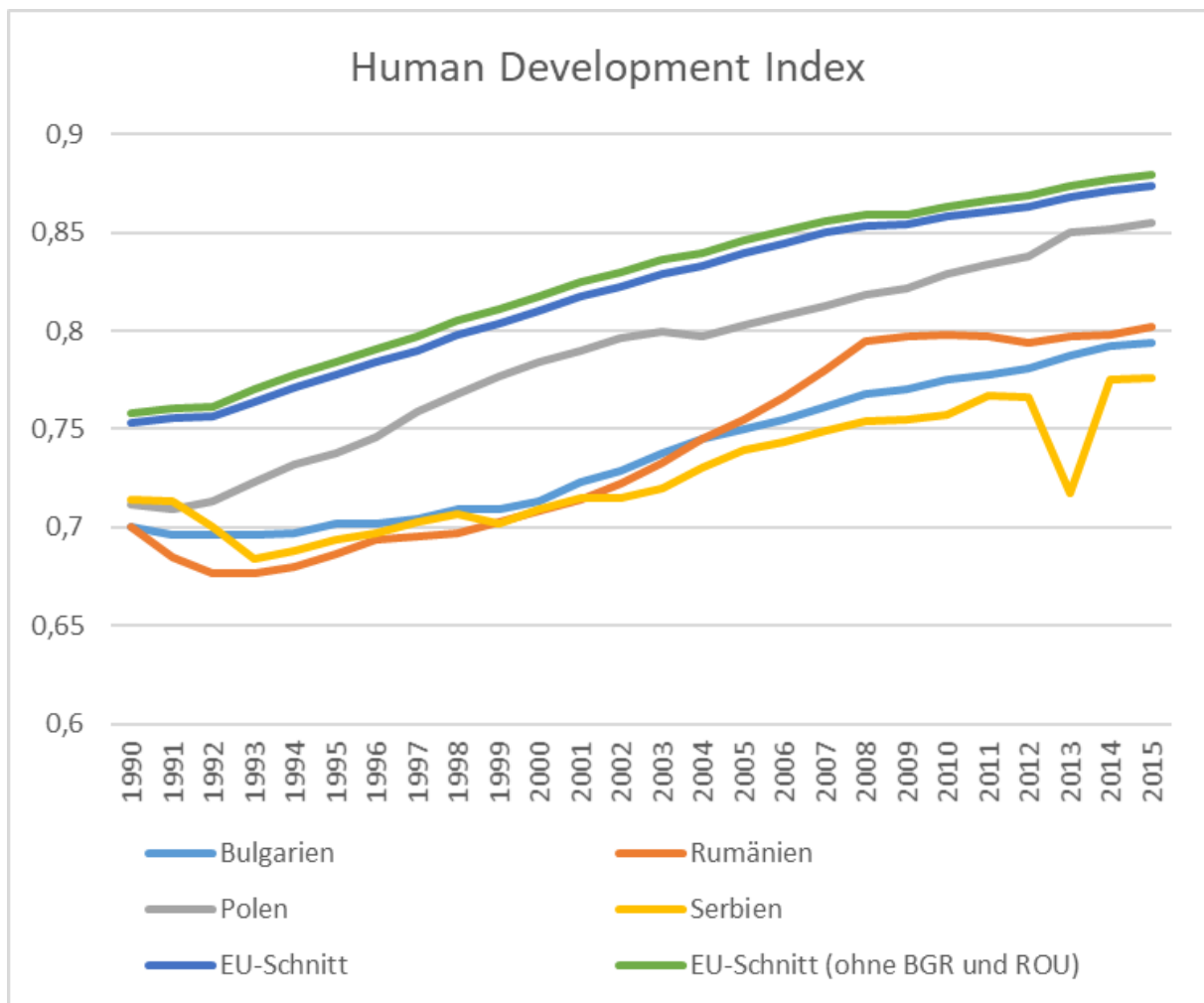


Abbildung 26: Human Development Index; (vgl. HDR, 2017)

Über den gesamten Zeitraum von 1990 bis 2015 gesehen, entwickelten sich alle untersuchten Länder deutlich positiv. Der EU-Schnitt startete im Jahr 1990 mit einem Wert von 0,755 und lag somit deutlich vor Bulgarien, Polen, Rumänien und Serbien. Das erste Land, das den Wert von 0,755 erreichen konnte, war Polen im Jahr 1997, also erst sieben Jahre später. Es dauerte noch einige Jahre, bis Rumänien einen Human Development Index von 0,755 erreichen konnte, nämlich im Jahr 2005. 2006 gelang dies schließlich auch Bulgarien, Serbien brauchte bis zum Jahr 2009 um diesen Wert zu erreichen. In diesem Jahr befand sich der EU-Durchschnitt bereits bei 0,855. Der EU-Schnitt ohne Bulgarien und Rumänien erreichte sogar fast 0,86.

Auffällig ist auch, dass der HDI Bulgariens, Rumäniens und Serbiens zu Beginn der 1990er Jahre noch für einige Jahre sank, ehe er sich erholte und von da an kontinuierlich anstieg. Neben dem EU-Schnitt gelang ab 1990 nur Polen eine stetige Verbesserung und im Vergleich zu

Bulgarien, Rumänien und Serbien lag man mit einem Human Development Index von 0,855 auch im Jahr 2015 vorne. Danach folgte Rumänien mit einem HDI von 0,8, diesen Wert erreichte Polen bereits im Jahr 2005. Knapp dahinter lag Bulgarien (0,794) und Schlusslicht war Serbien mit 0,776.

5.10 Kindersterblichkeit

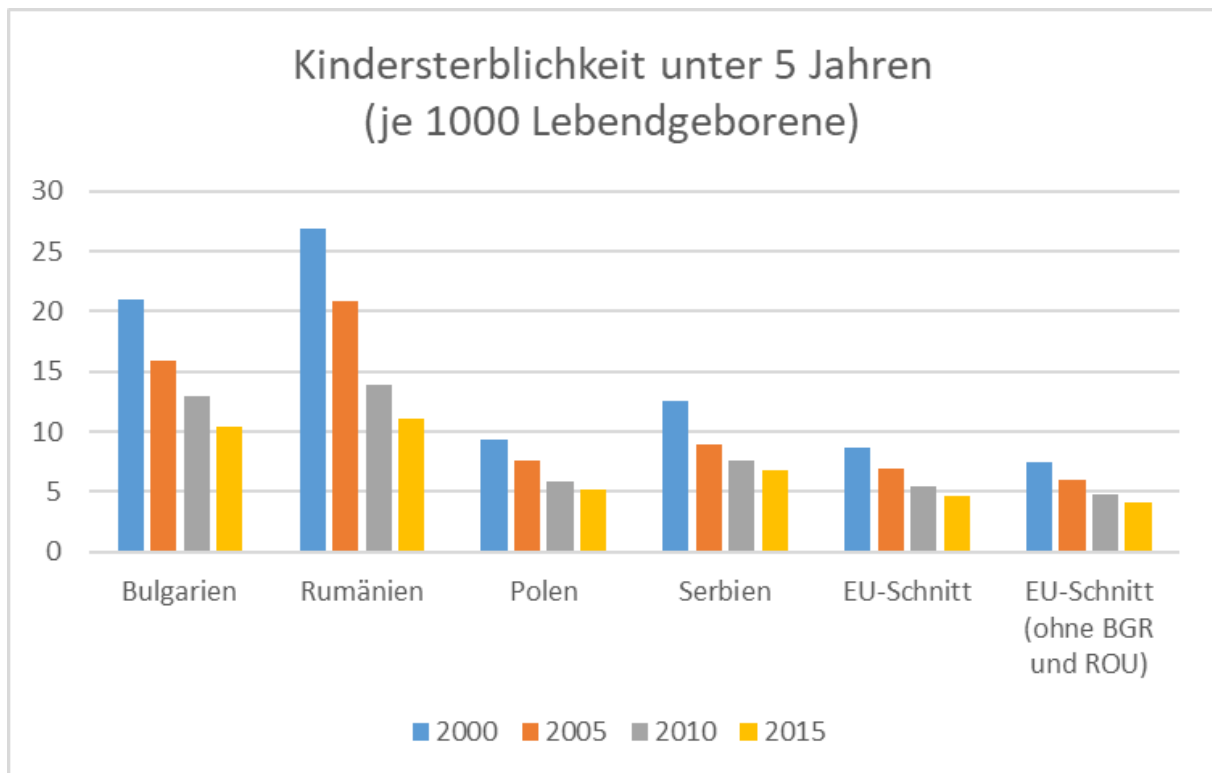


Abbildung 27: Kindersterblichkeit unter 5 Jahren (je 1000 Lebensgeborene); (vgl. Weltbank, 2017)

Die Kindersterblichkeit unter 5 Jahren pro 1000 Lebendgeborenen nahm im Zeitraum von 2000 bis 2015 in allen Untersuchungsländern kontinuierlich ab. Die größten Unterschiede konnten im Jahr 2000 ausgemacht werden, wo im EU-Schnitt 8,6 von 1000 Kindern unter 5 Jahren starben, während in Polen 9,3, in Serbien 13, in Bulgarien 21 und in Rumänien sogar 27 von 1000 Kindern unter 5 Jahren betroffen waren.

Der EU-Schnitt lag bereits im Jahr 2000 auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau und konnte in den kommenden 15 Jahren noch einmal wesentlich verbessert werden. Die Kindersterblichkeit betraf im Jahr 2015 durchschnittlich 4,6 von 1000 Kindern.

Mehr Potential für Verbesserungen hatten demgegenüber die restlichen Untersuchungsländer, die allesamt deutliche Fortschritte erzielen konnten. Bulgarien halbierte im Zeitraum von 2000 bis 2015 die Kindersterblichkeit von 21 auf 10,5 Todesfälle

unter 5 Jahren pro 1000 Lebendgeborenen, Rumänien gelang ein Sprung von 27 auf 11, Serbien von 12,6 auf 7 und Polen von 9 auf 5. Speziell Bulgarien und Rumänien liegen mit doppelt so hohen Werten wie der EU-Schnitt noch weit hinter dem europäischen Spitzenfeld und haben somit noch sehr viel Aufholbedarf. Daraus lässt sich schließen, dass der EU-Schnitt ohne Rumänien und Bulgarien noch einmal deutlich unter dem eigentlichen EU-Schnitt liegt. Ohne den beiden Staaten würde es von 1000 lebendgeborenen Kinder unter 5 Jahren lediglich 4 Todesfälle geben.

Interessante Erkenntnisse können hier aus der Arbeit von Hiess & Römisch (vgl. 2016, S. 31) gewonnen werden, in welcher die öffentlichen und privaten Gesundheitsausgaben genauer betrachtet wurden. Neben den Mittelost- und Südosteuropäischen Ländern wurde in dieser Studie Österreich als Referenzland ausgewählt. In Österreich machten die Gesundheitsausgaben 2013 11% des Bruttoinlandsprodukts aus und waren somit deutlich höher als in den restlichen Untersuchungsländern. Schlusslicht in dieser Statistik war mit Abstand Rumänien, welches lediglich 5,3% des BIPs für Gesundheitsausgaben aufwendete. Womöglich kann auch unter anderem dadurch die hohe Kindersterblichkeit Rumäniens erklärt werden. In Polen (6,7%) und Bulgarien (7,6%) ist diese Quote bereits deutlich höher, liegt jedoch immer noch weit hinter Österreich zurück. Nur Serbien liegt mit 10,6% annähernd auf dem Niveau Österreichs und kann auch eine niedrige Kindersterblichkeit vorweisen. Interessant stellt sich hier die niedrige Kindersterblichkeit Polens dar, die trotz relativ geringer Gesundheitsausgaben erreicht wird.

5.11 Zusammenfassung mit Antwort auf die Forschungsfragen

Wie bereits im vierten Kapitel festgestellt werden konnte, stagnierte das BIP, BIP pro Kopf und die Kaufkraftparität Bulgariens und Rumäniens in den 1990er Jahren. Recht ähnlich erging es Serbien, wo die Entwicklung bis Anfang der 2000er Jahre nahezu identisch mit Rumänien und Bulgarien ablief. Zirka ab dem Jahr 2004 setzten sich die beiden Länder jedoch kontinuierlich von Serbien ab, Rumänien noch ein Stück mehr als Bulgarien. Heute bestehen zwischen den drei Staaten beachtliche Unterschiede. So hat Serbien im Jahr 2016 ein BIP pro Kopf von 5.350 US\$, Bulgarien 7.350 US\$ und Rumänien erreicht mit 9.500 US\$ fast einen doppelt so hohen Wert.

Ganz anders gestaltete sich die Entwicklung des EU-Schnitts und Polens. Das BIP Polens stieg von 65 Mrd. US\$ im Jahr 1990 auf 172 Mrd. US\$ im Jahr 2000, das BIP pro Kopf von 1.730 US\$ auf 4.500 US\$ und die Kaufkraftparität von 6.200 US\$ auf 10.650 US\$. Polens Wirtschaftsleistung im Zeitraum zwischen 1990 und 2000 entwickelte sich also auch deutlich besser als der EU-Schnitt, wo vergleichsweise geringe Zuwächse erzielt wurden.

Dieser Vorsprung, den sich Polen in den 1990er Jahren erarbeitete, konnte von Bulgarien, Rumänien und Serbien auch nicht mehr wettgemacht werden, im Gegenteil, zu Bulgarien und Serbien wurde der Abstand bis heute noch größer, nur Rumänien hielt ungefähr jene Differenz aufrecht, die bereits im Jahr 2000 bestand. Polen liegt im Vergleich zu Bulgarien, Rumänien und Serbien ganz klar voran, doch zieht man die Werte des EU-Schnitts hinzu, stößt man hier noch einmal in ganz andere Dimensionen vor. Betrachtet man beispielsweise das BIP pro Kopf im Jahr 2000. Zu diesem Zeitpunkt lag Polen mit einem BIP pro Kopf von 4.500 US\$ bereits deutlich vor Bulgarien (1.600 US\$), Rumänien (1.670 US\$) und Serbien (870 US\$), das in diesem Jahr einen Ausreißer nach unten erlebte. Im Vergleich dazu erreichte der Durchschnitt der Europäischen Union im Jahr 2000 ein Bruttoinlandsprodukt von rund 16.000 US\$. Polen erreichte also ein Vielfaches des BIPs pro Kopf von Bulgarien, Rumänien und Serbien und der EU-Durchschnitt betrug noch einmal ein Vielfaches des Wertes von Polen.

Bis zum Jahr 2016 blieb dieses aus dem Jahr 2000 skizzierte Bild aufrechterhalten. In diesem Jahr erreichte Polen ein BIP pro Kopf von 12.370 US\$, Bulgarien (7.350 US\$), Rumänien (9.500 US\$) und Serbien (5.350 US\$) lagen deutlich dahinter. Der Durchschnitt der Europäischen Union liegt mit einem BIP pro Kopf von über 32.000 US\$ also immer noch in weiter Ferne. Betrachtet man zusätzlich zum BIP pro Kopf noch die Kaufkraftparität, so fällt die Schere

zwischen EU-Schnitt und den übrigen Untersuchungsländern nicht mehr ganz so deutlich aus. Der Kaufkraftparität des EU-Schnitts im Jahr 2016 (42.000 US\$) stehen Bulgarien (19.200 US\$), Rumänien (23.600 US\$), Polen (27.800 US\$) und Serbien (14.500 US\$) gegenüber. Logischerweise fallen BIP pro Kopf und Kaufkraftparität des EU-Schnitts ohne Bulgarien und Rumänien noch ein Stück höher aus.

Indikatoren, die ähnliche Tendenzen wie BIP, BIP pro Kopf und Kaufkraftparität aufweisen sind der Human Development Index sowie die Kindersterblichkeit. Während Bulgarien, Rumänien und Serbien die gesamten 1990er Jahre über kaum Fortschritte erzielen konnten, steigerte Polen seinen Human Development Index bis zum Jahr 2000 auf 0,78, also auf einen Wert, den Serbien bis heute nicht erreichen kann, Bulgarien erst im Jahr 2012 und Rumänien im Jahr 2007 erreichte. Klar voran liegt der EU-Schnitt, der auch in der Kindersterblichkeit die mit Abstand niedrigen Werte vorweist. Im Jahr 2000 kamen in der Europäischen Union durchschnittlich 8,7 von 1000 Kindern unter 5 Jahren ums Leben. Bulgarien und Rumänien lagen noch im Jahr 2015 (mit 10,4 bzw. 11,1 Todesfällen) über diesem Wert.

Im Jahr 2000 kamen in Polen 9,3 von 1000 Kindern unter 5 Jahren ums Leben, 2015 waren es 5,2. Danach folgte Serbien, wo es im Jahr 2015 6,8 Todesfälle pro 1000 Kinder unter 5 Jahren gab. Bereits im Jahr 2000 lag das Land klar vor Bulgarien und Rumänien. Der EU-Schnitt ohne Bulgarien und Rumänien im Jahr 2015 lag noch einmal deutlich unter dem eigentlichen EU-Schnitt (4,1 Todesfälle) – die beiden Untersuchungsländer beeinflussen diesen Wert stark nach oben.

Untersucht man die Erwerbstätigen nach Wirtschaftssektoren, so variieren alle untersuchten Länder stark. Speziell in der Landwirtschaft waren die Ausgangssituationen im Jahr 2000 am unterschiedlichsten. Einem sehr niedrigen Anteil am primären Sektor des EU-Schnitts (6,2%), stand ein hoher Anteil Rumäniens (32,3%) gegenüber. Die übrigen Länder befanden sich dazwischen. Dieses Bild blieb bis zum Jahr 2015 bestehen. In diesem Zeitraum kam es überall zu einer Tertiärisierung, während der primäre und sekundäre Sektor kontinuierlich Anteile verloren.

Ähnlich große Schwankungen wie bei den Erwerbstätigen nach Wirtschaftssektoren gibt es auch in der Arbeitslosenstatistik. Nur Rumänien und der EU-Schnitt erreichten konstant niedrige Werte zwischen 5% und 10%, die übrigen Untersuchungsländer kamen in vielen Jahren auf eine Arbeitslosenquote von über 15%. Bulgarien und Polen gelang es bis zum Jahr

2016 ihre Arbeitslosenwerte auf unter 10% zu reduzieren, Serbien lag mit 16% noch auf einem sehr hohen Niveau.

Eine weitere Statistik in der Serbien stets hohe Werte aufweist, ist jene der Staatsverschuldung. Speziell im Jahr 2000 reißen sie mit über 200% nach oben aus, können diese jedoch in den kommenden Jahren stark senken, wenngleich sie im Vergleich zu Bulgarien, Polen, Rumänien und dem EU-Schnitt phasenweise noch etwas erhöhte Werte aufweisen. Bulgarien und Rumänien konnten zu allen Untersuchungszeitpunkten die niedrigsten Staatsschulden vorweisen.

Speziell Bulgarien und Serbien erreichen beim Budgetsaldo stets niedrige Werte. Den negativsten Budgetsaldo weist in den meisten Jahren Polen auf. Auch Rumänien reißt zweimal nach unten aus. Im Jahr 2010 hatten die Untersuchungsländer den mit Abstand negativsten Budgetsaldo im gesamten Untersuchungszeitraum.

Zu großen Unterschieden zwischen den untersuchten Ländern kommt es bei den ausländischen Direktinvestitionen, die zum Beispiel im Jahr 2000 eine Schwankungsbreite von 1% (Serbien) bis 10% (EU-Schnitt) haben. Der gemeinsame Trend bzw. die Entwicklung der ADIs ist klar erkennbar. Während ausländische Direktinvestitionen zu Beginn der 1990er Jahre nur eine äußerst untergeordnete Rolle spielten (überall deutlich unter 5% des BIPs), stiegen diese bis zum Beginn der Finanzkrise im Jahr 2008 kontinuierlich an. In diesem Jahr erreichte beispielsweise Bulgarien ADIs von 31% des BIP, oder der EU-Schnitt 27%. In den Jahren danach, kam es, mit Ausnahme von kleinen Aufschwüngen, zu deutlichen Rückgängen. Im Jahr 2016 überschritten die ausländischen Direktinvestitionen in keinem der Untersuchungsländer die 5% - Marke.

Abschließend wird noch die Entwicklung von Bulgarien und Rumänien vor und nach ihrem EU-Beitritt im Jahr 2007, im Vergleich zu den anderen Untersuchungsländern, betrachtet. Begonnen wird zunächst mit einem Vergleich zu Polen, einem Land des ehemaligen Ostblocks, welches sich der Europäischen Union bereits im Jahr 2004 angeschlossen hatte. Polen liegt in etlichen Bereichen deutlich vor Rumänien und Bulgarien. Speziell in Hinsicht auf BIP, BIP pro Kopf, Kaufkraftparität, Human Development Index und Kindersterblichkeit besteht ein beträchtlicher Vorsprung. Diesen Vorsprung verdankt Polen vor allem den erfolgreichen 90er Jahren, wo große Fortschritte gemacht werden konnten und Bulgarien und Rumänien vergleichsweise stagnierten. In den Jahren ab 2000 entwickelten sich die drei Länder nahezu

identisch, sodass sich an der Vormachtstellung Polens kaum etwas veränderte. Der EU-Beitritt Polens 2004, sowie die Beitritte Bulgariens und Rumäniens im Jahr 2007, nahmen darauf ebenfalls keinen Einfluss.

Sehr wohl kam es zu Änderungen im Vergleich zu Serbien. Entwickelten sich BIP, BIP pro Kopf und Human Development Index Bulgariens, Rumäniens und Serbiens bis Anfang der 2000er Jahre ziemlich ident, so konnten sich Bulgarien und Rumänien ab dem Jahr 2004 absetzen. Einzig in der Statistik der Kindersterblichkeit konnte Serbien immer niedrigere Werte als die beiden Vergleichsländer erreichen.

Gänzlich unterschiedlich zeigen sich die Erwerbstätigen nach Wirtschaftssektoren. Bulgarien weist durchwegs einen niedrigen Anteil Beschäftigter in der Landwirtschaft auf, nur der EU-Schnitt liegt noch niedriger. Demgegenüber hat Rumänien den mit Abstand höchsten Anteil Erwerbstätiger im primären Sektor, Polen und Serbien liegen genau dazwischen.

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Arbeitslosenstatistik. Bulgarien, Polen und Serbien kämpften lange Zeit mit sehr hohen Arbeitslosenquote. Erst zu Beginn des neuen Jahrtausends, also in den Jahren vor den EU-Beitritten Bulgariens im Jahr 2007 und Polens im Jahr 2004 sanken die Zahlen und pendelten sich, mit Ausnahme von einigen kleinen Ausreißern Bulgariens unter der 10% - Marke ein. Demgegenüber kämpft Serbien immer noch mit Arbeitslosenquoten jenseits der 15%. Rumänien und der EU-Schnitt weisen konstant gute Werte unter 10% auf, der EU-Beitritt Rumäniens 2007 schien dies nicht wesentlich beeinflusst zu haben.

Die ausländischen Direktinvestitionen stiegen in allen Untersuchungsländern ab dem Ende der 1990er Jahre signifikant an, besonders stark in Bulgarien und im EU-Schnitt. Ab dem Jahr 2007 gingen sie wieder stark zurück. Da im EU-Schnitt eine fast idente Entwicklung wie in Bulgarien zu beobachten war, kann man zwar davon ausgehen, dass Bulgarien in Hinblick auf den EU-Beitritt 2007 für ausländische Direktinvestitionen interessanter wurde, aber ebenso ein genereller Aufwärtstrend herrschte, der mit dem Beginn der Finanzkrise abrupt endete.

Zu guter Letzt noch zwei Indikatoren, die bei Bulgarien und Rumänien vergleichsweise immer recht niedrig waren: Staatsverschuldung und Budgetsaldo. Besonders in den Jahren vor dem EU-Beitritt waren diese besonders niedrig, Bulgarien erreichte im Jahr 2005 sogar einen positiven Budgetsaldo, jener Rumäniens war nur leicht negativ. Die Staatsverschuldung lag in

diesem Zeitraum bei unter 30% des BIPs und somit deutlich unter dem EU-Schnitt, oder den Werten von Polen und Serbien.

Hiess & Römisch (vgl. 2016, S. 32) kommen in ihrem Artikel zu dem Schluss, dass Österreichs Nachbarländer im Donaauraum grob in drei Gruppen eingeteilt werden können:

1. Am weitesten entwickelte Länder: Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien und Polen
2. Länder mittlerer Entwicklung: Bulgarien, Rumänien und Kroatien
3. Weniger entwickelte Länder: Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Serbien und Ukraine

Nimmt man die Studie von Hiess & Römisch, sowie die im fünften Kapitel besprochenen Indikatoren als Grundlage, so kann die zu Beginn formulierte Forschungsfrage, ob die Beitrittsländer der Osterweiterung von 2004 in ihrer Entwicklung bereits fortgeschrittener sind als Rumänien und Bulgarien, mit einem klaren Ja beantwortet werden. Demgegenüber sind Bulgarien und Rumänien sowie das etwas später beigetretene Kroatien den nicht EU-Ländern (z.B. Serbien) ebenso deutlich voraus.

6 Perspektiven und die Frage des Nutzens des Binnenmarkts für Zentrum vs. Peripherie

In diesem Kapitel soll die Frage diskutiert werden, ob der europäische Binnenmarkt eher den Zentren oder der Peripherie hilft, also ob in erster Linie die zentralen und wirtschaftlich gut gestellten Länder der EU profitieren, oder ob die Peripherie ihren Rückstand verringern kann. Ebenso die innerstaatlichen Disparitäten Rumäniens und Bulgariens sollen betrachtet werden: Wurden sie durch den Beitritt zur Europäischen Union verringert oder verstärkt?

6.1 Der Europäische Binnenmarkt

Haucap und Coenen (vgl. 2010, S. 1) beleuchten in ihrem Artikel den europäischen Binnenmarkt aus wettbewerbsökonomischer Sicht. Die Beiden argumentieren, dass neben dem freien Personenverkehr, dem freien Dienstleistungsverkehr und dem freien Kapitalverkehr ursprünglich der Warenverkehrsfreiheit die bedeutendste Rolle zukam, an welcher nun die Vorteile des europäischen Binnenmarktes hergeleitet werden sollen.

Bereits Ricardos Theorie der komparativen Vorteile demonstrierte die Vorteilhaftigkeit des Freihandels, wonach alle Volkswirtschaften von einem Abbau von Handelshemmnissen und einer Integration der Märkte profitieren sollten. Durch die stärkere Spezialisierung könnte sich beispielsweise Portugal auf die Weinproduktion konzentrieren und Großbritannien die Tuchherstellung forcieren. Durch das Ausnutzen der komparativen Vorteile entsteht im internationalen Handel ein Wohlfahrtsgewinn, den sich die beiden Volkswirtschaften aufteilen. (vgl. Haucap & Coenen, 2010, S. 1)

Besonders in den letzten 30 Jahren erlangte der intra-industrielle Handel eine immer größere Bedeutung, der im Vergleich zum inter-industriellen Handel nicht ausschließlich auf dem Gütertausch unterschiedlicher Produktgruppen basiert, sondern auch gleichartige Güter und Dienstleistungen untereinander gehandelt werden. Durch diesen Prozess könnten Economies of Scale – also Größenvorteile – besser ausgenutzt werden und es würde ein Markt mit differenzierteren Produkten und größerer Produktvielfalt entstehen. So kommt es beispielsweise durch den Transport deutscher Autos nach Frankreich und umgekehrt in der Regel zu Wohlfahrtsgewinnen für die beteiligten Staaten. Die steigende Marktintegration führt typischerweise zu einer Dekonstruktion von Marktstrukturen, wodurch die Wettbewerbsintensität zunimmt und die Preise sinken. Ebenso senkt ein Abbau von

Handelshemmnissen auch die Markteintrittsbarrieren, was ebenfalls zu sinkenden Preisen führen kann und die Verbraucher profitieren lässt. (vgl. Haucap & Coenen, 2010, S. 1)

Haucap und Coenen (vgl. 2010, S. 3) halten abschließend fest, dass das europäische Binnenmarktsystem zu großen Wohlstandsgewinnen geführt und auch erhebliche Wachstumsimpulse ausgelöst haben dürfte. Im Folgenden soll nun anhand der Kaufkraftparität, die zu Beginn des Kapitels gestellte Frage, ob der europäische Binnenmarkt eher den Zentren oder der Peripherie hilft, untersucht werden. Zu diesem Zweck wurden die EU-28-Länder in zwei Gruppen aufgeteilt, wobei die ursprünglichen EU-15-Länder das Zentrum bilden und alle Länder, die seit dem Jahr 2004 beigetreten sind, zur Peripherie gezählt werden:

Tabelle 1: Einteilung der EU-28-Länder in Zentrum und Peripherie

Zentrum	Peripherie
Österreich	Bulgarien
Belgien	Estland
Dänemark	Kroatien
Deutschland	Lettland
Finnland	Litauen
Frankreich	Malta
Griechenland	Polen
Irland	Rumänien
Italien	Slowakei
Luxemburg	Slowenien
Niederlande	Tschechien
Portugal	Ungarn
Schweden	Zypern
Spanien	
Vereinigtes Königreich	

Ab dem Jahr 1995 liegen für alle Länder geschlossene Daten vor, weshalb dieses Jahr auch für den Start der Untersuchung ausgewählt wurde.

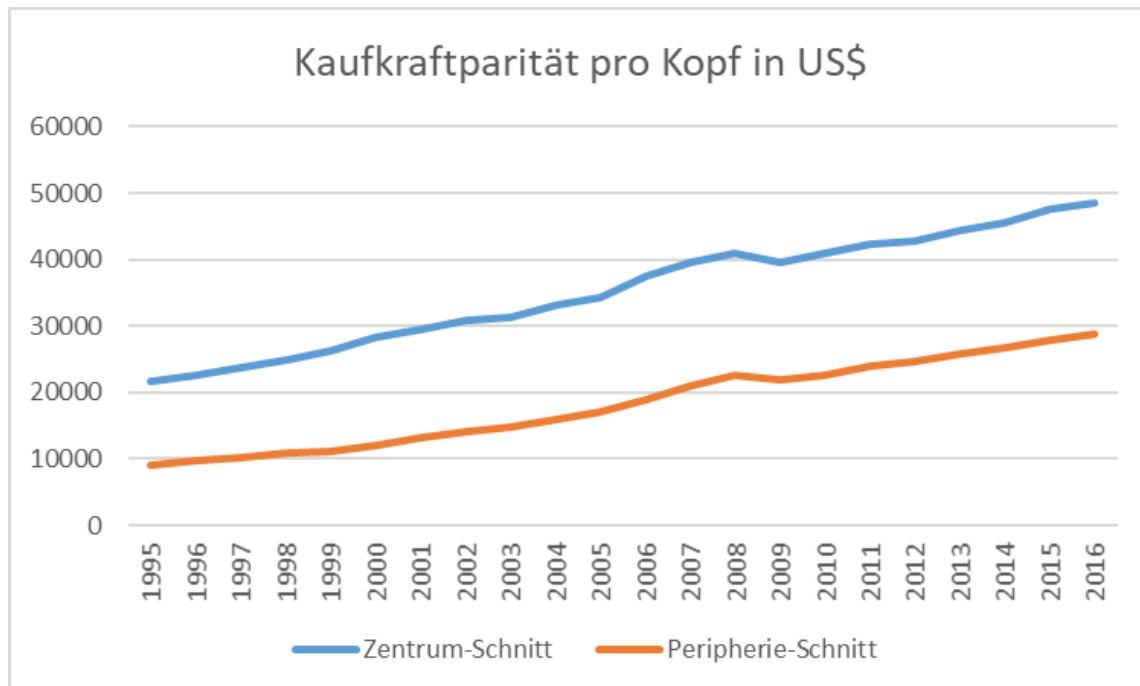


Abbildung 28: Kaufkraftparität pro Kopf in US\$; (vgl. Weltbank, 2017)

Auf den ersten Blick können hier keine signifikanten Veränderungen erkannt werden, der Abstand zwischen Zentrum und Peripherie bleibt durchgehend in etwa gleich. Betrachtet man jedoch zusätzlich die prozentuellen Veränderungen des Peripherie-Schnitts am Zentrums-Schnitt (Zentrum-Schnitt = 100%), so zeigt sich ein kontinuierlicher Aufholprozess seitens der Peripherie. (vgl. Abbildung 29)

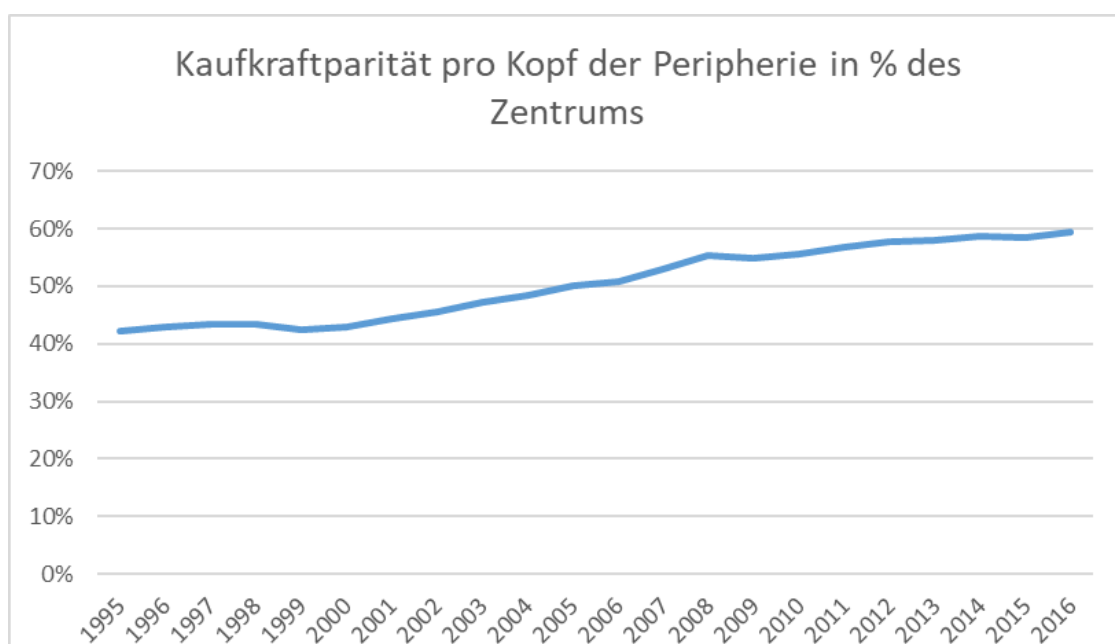


Abbildung 29: Kaufkraftparität pro Kopf der Peripherie in % des Zentrums; (vgl. Weltbank, 2017)

Nichtsdestotrotz erlebte die Peripherie auch nicht zu unterschätzende Nachteile, die durch den Binnenmarkt entstanden sind. Vodicka (vgl. 2013, S. 304 f.) berichtet von massiver Arbeitsemigration, von der unter anderem Bulgarien betroffen ist. Wie im gesamten post-kommunistischen Raum verlassen meist junge, gut qualifizierte Arbeitskräfte – Ärzte, Ingenieure oder Facharbeiter – das Land in Richtung Westen, weil sie dort das Zehnfache verdienen können und weitaus bessere Perspektiven erwarten. Die von Abwanderung betroffenen Länder trifft dieser Vorgang jedoch doppelt: Schulbesuch, Studium oder auch die Berufsausbildung wurden von landeseigenen Steuergeldern bezahlt, aber die Arbeitskraft dieser gut ausgebildeten Menschen kommt später anderen – meist westlichen EU-Ländern – zugute.

Dieser Vorgang der systematischen Abwanderung gut qualifizierter und motivierter Arbeitskräfte schwächt die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit enorm. Auch in den Zielländern haben es die Zuwanderer nicht immer einfach. Sie benötigen länger, um sich auf dem Arbeitsmarkt zu etablieren und müssen auch häufig Tätigkeiten in Kauf nehmen, die ihrer Qualifikation nicht entsprechen. (vgl. Faßmann, 2015, S. 11) Die Überweisungen der Migranten in die Heimat gleichen zwar das bulgarische Handelsdefizit aus und bieten den Familienangehörigen in der Heimat eine wichtige Einkommensquelle, die auch den Konsum ankurbelt, jedoch fehlt das gut ausgebildete Personal im Land selbst, wodurch es auch für ausländische Unternehmen weniger interessant scheint, sich hier anzusiedeln. Durch das Nichtansiedeln neuer Unternehmen entstehen keine neuen Arbeitsplätze, die die Abwanderung erst recht wieder verstärken – es entsteht ein Teufelskreislauf. (vgl. Vodicka, 2013, S. 304 f.; vgl. Sardadvar, 2016, S. 283 f.)

Die Abbildungen 30 und 33 zeigen, dass nahezu ganz Rumänien und Bulgarien – mit Ausnahme der größten urbanen Regionen – von Abwanderung betroffen sind. Ebenso die Zielländer können ausgezeichnet erkannt werden und in den wirtschaftlich erfolgreichen Staaten Westeuropas festgemacht werden. In aktuellen Prognosen wird für die Europäische Union im Zeitraum von 2011 bis 2030 bzw. 2050 ein Bevölkerungswachstum von +2% bzw. +3,4% erwartet. Für die Mittelost- bzw. südosteuropäischen Ländern geht man im Zeitraum von 2011 bis 2030 von -2% bis -3% aus, die mit Abstand stärksten Rückgänge werden in Bulgarien (-12%) gefolgt von Rumänien (-5,9%) erwartet. (vgl. Hiess & Römisch, S. 11)

Wanderungssaldo 2006 (NUTS 3 Ebene)

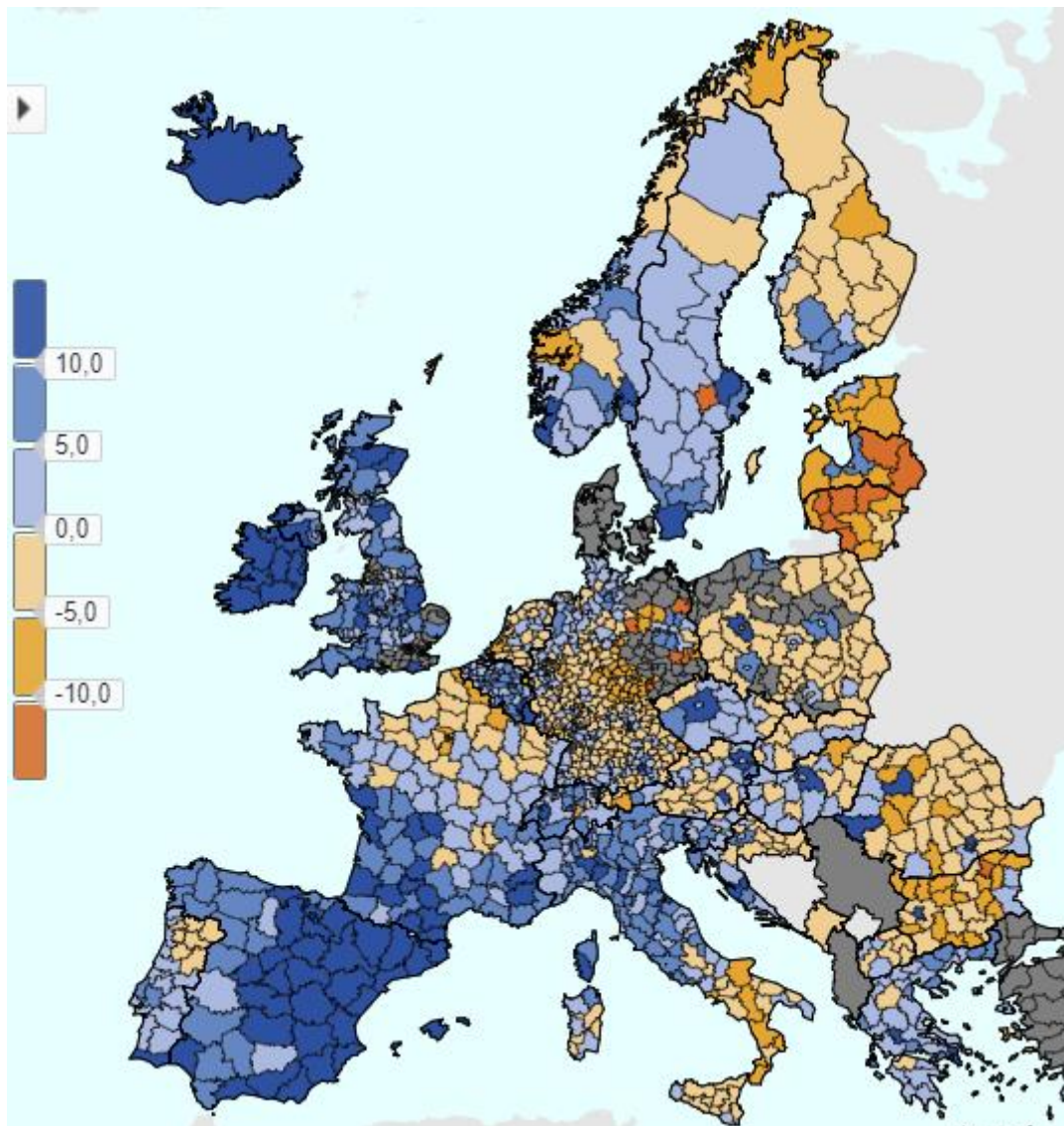


Abbildung 30: Wanderungssaldo 2006 (NUTS 3 Ebene); (Eurostat, 2017)

Der Wanderungssaldo (Zuwanderung und Abwanderung wird miteinander in Beziehung gesetzt) im Jahr 2006 zeigt vor allem große Zuzüge in weiten Teilen Spaniens, Norditaliens sowie dem Süden Frankreichs. Hanganu et al. (vgl. 2014, S. 6 ff.) zeigten in ihrem Forschungsbericht auf, dass bis zum Jahr 2010 Spanien und Italien auch als Hauptzielländer für bulgarische und rumänische Zuwanderer galten. Geringqualifizierte Arbeitskräfte in der Landwirtschaft und dem Bausektor waren auf dem Arbeitsmarkt gefragt. Mit dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise (vgl. Abbildung 31) brach die Nachfrage nach Arbeitskräften jedoch abrupt ab, weshalb ein deutlicher Rückgang der Nettozuwanderung – auch bulgarischer und rumänischer Staatsbürger – nach Spanien und Italien folgte.

Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien nach Spanien und Italien

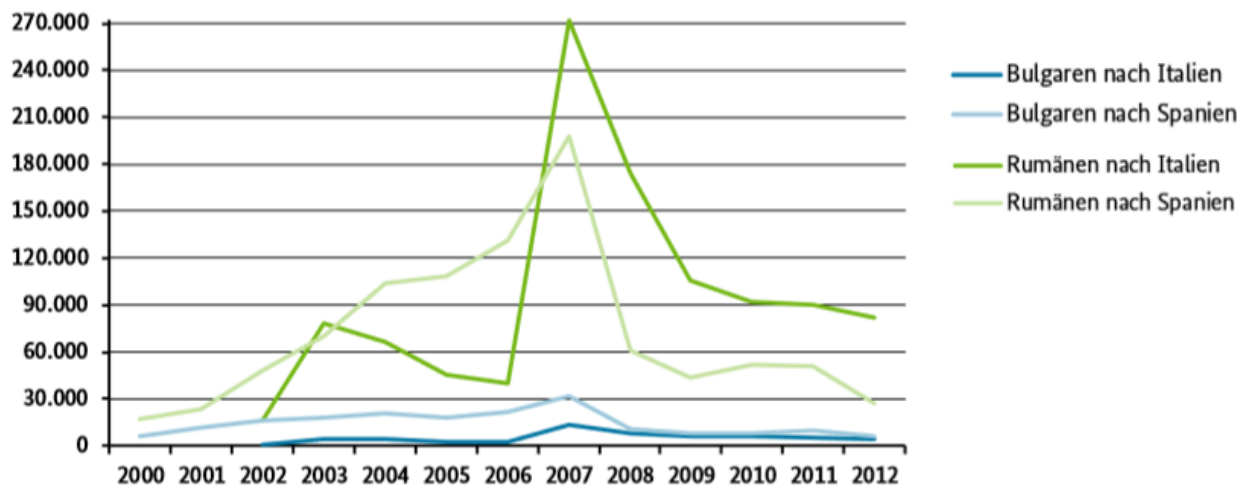


Abbildung 31: Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien nach Italien und Spanien (Hanganu et al., 2014, S. 76)

Analysen zur Folge dürfte es zu einer Umlenkung der Migrationsströme gekommen sein, wobei Deutschland zum wichtigsten Zielland der Rumänen und Bulgaren geworden ist. Diesen Trend kann man besonders gut in Abbildung 33 erkennen, wo der Wanderungssaldo aus dem Jahr 2015 zeigt, dass weite Teile Spaniens und auch einzelne Regionen Italiens von Abwanderung betroffen sind, während in Deutschland enorme Zuwanderung verzeichnet werden kann.

Die eben besprochenen Hauptzielländer Spanien, Italien und Deutschland hatten lange Zeit unterschiedliche nationale Regelungen für den Zuzug bulgarischer und rumänischer Staatsbürger. In Deutschland galten die Beschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit – mit einigen Ausnahmen (Hochqualifizierte, Ausbildung, Saisonarbeit) – bis Ende des Jahres 2013. Staatsbürger der Länder der Osterweiterung von 2004 erhielten diese Erlaubnis bereits im Mai 2011, in anderen Europäischen Staaten (Vereinigtes Königreich und Schweden) sofort im Jahr 2004. (vgl. Hanganu et al., 2014, S. 18 ff.)

Monatliche Zuzüge nach Deutschland

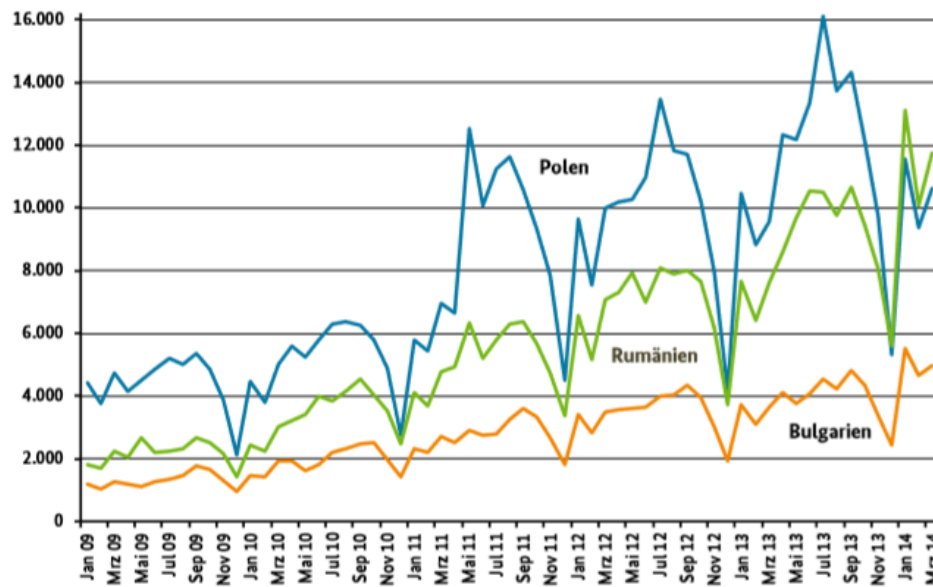


Abbildung 32: Monatliche Zuzüge nach Deutschland aus Polen, Rumänien und Bulgarien von Jänner 2009 bis März 2014 (Hanganu et al., 2014, S. 41)

Sowohl in Polen (Ende der Beschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit im Mai 2011), als auch in Bulgarien und Rumänien (Ende der Beschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit Ende 2013) ist eine konstant steigende Migration nach Deutschland erkennbar, die sich mit dem Ablauf der jeweiligen Beschränkungen noch einmal deutlich verstärkte. (vgl. Hanganu et al., 2014, S. 41)

Wanderungssaldo 2015 (NUTS 3 Ebene)

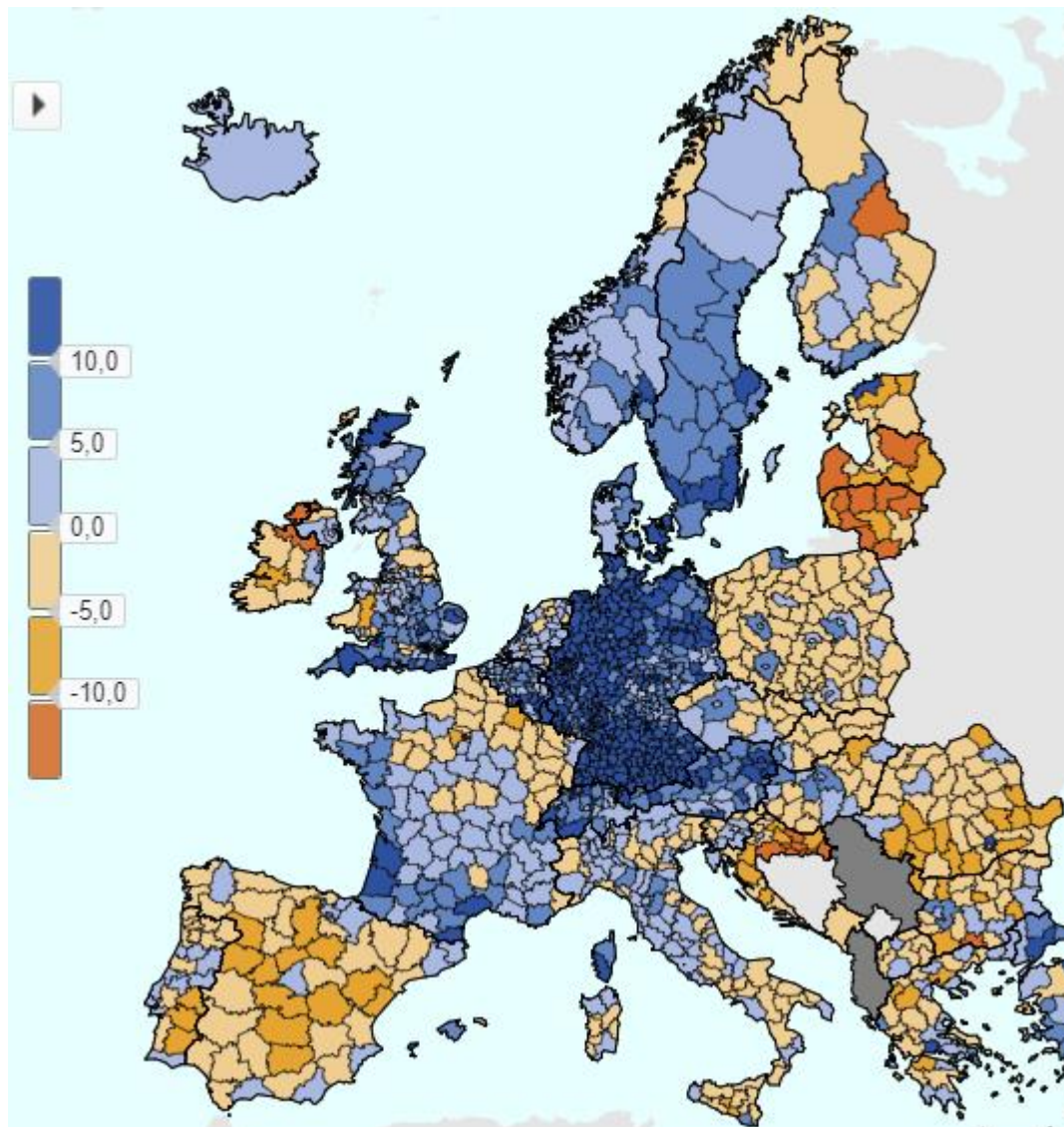


Abbildung 33: Wanderungssaldo 2015 (NUTS 3 Ebene); (Eurostat, 2017)

6.2 Innerstaatliche Disparitäten in Rumänien und Bulgarien

Um innerstaatliche Disparitäten einzelner Länder zu analysieren, eignet sich die NUTS-Klassifikation. Die aktuelle NUTS-2013-Klassifikation ist seit 1. Jänner 2015 gültig. Sie umfasst in der Europäischen Union 98 Regionen auf NUTS-1-Ebene, 276 Regionen auf NUTS-2-Ebene sowie 1342 Regionen auf NUTS-3-Ebene. (vgl. Eurostat, 2017)

Als NUTS-Klassifikation (Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik) versteht man ein hierarchisches System (siehe Abbildung 34) zur Untergliederung des EU-Wirtschaftsraums für folgenden Zwecke:

- Erfassung, Entwicklung und Harmonisierung regionalstatistischer Daten der EU
- Erstellung sozioökonomischer Analysen der Regionen:
 - NUTS 1: sozioökonomische Großregionen
 - NUTS 2: Basisregionen für regionalpolitische Maßnahmen
 - NUTS 3: kleine Regionen für spezifische Diagnosen
- Gestaltung der EU-Regionalpolitik:
 - Regionen, die im Rahmen der Kohäsionspolitik förderungswürdig sind, werden auf der Grundlage der NUTS-2-Ebene bestimmt.
 - Für den Kohäsionsbericht wurde bislang hauptsächlich die NUTS-2-Ebene herangezogen.

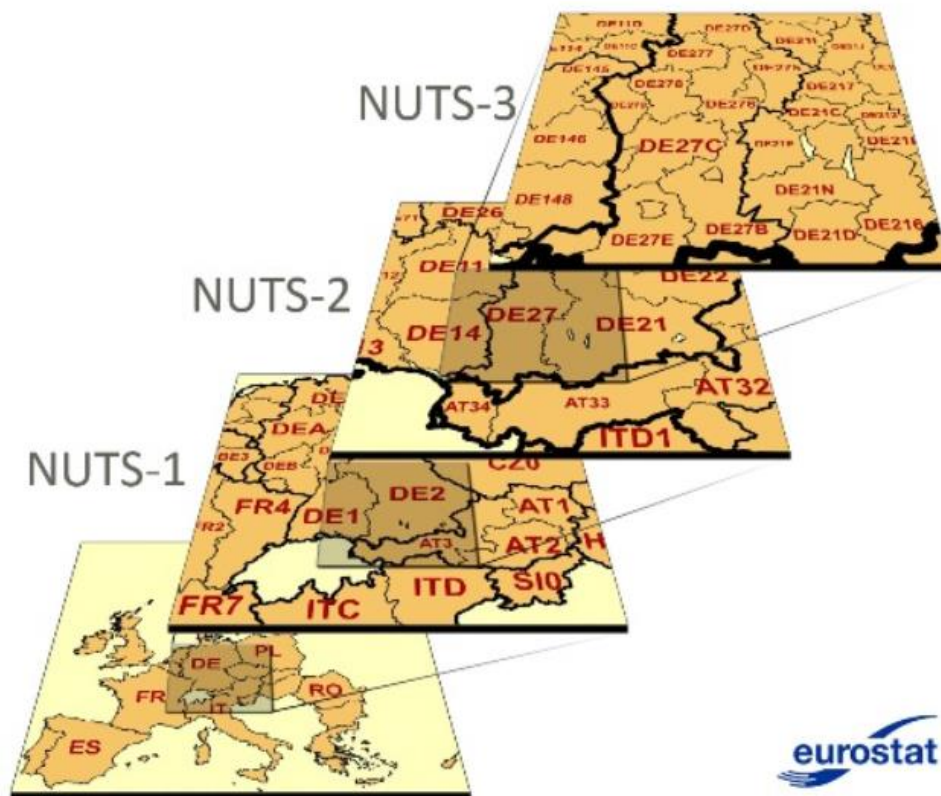


Abbildung 34: Einteilung in NUTS Regionen (Eurostat, 2017)

Laut Eurostat – Definition eignen sich für spezifische Analysen Daten auf NUTS-3-Ebene. Um nun der Frage nachgehen zu können, ob die innerstaatlichen Disparitäten der Untersuchungsländer seit dem EU-Beitritt im Jahr 2007 verringert oder vergrößert wurden, wurde zunächst das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in € zu laufenden Marktpreisen aus dem Jahr 2006 dargestellt (vgl. Abbildung 35).

Thiemo Eser (vgl. 1998, S. 14) berichtete in seiner Arbeit über regionale Disparitäten in den mittel- und osteuropäischen Ländern, dass die Hauptstadtregionen den nationalen Durchschnitt des BIP pro Einwohner in Kaufkraftparitäten in der Regel weit übertreffen. Während dieser Wert im Jahr 1993 in Bukarest mit 25% nur marginal über dem nationalen Durchschnitt lag, erreichte er in Sofia 150%. Umgekehrt ist laut Eser die Abweichung des nationalen Durchschnitts nach unten relativ gering. Als einen der wenigen negativen Ausreißer nach unten identifiziert er die Region Montana in Bulgarien, die auch noch im Jahr 2006 deutlich unter dem nationalen Durchschnitt lag (vgl. Abbildung 35). Generell überschritten über die Hälfte der Regionen in Bulgarien Abweichungen nach unten von über

35%, wobei natürlich berücksichtigt werden muss, dass die Landeshauptstadt, die 150% über dem Durchschnitt liegt, diesen Wert stark nach oben zieht. (vgl. Eser, 1998, S. 14)

Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in € zu laufenden Marktpreisen 2006 (NUTS 3 Ebene)

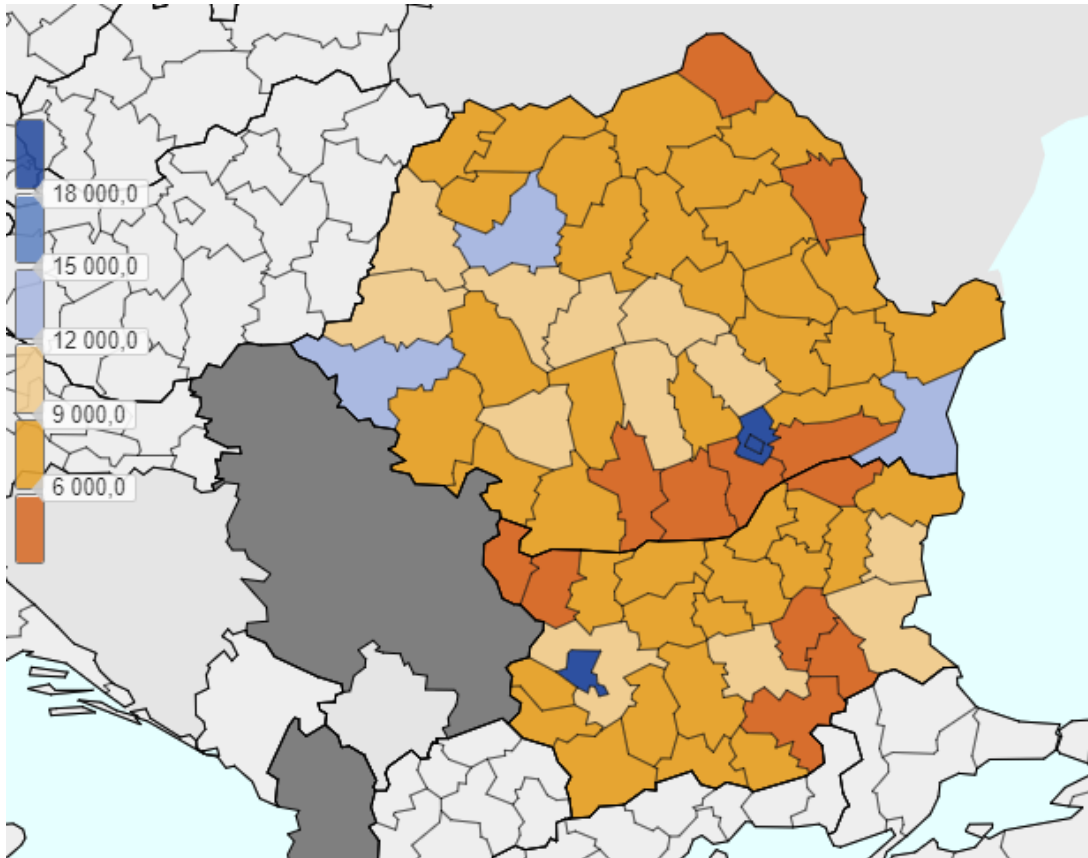


Abbildung 35: Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in € zu laufenden Marktpreisen 2006 (NUTS 3 Ebene); (Eurostat, 2017)

Auch im Jahr 2006 erreichen die beiden Hauptstädte Sofia (19.800€) und Bukarest (22.500€), die deutlich höchsten Werte. Ebenso der Kreis Ilfov, der Bukarest umringt, erreicht mit 18.400€ ein Vielfaches jener Werte der übrigen NUTS-3-Regionen. Weitere gut entwickelte Regionen können in Constanta, Cluj und Timis – allesamt in Rumänien – identifiziert werden.

Als rückständige Regionen können in Rumänien die ländlichen Kreise südlich von Bukarest – also die südliche Walachei – ausgemacht werden, die im Jahr 2006 ein Bruttoinlandsprodukt pro Kopf von weniger als 6.000€ erreichen. Auch in weiten Teilen der Moldau, der Bukowina, sowie der Maramuresch kann man ähnlich niedrige Einkommen feststellen.

In Bulgarien heben sich die Hauptstadtregion Sofia, die Region Stara Zagora, sowie die am Schwarzen Meer liegenden Regionen Varna und Burgas positiv hervor. Der Rest des Landes weist mit einem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf zwischen 5.400€ und 9.000€ recht homogene Werte auf.

Bruttoinlandsprodukt pro Kopf zu laufenden Marktpreisen 2014 (NUTS 3 Ebene)

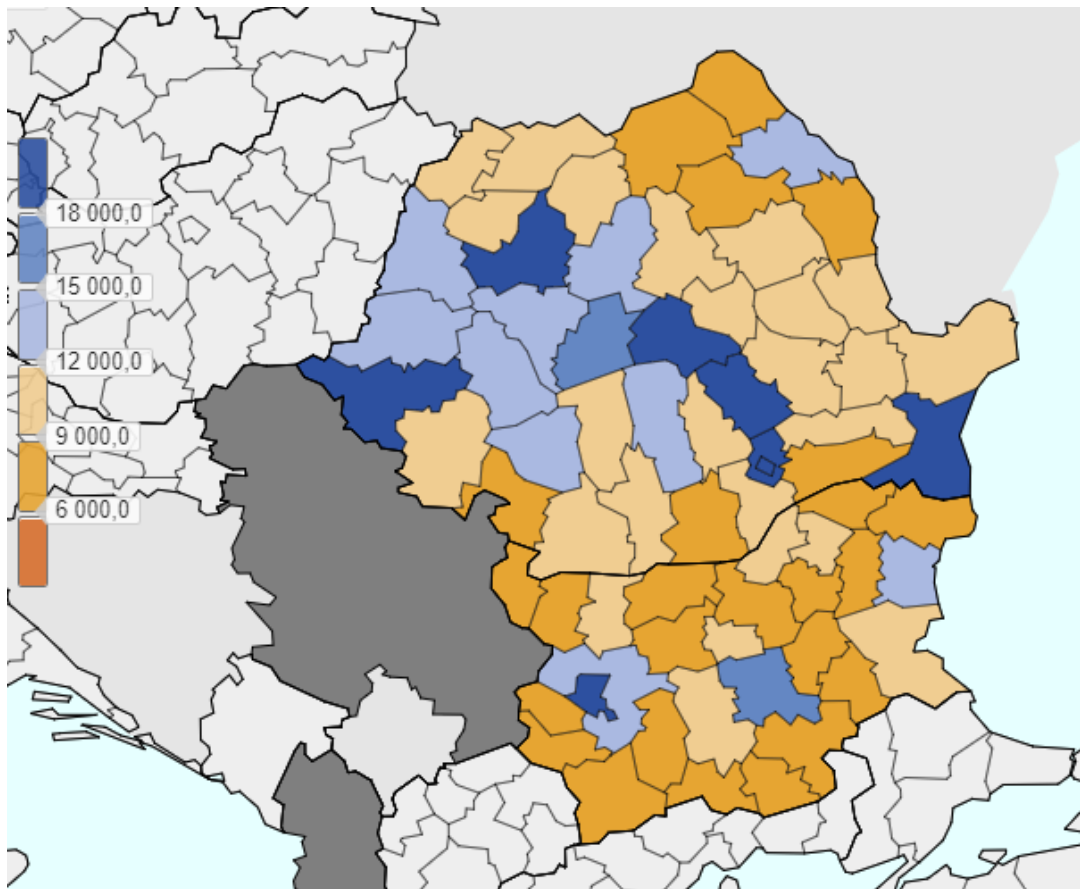


Abbildung 36: Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in € zu laufenden Marktpreisen 2014 (NUTS 3 Ebene); (Eurostat, 2017)

An der klaren Vormachtstellung der Hauptstädte hat sich auch bis zum Jahr 2014 (vgl. Abbildung 36) nichts verändert. Besonders Bukarest erreichte mit einem Bruttoinlandsprodukt von 39.600€ pro Kopf einen Wert, der sogar mit dem europäischen Spitzenfeld mithalten kann. Ebenso Sofia steigerte sein Bruttoinlandsprodukt pro Kopf deutlich auf 27.400€. Wie bereits im Jahr 2006 sind auch die Regionen Stara Zagora und Varna im bulgarischen Spitzenfeld zu finden und der Rest des Landes weist eine ähnliche Homogenität auf wie acht Jahre zuvor, die Werte streuen zwischen 6.500€ und 10.800€.

Ähnlich wie in Bulgarien, änderte sich auch bei den besser entwickelten Regionen in Rumänien recht wenig. Ilfov, Cluj, Timis und Constanta, erreichen mit einem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf zu laufenden Marktpreisen von rund 20.000€ zwar nur die Hälfte des Wertes von Bukarest, aber immer noch deutlich mehr als der rumänische Durchschnitt. Dazu schließen die nördlich von Bukarest gelegenen Regionen Brahova und Brasov auf, die ebenfalls Werte um 20.000€ vorweisen. Die südliche Walachei, Teile der Moldau sowie die Bukowina und die

Maramuresch konnten ihre Werte seit 2006 zwar steigern, liegen aber immer noch deutlich unter dem nationalen Durchschnitt.

Mit Fokus auf die innerstaatlichen Disparitäten des Landes Rumänien, kann nun festgestellt werden, dass Bukarest seine Vormachtstellung innerhalb Rumäniens in den letzten Jahren enorm ausgebaut hat. Während Eser (vgl. 1998, S. 14) davon berichtet, dass Bukarest im Jahr 1993 nur 25% über dem nationalen Durchschnitt lag, steigerte sich dieser Wert auf 130% im Jahr 2006, sowie auf 160% im Jahr 2014. Demgegenüber erreichten die ärmsten Regionen im Jahr 2006 nur knapp 50% des nationalen Durchschnitts, der bis ins Jahr 2014 unverändert blieb. Eser's Erkenntnis aus dem Jahr 1998, dass die Abweichung vom nationalen Durchschnitt nach unten relativ gering ist, änderte sich bis zum Jahr 2006 also gravierend. (vgl. Eurostat, 2017)

Gänzlich andere Voraussetzungen hatte in diesem Punkt Bulgarien, dessen Hauptstadt Sofia 1993 ein Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in € zu laufenden Marktpreisen von 150% über dem nationalen Durchschnitt aufwies. Dieser Wert reduzierte sich bis zum Jahr 2006 auf 110%, eher er bis zum Jahr 2014 wieder leicht auf 114% anstieg. Auch die ärmsten Regionen konnten sich bis zum Jahr 2006 dem nationalen Durchschnitt etwas anpassen und lagen nicht mehr – wie Montana im Jahr 1993 – 50% darunter, sondern nur noch 40%. Dieser Wert stieg allerdings bis zum Jahr 2014 wieder auf 49% an.

Es kann also festgehalten werden, dass sich die innerstaatlichen Disparitäten in Bulgarien in den letzten 20 Jahren nur recht gering verschoben haben. Einzig die Hauptstadt Sofia hat vom enormen Vorsprung etwas eingebüßt. Demgegenüber veränderte sich in Rumänien in diesem Zeitraum sehr viel. Speziell Bukarest setzte sich binnen kurzer Zeit enorm vom nationalen Durchschnitt ab, alleine im Zeitraum zwischen 2006 und 2014 konnte das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in € zu laufenden Marktpreisen nahezu verdoppelt werden. Aufgrund dieser herausragenden Stellung der Landeshauptstadt liegen nun etliche Regionen viel weiter unter dem nationalen Durchschnitt, als dies noch 1993 der Fall war. Die regionalen Disparitäten in Rumänien wurden in den letzten Jahren also deutlich verstärkt.

7 Zusammenfassung und Ausblick

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es in Bulgarien und Rumänien über den gesamten Untersuchungszeitraum gesehen sehr viele parallele Entwicklungen, wenn auch mit durchaus unterschiedlichen Ausgangslagen, gibt, und nahezu in allen Bereichen Auf- und Abwärtsbewegungen, Rückschläge, aber auch große Fortschritte erkennbar sind.

In den 1990er Jahren taten sich beide Länder sehr schwer, den Transformationsschock zu überwinden. Das Ausmaß der Folgen kann besonders an den analysierten Indikatoren in Kapitel 4 deutlich gemacht werden, so dauerte es in Rumänien beispielsweise bis zum Jahr 2001 und in Bulgarien sogar bis zum Jahr 2003, ehe man wieder das BIP pro Kopf aus dem Jahr 1989 erreichen konnte. Man benötigte also über ein Jahrzehnt, um die bestehenden Probleme in den Griff zu bekommen und der massiven Schrumpfung der Wirtschaftsleistung ein Ende zu setzen.

Bulgarien und Rumänien erlebten ihre wirtschaftlich stärksten Jahre im Zeitraum von 2000 bis 2008, also zum größten Teil in den Jahren vor dem Beitritt zur EU. In dieser Zeit konnten beide Untersuchungsländer einen jährlichen BIP Wachstumsdurchschnitt von über 6% erzielen, Werte, die in den kommenden Jahren unerreicht blieben. Das Bruttoinlandsprodukt 2008 in Rumänien betrug 208 Mrd. US\$. Dieser Wert konnte bis zum Ende des Untersuchungszeitraums im Jahr 2016 nicht mehr erreicht werden. Auch das BIP Bulgariens erfuhr im Jahr 2008 mit rund 55 Mrd. US\$ einen zwischenzeitlichen Höchststand, der über dem Niveau des Jahres 2016 lag.

Grund für das abrupte Ende der boomenden Jahre zu Beginn des neuen Jahrtausends war das Einsetzen der Finanzkrise, von der beide Länder besonders hart getroffen wurden. Es folgte eine jahrelang andauernde Stagnation des Bruttoinlandsprodukts und des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf.

Positiv hervorzuheben ist hier die Entwicklung der Kaufkraftparität, die nur einen kleinen Rückschlag erkennen lässt, sich aber ab 2009 wieder konstant positiv entwickelte. Im Zeitraum zwischen 1990 und 2016 kam es zu einer Vervielfachung. Doch auch andere Indikatoren, wie der Human Development Index oder die Kindersterblichkeit unter 5 Jahren pro 1000 Lebendgeborene zeigten über den gesamten Untersuchungszeitraum positive Entwicklungen.

Ebenso Budgetsaldo, Staatsverschuldung und Ausländische Direktinvestitionen liegen im guten EU-Durchschnitt.

Nichtsdestotrotz konnten auch Bereiche ausgemacht werden, wo beide Länder noch viel Aufholpotenzial haben. Betrachtet man die Erwerbstätigen nach Wirtschaftssektoren, so weist Rumänien einen extrem hohen Anteil an Beschäftigten im Landwirtschaftssektor (über 25%) auf. Der Strukturwandel von der Landwirtschaft in den industriellen Sektor und weiter zum Dienstleistungssektor ist also noch lange nicht abgeschlossen, auch wenn eine einsetzende Tertiärisierung erkennbar ist. In Bulgarien liegt der Wert mit knapp 7% zwar deutlich unter jenem von Rumänien, ist aber immer noch signifikant über dem EU-Durchschnitt.

Ähnliche Disparitäten zwischen den beiden Ländern können hinsichtlich der Arbeitslosigkeit ausgemacht werden, wo Rumänien durchgehend niedrige Werte von unter 10% aufweisen kann und Bulgarien starken Schwankungen ausgesetzt ist. Teilweise überstieg die Arbeitslosenquote sogar die 20%-Marke. Bei beiden Ländern ist jedoch festzuhalten, dass seitens der Landbevölkerung verdecktes Arbeitslosenpotenzial miteinkalkuliert werden muss. Generell ist die Arbeitslosenproblematik in ländlichen Gebieten wesentlich stärker ausgeprägt, die größten Städte der beiden Länder weisen nur relativ niedrige Zahlen auf, die durchaus mit dem EU-Schnitt mithalten können.

Jedoch sind die Unterschiede zwischen Zentrum und Peripherie nicht nur hinsichtlich Arbeitslosigkeit groß, auch die Einkommensunterschiede sind erheblich und können kaum ausgeglichen werden, weshalb ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung von Armut betroffen ist.

Die Vergleiche mit Polen und Serbien zeigten, wie wertvoll eine Aufnahme in die Europäische Union für Länder sein kann. Der große Vorsprung Polens auf Rumänien und Bulgarien ist jedoch nicht nur dadurch bedingt, dass sie der EU schon drei Jahre früher beitreten konnten, sondern insbesondere durch die verhältnismäßig erfolgreichen 1990er Jahre. Demgegenüber können die weitaus besseren Entwicklungen Bulgariens und Rumäniens in den letzten zwei Jahrzehnten gegenüber Serbien größtenteils auf den EU-Beitritt zurückgeführt werden.

Speziell in den letzten Jahren scheinen die ehemaligen Boom-Regionen rund um Bulgarien und Rumänien ihren tiefen Einbruch der Finanzkrise überwunden zu haben. Aktuell erzielen sie wieder hohe Wachstumsraten, die doppelt so hoch sind wie jene des restlichen Europas. Vor

allem Rumänien ist im absoluten EU-Spitzenfeld zu finden. Für 2017 wird ein Wirtschaftswachstum von über 5% erwartet. Der positive Trend der letzten Jahre kann also fortgeführt werden und auch für die kommenden Jahre wird ein – wenn auch nicht ganz so hohes – Wachstum erwartet. Doch auch Bulgarien liegt mit einem prognostizierten BIP-Wachstum von 3,6% für das Jahr 2017 im guten europäischen Mittelfeld. (vgl. WKO, 2017)

Die momentane Erholung der südosteuropäischen Staaten ist unter anderem durch die seit Jahren niedrigen Leitzinsen im Euroraum bedingt. Die Staaten konnten dadurch einerseits ihre Schulden schneller abbauen und andererseits steht den Investoren billiges Geld zu Verfügung, um in die Märkte zu investieren. Bulgarien punktet insbesondere durch politische Stabilität und ausgeglichene Bilanzen. (vgl. GTAI, 2017)

Haupttreiber der Konjunktur sind in Rumänien zurzeit die Senkung der Mehrwertsteuer von 24% auf 19%, hohe Direktinvestitionen ausländischer Firmen, sowie die bessere Umsetzung von großen Infrastrukturprojekten mit EU-Mitteln. Aufgrund des steigenden Budgetdefizits und der Inflation ist jedoch die finanzielle Stabilität des Landes gefährdet, auch die rumänische Währung ist unter Druck geraten. (vgl. WKO, 2017)

Zusätzliche Unterstützung erhalten die beiden Länder im Rahmen der Struktur- und Investitionsfonds. In der Förderperiode von 2014 bis 2020 kann Rumänien 23 Milliarden Euro abrufen und für Bulgarien sind Fördermittel von insgesamt 10 Milliarden Euro bereitgestellt. Die Prioritäten sind im Partnerschaftsabkommen mit der EU verankert und zielen beispielsweise auf die Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen, die Entwicklung des Humankapitals mit Blick auf Arbeitsmarkt und Qualifikationen, eine Verbesserung der Infrastruktur, die Förderung einer nachhaltigen und effizienten Ressourcennutzung (Energieeffizienz, kohlenstoffarme Wirtschaft, Umweltschutz, Anpassung an den Klimawandel) sowie den Aufbau einer modernen und professionellen öffentlichen Verwaltung ab. (vgl. GTAI, 2017)

Bulgarien und Rumänien stehen als ärmste Mitgliedsländer der europäischen Union noch vor gewaltigen Herausforderungen. Besonders die – in dieser Arbeit schon öfter diskutierte – Korruption stellt für beide Länder großes Problem dar. Auch die besprochenen regionalen Disparitäten, der Bevölkerungsschwund und die effiziente Nutzung von EU-Geldern werden die jeweiligen Regierungen zukünftig intensiv beschäftigen. (vgl. GTAI, 2017)

8 Literaturverzeichnis

Ackerl, I. (2007). *Die Staaten der Erde*. Wiesbaden: Marix Verlag.

Andronic, C. (2017). *Bulgarien*. In: *Interkulturelle Kommunikation: Länderporträts - Kulturunterschiede - Unternehmensbeispiele*. Hrsg: Anabel Ternès & Ian Towers. Wiesbaden: Springer. S. 37 – 44.

Appelius, S. (2006). *Bulgarien. Europas ferner Osten*. Bonn: Bouvier Verlag.

Bachmeier, P. (2006). *Betrachtungen über die neue Demokratie Bulgariens*. In: Bachmeier, P, Schwarcz, A. & Tcholakova, A. (Hrsg.): *Der Transformationsprozess in Bulgarien und der Weg in die EU*. Wien: Verl. OSTAG.

Benedek, J. & Jordan, P. (2007), *Administrative Dezentralisierung, Regionalisierung und Regionalismus in den Transformationsländern am Beispiel Rumäniens*. In: *Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft*, 149, S. 81-108.

Brey, T. (2014). *Serbien vor dramatischen Entscheidungen: Aufbruch oder Absturz?* In: *Südosteuropa – Mitteilungen* 03/2014: S. 18 – 27.

Brunnbauer, U. (2007). *Die sozialistische Lebensweise*. Wien: Böhlau Verlag

Buza, M. & Schreiber, W. (2006): *Grundzüge der räumlichen Struktur Rumäniens*. In: Kahl, T., Metzelin, M. & Ungureanu, M-R. (Hrsg.): *Rumänien. Raum und Bevölkerung. Geschichte und Geschichtsbilder. Kultur. Gesellschaft und Politik heute. Wirtschaft. Recht und Verfassung. Historische Regionen*. Wien, Berlin: Lit, S. 25 – 37.

Chwalba, A. (2010). *Kurze Geschichte der Dritten Republik Polen 1989 bis 2005*. Wiesbaden: Harrassowitz.

Damus, R. (1979). *RGW – wirtschaftliche Zusammenarbeit in Osteuropa*. Opladen: Leske + Budrich.

Faßmann, H. (1997). *Die Rückkehr der Regionen – regionale Konsequenzen der Transformation in Ostmitteleuropa*. Eine Einführung. In: Faßmann, H. (Hrsg.): *Die Rückkehr der Regionen. Beiträge zur regionalen Transformationsforschung Ostmitteleuropas*. Wien: Österreichische Akademie der Wissenschaften. S. 13 – 35.

Faßmann, H. (2015). *Migration in und aus Südosteuropa – Ein demographischer Überblick*. In: *Südosteuropa – Mitteilungen* 01/2015.

Fräss-Ehrfeld, C. (2006). *Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftsförderung in Rumänien, Bulgarien, Kroatien und Serbien-Montenegro: mit einem ausführlichen Ausblick auf die EU-Regionalpolitik 2007-2013*. Wien: Linde.

Gabanyi, A.U. (2014). *Rumänien ein Jahr nach den Parlamentswahlen 2012*. In: Südosteuropa – Mitteilungen 02/2014: S. 20 – 29.

Gardo, S. (2006): *Rumänien: Wirtschaft in Transformation*. In: Kahl, T., Metzelin, M. & Ungureanu, M-R. (Hrsg.): *Rumänien. Raum und Bevölkerung. Geschichte und Geschichtsbilder. Kultur. Gesellschaft und Politik heute. Wirtschaft. Recht und Verfassung. Historische Regionen*. Wien, Berlin: Lit, S. 655 – 692.

Graewert, T. (2013). *Bulgarien nach den Neuwahlen am 12. Mai 2013 - Die politische Elite in der Legitimationskrise*. In: Südosteuropa – Mitteilungen 03-04/2013: S. 72 – 83.

Gruner, W. & Woyke, W. (2004). *Europa-Lexikon*. München: C.H.Beck.

Grunewald, K. & Stoilov, D. (2012). *Natur- und Kulturlandschaften Bulgariens. Landschaftsökologische Bestandsaufnahme, Entwicklungs- und Schutzpotential*. München: Sagner.

Harth, T. & Woyke, W. (2008). *Die Europäische Union konkret: nachgefragt in zwölf Kapiteln*. Opladen: Budrich.

Hanganu, E., Humpert, S. & Kohls, M. (2014). *Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedstaaten Bulgarien und Rumänien*. Forschungsbericht 24. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Heller, W. (2006): *Demografie, Migration und räumliche Entwicklung*. In: Kahl, T., Metzelin, M. & Ungureanu, M-R. (Hrsg.): *Rumänien. Raum und Bevölkerung. Geschichte und Geschichtsbilder. Kultur. Gesellschaft und Politik heute. Wirtschaft. Recht und Verfassung. Historische Regionen*. Wien, Berlin: Lit, S. 25 – 37.

Henkel, J. (2011). *Wird die Sozialpolitik in Rumänien endlich ein Thema? Anmerkungen zum „Sozialbericht“ des rumänischen Präsidenten Basescu*. In: Südosteuropa – Mitteilungen 03/2011: S. 44 – 61.

Herz, D. & Jetzlsperger, C. (2008). *Die Europäische Union*. München: Beck.

- Hiess, H. & Römisch, R. (2016). *Aktuelle Entwicklungen und Trends in den Regionen Mittelost-/Südosteuropa und des Donauraums*. wiiw Research Report in German language No. 6. – Wien.
- HOLZNER, M. (2015). *Aufwind im Westen Mittel-, Ost- und Südosteuropas: Wichtige Wachstumsimpulse für Österreich*. wiiw Research Report in German language No. 1. – Wien.
- Homeyer, I., Bär, S., Carius, A. & Deim, S. (2001). *Umweltpolitik in Mittel- und Osteuropa*. Analyse der EU-Osterweiterung. Berlin: Ecologic.
- Iliewa, M., Waack, C. & Schmidt, C. (2002). *Bulgariens administrative Neugliederung: die Einführung von neuen Verwaltungseinheiten und Planungsregionen als Vorbereitung auf eine zukünftige EU-Mitgliedschaft*. In: Europa Regional, 10.2002: S. 28 – 37.
- Kahl, T. (2006). *Grundzüge der Raumstruktur Serbiens und Montenegros*. In: Lukan, W. & Heuberger, V. (Hrsg.): *Serbien und Montenegro: Raum und Bevölkerung, Geschichte, Sprache und Literatur, Kultur, Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Recht*. Wien: Lit-Verl. S. 5 – 30.
- Kanev, D. (2006). *Betrachtungen über die neue Demokratie Bulgariens*. In: Bachmeier, P, Schwarcz, A. & Tcholakova, A. (Hrsg.): *Der Transformationsprozess in Bulgarien und der Weg in die EU*. Wien: Verl. OSTAG.
- Majerna, D. (2004). *Europas Nationen Landschaft - Bevölkerung ; Geschichte ; Kunst und Kultur*. Klagenfurt: Neuer Kaiser Verlag.
- Maner, H.C. (2015). *Die Präsidentschaftswahlen 2014 in Rumänien*. In: Südosteuropa – Mitteilungen 01/2015: S. 60 – 75.
- Markov, G. (2006). *Der europäische Einfluss auf die politischen Parteien Bulgariens*. In: Bachmeier, P, Schwarcz, A. & Tcholakova, A. (Hrsg.): *Der Transformationsprozess in Bulgarien und der Weg in die EU*. Wien: Verl. OSTAG.
- Meinardus, M. (2009). *Bulgarien und die globale Krise - Wirtschaftliche, soziale und politische Implikationen*. In: Südosteuropa Mitteilungen 02/2009: S. 6-21.
- Meinardus, M. (2011). *Bulgarien im Wahljahr 2011*. In: Südosteuropa Mitteilungen 01/2011: S. 10-25.

Nagy, E., Lakatos, A.L. & Antal, K. (2017). *Foundations of Romanian Geopolitical thinking*. Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft, 159. Jg. (Jahresband), Wien, S. 265–296.

POPOVA, M. (2013), *Bulgarien sechs Jahre nach dem EU-Beitritt*. In: Südosteuropa-Mitteilungen, 53, 2, S. 4-13.

Robert, O. (2013). *Expansion der EU - Chancen/Risiken : Auswertung potentieller Beitrittskandidaten am Beispiel Island, Kroatien, Montenegro, Mazedonien, Türkei*. Hamburg: Diplomica-Verl.

Rürüp, B. (2002). *Fischer Wirtschaftslexikon : Zahlen, Fakten, Zusammenhänge*. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.

Rusa, R. & Schreiber, W. (2013), *Trotz Rumäniens Mitgliedschaft in der Europäischen Union: wirtschaftliche und politische Krisen, räumliche Disparitäten*. In: Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft, 155, S. 91-104.

Sardadvar, S. (2016). *Vertiefen sich die räumlichen Wohlstandsgefälle innerhalb der Europäischen Union?* Wirtschaft und Gesellschaft 42(2). S. 281-302.

Scharr, K. & Gräf, R. (2008). *Rumänien: Geschichte und Geografie*. Wien: Böhlau.

Schmied, C., Möstl, B., Ulrich, S., Stempkowski, R. & Walcher, A. (2009): *Infrastrukturprojekte in Südosteuropa*. Analyse Planungsablauf und Risiken Ergebnisse des F&E-Projekts der FH Joanneum; online 20.05.2017, http://www.stempkowski.at/wordpress/wp-content/uploads/2015/04/NWB11_Infrastrukturprojekte-in-SO-Europa.pdf (20.05.2017). aufgerufen am 21.2.2018.

Schüsselbauer, G. (2007). *Rumänien und Bulgarien – Politik und Ökonomie der EU Neumitglieder*. In: Aktuelle Ostinformationen 03-04:11-19.

SEYFFART, C., THIESSEN, D. & VITEZ, R. (2007). *Südosteuropa: Vom Umbruch zum Boom*. Allianz Dresdner Economic Research. – Dresden.

Stubbe, A. & Bartels, M. (2015): *Infrastruktur-Report Südosteuropa*. Bundesvereinigung Logistik. <http://www.bvl.de/infrastruktur/infrastruktur-report-suedosteuropa#PDF-Link>. aufgerufen am 15.1.2018.

Sünner, I. & Wedemeier, J. (2014). *Das Transeuropäische Verkehrsnetz*. In: HWWI Insights 6.

Vodicka, K. (2013). *Vom Ostblock zur EU: Systemtransformationen 1990-2012 im Vergleich*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Wehrschütz, C. (2012). *Vom Westbalkan zum Restbalkan: Nach Kroatien steht den anderen EU-Werbern Südosteuropas ein dorniger Weg bevor*. In: Strategie und Sicherheit. Vol.2012(1). S. 321-330.

Weidenfeld, W. (2013). *Die Europäische Union. Akteure – Prozesse – Herausforderungen*. Stuttgart: UTB.

Woll, A. (2008). *Wirtschaftslexikon*. München: Oldenburg Wissenschaftsverlag.

7.1 Onlinequellen:

BTI – Bertelsmann Transformation Index. (2018).

<https://www.bti-project.org/de/index/uebersicht/>, aufgerufen am 14.2.2018.

Statista – Das Statistik Portal. (2017). de.statista.com, aufgerufen am 14.12.2017.

Eurostat. (2017). <http://ec.europa.eu/eurostat/de>, aufgerufen am 14.12.2017.

GTAI – Germany Trade & Invest. (2018).

<https://www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/welcome.html>, aufgerufen am 14.2.2018.

HDR – Human Development Reports. (2017). <http://hdr.undp.org/en/data>, aufgerufen am 14.12.2017.

Weltbank – The World Bank. (2017). www.worldbank.org, aufgerufen am 14.12.2017.

Unicef. (2018). www.unicef.de, aufgerufen am 14.2.2018.

Weltkarte. (2018). www.weltkarte.com, aufgerufen am 10.4.2018

WKO – Wirtschaftskammer Österreich. (2018). www.wko.at, aufgerufen am 20.2.2018.

7.2 Abbildungsverzeichnis:

Abbildung 1: Karte Bulgarien	23
Abbildung 2: Planungsregionen und Verwaltungseinheiten Bulgariens	25
Abbildung 3: Internationale Verkehrsanbindungen	26
Abbildung 4: Karte Rumänien	27
Abbildung 5: Entwicklungsregionen und Kreise	28
Abbildung 6: BIP in Mrd. US\$	49
Abbildung 7: BIP pro Kopf in US\$	52
Abbildung 8: Kaufkraftparität in US\$	53
Abbildung 9: Erwerbstätige nach Wirtschaftssektoren	54
Abbildung 10: Arbeitslosigkeit	56
Abbildung 11: Ausländische Direktinvestitionen in % des BIP	57
Abbildung 12: Staatsverschuldung in % des BIP	59
Abbildung 13: Budgetsaldo in % des BIP	60
Abbildung 14: Human Development Index	61
Abbildung 15: Kindersterblichkeit unter 5 Jahren (je 1000 Lebensgeborene)	62
Abbildung 16: BIP in Mrd. US\$	67
Abbildung 17: BIP pro Kopf in US\$	70
Abbildung 18: Kaufkraftparität in US\$	72
Abbildung 19: Erwerbstätige nach Wirtschaftssektoren 2005	73
Abbildung 20: Erwerbstätige nach Wirtschaftssektoren 2010	73
Abbildung 21: Erwerbstätige nach Wirtschaftssektoren 2015	74
Abbildung 22: Arbeitslosigkeit	76
Abbildung 23: Ausländische Direktinvestitionen in % des BIP	77
Abbildung 24: Staatsverschuldung in % des BIP	79

Abbildung 25: Budgetsaldo in % des BIP	80
Abbildung 26: Human Development Index	82
Abbildung 27: Kindersterblichkeit unter 5 Jahren (je 1000 Lebensgeborene)	83
Abbildung 28: Kaufkraftparität pro Kopf in US\$	92
Abbildung 29: Kaufkraftparität pro Kopf der Peripherie in % des Zentrums	92
Abbildung 30: Wanderungssaldo 2006 (NUTS 3 Ebene)	94
Abbildung 31: Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien nach Italien und Spanien	95
Abbildung 32: Monatliche Zuzüge nach Deutschland aus Polen, Rumänien und Bulgarien von Jänner 2009 bis März 2014	96
Abbildung 33: Wanderungssaldo 2015 (NUTS 3 Ebene)	97
Abbildung 34: Einteilung in NUTS Regionen	99
Abbildung 35: Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in € zu laufenden Marktpreisen 2006 (NUTS 3 Ebene)	100
Abbildung 36: Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in € zu laufenden Marktpreisen 2014 (NUTS 3 Ebene)	101

7.3 Tabellenverzeichnis:

Tabelle 1: Einteilung der EU-28-Länder in Zentrum und Peripherie	90
--	----

Abstract:

In dieser Arbeit geht es um die wirtschaftlichen Effekte der EU-Beiträge von Bulgarien und Rumänien. Es wird ein allgemeiner Überblick der beiden Staaten hinsichtlich Geografie, Politik, Wirtschaft und Geschichte gegeben und ebenso die Entstehung und Entwicklung der Europäischen Union bearbeitet.

Der Hauptteil der Arbeit zielt darauf, die wirtschaftliche Entwicklung Bulgariens und Rumäniens vor und nach ihrem EU-Beitritt im Jahr 2007 zu untersuchen. Weiters werden Vergleiche zu anderen Ländern gezogen. Hier wurde mit Polen ein Land des ehemaligen Ostblocks ausgewählt, welches der Europäischen Union bereits im Jahr 2004 beitrug, sowie mit Serbien ein Land des ehemaligen Jugoslawiens, welches seit 2012 den Status als EU-Beitrittskandidat innehat. Zusätzlich werden Vergleiche zum EU-Schnitt sowohl mit als auch ohne Bulgarien und Rumänien gezogen, um zu sehen, wie und in welche Richtung die beiden Untersuchungsländer die Daten beeinflussen.

Zum Schluss wird noch der Frage nachgegangen, ob der europäische Binnenmarkt eher der Peripherie oder den Zentren hilft. Auch die innerstaatlichen Disparitäten Bulgariens und Rumäniens werden untersucht, ehe zum Abschluss der Arbeit noch die Ergebnisse zusammengefasst und ein Ausblick auf weitere Entwicklungen gegeben wird.